

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Belegungs-
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Rußland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Geschiedt täglich außer Montage.

Die Infections-Gebühren
 beträgt für die sechsgepaltenen Rollen-
 jeils oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Versammlungs-
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Blatt 5 Pf.,
 (nur das erste Blatt frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.
 Kernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
 Kernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Freitag, den 23. November 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
 Kernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Die Politik des Kaisers.

Die Reichstagsdebatten über den chinesischen Kreuzzug, die auch am Donnerstag noch nicht zum Ende gelangten, bieten bei aller Stagnation des bürgerlichen Parlamentarismus doch auch ein revolutionarisches Element der Gärung: Zum erstenmal wurde, ohne daß sich irgend ein Widerspruch erhob, von den Vertretern aller Parteien und der Regierungen die Person des Kaisers und die Grundgedanken seiner Politik mit großer Unbefangenheit diskutiert. Noch bei der Ruchthausvorlage konnte ein preussischer Minister mit lobender Entrüstung gegen die Hineinziehung der Majestät protestieren. Jetzt haben sich die verantwortlichen Männer zum erstenmal an der Aufgabe versucht, in ausführlicher Rede für die Behauptungen Wilhelms II. einzutreten. Der neue Brauch der parlamentarischen Kritik der persönlichen kaiserlichen Politik ist damit von der Regierung selbst sanktioniert worden.

Es ergab sich zugleich, daß zwischen der Politik des Kaisers und der Politik des Kanzlers, so wie sie dem Reichstag vorgetragen wird, ein unvereinbarer Widerspruch besteht, und mit Recht hob heute der Demokrat Payer hervor, daß Graf Bülow eine logisch unmögliche Verantwortung auf sich nehme, wenn er neben seiner eignen Politik auch die des Kaisers zu verantworten bereit sei. Aus dem Dilemma windet sich auch die schlangennurische Geschicklichkeit des Grafen Bülow heraus: Wenn der Reichstag die Politik des Kanzlers billigt, so spricht er damit zugleich die Billigung der Politik des Kaisers aus. Umgekehrt würde ein Verneinung der Politik des Kaisers ein Vertrauensvotum für den Grafen Bülow schlechterdings ausschließen.

Für welche dieser beiden Möglichkeiten sich die Mehrheit des Reichstags entscheidet, darüber besteht kein Zweifel. Graf Bülows Erklärungen, die nichts erklären, ist ein großer äußerlicher Erfolg beschieden. Alle bürgerlichen Parteien sind mit den „Grundfäden“ des Kanzlers zufrieden, nur die Socialdemokratie verharrt in grundsätzlichen Widerspruch. In der That paßt das Wesen des Grafen zu dem bürgerlichen Parlamentarismus, der nicht mehr um Prinzipien streitet, sondern die Dinge so lange gemächlich treiben läßt, als nicht die geschäftlichen Interessen in Frage kommen — diese besinnungslose Besonnenheit, die zu dem Programm des Fortwärtstums schwört, zielt Kanzler wie Vögelkorn.

Aber dieses Glück des Grafen Bülow, das der Stimmungs-vertauschung zwischen ihm und den Parteien entspringt, bedeutet andererseits einen Mißerfolg des Kaisers. War Fürst Hohenlohe der Kanzler des Behüdens, so ist Graf Bülow der Kanzler des Verwägens. Er verdammt die konzentrierte Lösung der kaiserlichen Ideen, bis sie den bürgerlichen Parteien zum Hausgebrauch ungefährlich scheinen — das Ergebnis wird schließlich das Gegenteil des Ursprünglichen. . . . Der Reichstag hat sich für die Verwässerung ausgesprochen und damit gegen die kaiserliche Politik protestiert. Graf Bülow hat seinen Sieg auf Kosten seines Herrn erstritten.

Rechtlich ist die Bülowsche Politik eine Politik der Worte, und niemand kann verhindern, daß sich die Politik des Kaisers trotz des Verwässerungskanzlers schließlich doch durchsetzt. In der Flottenfrage haben wir diese Entwicklung bereits erlebt. Die Westpolitik wird einen ähnlichen Weg nehmen. Und der Reichstag, der sich jetzt gegen den Kaiser für den Kanzler ausspricht, wird schließlich auch sich daran gewöhnen, in der diplomatischen Verwässerung trophenerweise die Anschauungen des Kaisers zu acceptieren. Bülows ganze Aufgabe besteht darin, den Reichstag durch süße Gimberfflösung allmählich an die scharfe Medizin zu gewöhnen. Der Kanzler des Verwägens ist so weit gefährlicher als der des Behüdens war. Fürst Hohenlohe setzte seinen persönlichen Einfluß ein, um zu hemmen. Graf Bülow ist nur der Agent, der durch listiges Wohlhalten und klingeude Worte die Widersprechenden einlullt und an alles gewöhnt.

Man erkennt jetzt nach dem Amtstode des alten Hohenlohe, daß dieser müde Mann tatsächlich einen nicht unerheblichen Einfluß besessen haben muß. Der Haß, in dem sich jetzt die Agrarier gegen den Vorgänger Bülows äußern, reicht völlig heron an die Feindschaft, mit der Caprivi von dieser Gesellschaft verfolgt wurde. Der Führer des Bundes der Landwirte, Herr v. Wangenheim, äußerte tiefen Empfindung am Schluß einer von heuchlerischer Loyalität tiefenden Hurrarede, in der die Abneigung gegen die gräßliche Westpolitik unter patriotischen Beteuerungen verächtelt wurde, in einer sensationell wirkenden Bemerkung: Er erklärte unter der gespannt aufstrebenden Aufmerksamkeit des Hauses in einem wohl präparierten, schriftlich festgestellten Satz, er wisse, daß es Stellen giebt, die grundsätzlich Se. Majestät durch gefälschte Berichte versorgen. Niemand konnte im Zweifel sein, auf wen dieser Satz, der dann noch weiter ausgeführt wurde, zielte. Es scheint, daß die Agrarier diesen Stellen die Schuld beimessen, wenn der Kaiser für die Exzesse der Agrarier nicht zu haben ist. Die in die Form einer Enthüllung gekleidete Kundgebung agrarischen Mißtrauens sollte zugleich dem Nachfolger des Fürsten Hohenlohe ans Herz legen, den Kaiser durch wahrheitsgemäße Berichte von der Notwendigkeit eines Licht- oder Heilmittel-Jolls zu überzeugen. So fand die Wirtschaftspolitik des Kaisers in diesem agrarischen Zwischenstück noch einen besonders deutlichen Protest. Herr v. Wangenheim kündigte in der Form schwärmerischen monarchischen Gefühls eine neue Junlerrevolution an. Vorläufig versucht man durch laut bekundete Abhät-Wiligkeit auf gültigen Wege die Politik des Kaisers für sich zu gewinnen und die falscherberatenden Personen durch Drohungen auf den Pfad der agrarischen Tugend zu nötigen.

Im übrigen brachte die innerlich erschöpfte Debatte nur Variationen und einzelne Nachklänge zu dem bisher Gesagten. Am Donnerstag kamen die kleineren oppositionellen Fraktionen zu Worte, Demokraten, Polen und Welfen, die bei aller scharfen Kritik im einzelnen doch zu keiner grundsätzlichen Ab-

lehnung gelangten. Bemerkungen des Demokraten Payer über die Mißachtung des Bundesrats riefen den bairischen Bundesratsbevollmächtigten Grafen Lerchenfeld auf den Plan, der nun seinerseits lang und breit auseinanderlegte, mit welcher Sorgsamkeit sich diese erlauchte Körperchaft auf das notwendige Informativwerden beschränkt. Nebenbei verriet Graf Lerchenfeld das offene Geheimnis, daß für die Regierungen die Judenmittelsfrage eine ganz gleichgültige Bagatelle ist, eine leutselige Konzession ohne ernsthafte Bedeutung.

Für die Westpolitik trat als geistlicher Ritter noch in einer pfäfflich bössartigen Rede Herr Stöder ein. Als er die unverschämte Behauptung aufstellte, die Socialdemokratie habe die Erziehung des Erzbischofs von Paris in der Kommuine gepriesen, ertönten auf den Bänken der Socialdemokratie scharfste Protestrufe. „Gewußte Lüge“, rief man Stöder schrill entgegen. Herr v. Frege, der als Vicepräsident fungierte, war ob dieses Ausbruchs gerechter Entrüstung in arger Verlegenheit. Er hat den Redner nicht durch Zwischenrufe zu unterbrechen. Als Stöder aber geendigt, hatte sich Herr v. Frege inzwischen den Fall wohl überlegt und er widmete dem Genossen Fischer, der die Nase ausgestochen hatte, einen gedoppelten Ordnungsruf.

Genosse Singer vertrat noch einmal in großen Zügen und aller Schärfe unsere principielle ablehnende Anschauung. Er rechnete mit den Angriffen der Regierungsbevollmächtigten und der Redner aus dem Hause gegen die Socialdemokratie sowie mit den die Chinapolitik verteidigenden Argumenten gründlich ab. Insbesondere zerlegte er auch die Wasser-mannsche Legende, daß die Arbeiter an dem Kreuzzug interessiert seien. Vergeblich mühte sich der Präsident, Singers wichtige Ausführungen durch wiederholten Ordnungsruf zu hemmen.

Nachdem Herr Wagner vom Centrum noch ein Loblied auf die Missionare angestimmt und noch einem heftigen Gespänkel persönlicher Bemerkungen, bei dem Stöder gegenüber Bedel äbel abschnitt, vertagte das Haus die weitere Debatte auf Freitag, wo Bedel Gelegenheit erhalten wird, die gegen seine Rede gerichteten Angriffe zurückzuweisen.

Anträge der socialdemokratischen Fraktion.

Die socialdemokratische Fraktion hat dem Reichstag folgende Anträge und Gesetzesentwürfe unterbreitet:

Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage bis zur nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen an Stelle der im § 130b der Reichs-Gewerbe-Ordnung bestimmten Beamten und Landespolizei-behörden **Vertriebsaufsichts-Beörden** nach folgenden Grund-sätzen errichtet werden:

Die Aufsicht erstreckt sich auf alle Betriebe im Gewerbe, einschließ-lich der Heimarbeit, Handel, Verkehr, Bergbau, Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Schiffahrt.

Sie wird einer Reichs-Centralaufsichtsbehörde übertragen, welche dieselbe nach Inspektionsbezirken zu organi-sieren hat.

In den Inspektionsbezirken wird die Betriebsaufsicht von Reichs-Beamten und Beigeordneten gemeinsam ausgeübt mit dem Recht, ihre Anordnungen zwangsweise durchzuführen.

Die Beigeordneten sind auf Grund eines allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts von den Hilfspersonen aller Betriebe zu wählen. Weibliche Beamte und Beigeordnete sind entsprechend der Zahl der in den Betrieben beschäftigten weib-lichen Hilfspersonen anzustellen beziehungsweise zu wählen.

Gesetz betreffend die Abänderung des Straf-Gesetzbuchs für das Deutsche Reich.

§ 1. Die §§ 95, 97, 99, 101 und 103 des Straf-Gesetzbuchs für das Deutsche Reich sind aufgehoben.

Die vorstehenden Paragraphen beziehen sich auf die Majestäts-beleidigungen.

Gesetz betreffend die Abänderung des Artikels 31 des Gesetzes betreffend die Verfassung des Deutschen Reichs vom 18. April 1871 (Bundes-Gesetzblatt 1871 Seite 68).

Der Artikel 31 wird wie folgt abgeändert:

Artikel 31: Ohne Genehmigung des Reichstags kann kein Mitglied desselben während der Sitzungsperiode verhaftet oder wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Untersuchung gezogen werden, außer wenn es bei Ansbung der That oder im Laufe des nächstfolgenden Tags ergriffen wird.

Auf Verlangen des Reichstags muß jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied desselben und jede Untersuchung, Straf- oder Civil-haft für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben werden.

Gesetz wegen Aufhebung der dem Statthalter von Elsaß-Lothringen übertragenen außerordentlichen Gewalten.

Einzig Artikel. Die dem Statthalter von Elsaß-Lothringen durch den § 2 des Gesetzes betreffend die Verfassung und Verwaltung Elsaß-Lothringens, vom 4. Juli 1870 (Reichs-Gesetzblatt S. 105) übertragenen außerordentlichen Gewalten (Gesetz betreffend die Ein-richtung der Verwaltung vom 30. Dezember 1871, Gesetzblatt für Elsaß-Lothringen 1872 S. 49) sind aufgehoben.

Gesetz betreffend das Recht der Versammlung und Ver-einigung und das Recht der Koalition.

§ 1. Die Reichsangehörigen ohne Unterschied des Ge-schlechts haben das Recht, sich zu versammeln.

Zur Veranstaltung und Abhaltung von Versammlungen bedarf es weder einer Anmeldung bei einer Behörde, noch einer Er-laubnis durch eine Behörde. Versammlungen und Umzüge, die auf öffentlichen Straßen und Plätzen stattfinden, sind spätestens sechs Stunden vor ihrem Beginn durch den Veranstalter oder Einberufer bei der mit der Ordnung des öffentlichen Verkehrs betrauten Orts-behörde anzuzugeben.

§ 2 Die Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts haben das Recht, Vereine zu bilden.

§ 3. Alle den vorstehenden Bestimmungen widersprechenden Gesetze und Verordnungen, einschließ-lich derer, welche die Ver-abredung und Vereinigung zum Behuf der Erlangung günstigerer Lohn- und Beschäftigungsbedingungen hindern, untersagen oder unter Strafe stellen, sind aufgehoben.

§ 4. Wer die Ausübung der in vorstehenden Paragraphen ge-währleisteten Rechte hindert oder zu hindern versucht, wird mit Ge-fängnis bis zu drei Monaten bestraft, sofern nach dem allgemeinen Straf-gesetz nicht eine härtere Strafe eintritt.

Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag bis zur nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die regelmäßige tägliche **Maximal-arbeitszeit** für alle im Lehr-, Arbeits- und Dienst-verhältnis im Gewerbe-, Industrie-, Handels- und Verkehrs-wesen beschäftigten Personen vorläufig auf 10 Stunden festgesetzt und innerhalb gesetzlich zu bestimmender Fristen auf 8 Stunden verkürzt wird.

Entwurf eines Gesetzes betreffend die Abänderung des Reichsgesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874.

Art. 1. Der Art. 2 des § 20 des Reichsgesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 erhält folgende Fassung:

Ist die Druckschrift eine periodische, so ist der auf der Druck-schrift angegebene verantwortliche Redacteur als Thäter zu be-strafen, wenn er nicht den Nachweis führt, daß er nicht der Thäter ist.

Art. 2. In das Reichsgesetz über die Presse vom 7. Mai 1874 ist folgender Paragraph einzufügen:

§ 2a. Ist im Inlande durch rechtskräftigen Urteil festgestellt worden, daß der Inhalt einer Druckschrift nicht den Thatbestand einer strafbaren Handlung enthält, so kann auf denselben Inhalt eine Verurteilung wegen Herstellung oder Verbreitung einer Druck-schrift auch nicht in anderen Fällen und nicht unter dem Gesicht-spunkte anderer bestehender Strafgesetze begründet werden. Diese Wirkung haben auch Urteile, welche vor Inkrafttreten dieses Gesetzes erlassen worden sind.

Artikel 3. Der Paragraph 22 des Reichsgesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 erhält folgende Fassung:

Die Strafverfolgung derjenigen Verbrechen und Vergehen, welche durch die Verbreitung oder den Versuch der Verbreitung von Druckschriften strafbaren Inhalts begangen werden, sowie alle dem Zwecke der Verbreitung dienenden Vor-bereitungs-handlungen, welche auf Grund des Inhalts der Druckschrift den Thatbestand eines Verbrechens oder Vergehens erfüllen und der-jenigen sonstigen Vergehen, welche in diesem Gesetze mit Strafe be-droht sind, verjährt in sechs Monaten.

Die Verjährung beginnt:

1. bei den mit der Herstellung des Inhalts der Druckschrift be-schäftigten Personen (z. B. Verfasser, Herausgeber, Redacteur) mit dem Zeitpunkt, in welchem mit ihrer Zustimmung die Druckschrift veröffentlicht wird, und wenn ihre Zustimmung zu dem Zeitpunkt der Veröffentlichung nicht festzustellen ist, mit dem Zeitpunkt, in welchem sie das Manuskript zum Zwecke der Veröffentlichung aus den Händen gegeben haben,

2. beim Drucker mit der Vollendung des Drucks,

3. beim Verleger und Verbreiter mit der ersten von ihnen vor-genommenen Verbreitungshandlung.

Artikel 4. In das Reichsgesetz über die Presse vom 7. Mai 1874 ist folgender Paragraph einzufügen:

§ 20a. Begründet der Inhalt einer im Inlande erschienenen Druckschrift den Thatbestand einer strafbaren Handlung, so ist zur Strafverfolgung ausschließ-lich das Gericht des Orts zuständig, welcher der Ort des auf der Druckschrift angegebenen Verlags ist, oder wenn die Druckschrift eine solche Angabe nicht enthält, das Gericht des Orts, an welchem sie gedruckt ist.

Der Reichstag wolle beschließen: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage in der nächsten Session das im § 6 des **Reichswahlgesetzes** vom 31. Mai 1890 vorgesehene Reichsgesetz über die Abgrenzung der Wahlkreise vorzulegen und bei der Neueinteilung der Wahlkreise die seit 1867 ver-änderten Bevölkerungsverhältnisse in angemessener Weise zu berück-sichtigen.

Der Reichstag wolle beschließen: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage bis zur nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Fabrikation, Einfuhr, Ausfuhr und Verkauf von Zündhölzchen mit **weißem Phosphor** verboten wird.

Der Reichstag wolle beschließen: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag bis zur nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Verwendung von **schul-pflichtigen Kindern** unter 14 Jahren bei gewerblichen Arbeiten wie bei Arbeiten gegen Entgelt im **Gesundheitsdienst** und bei der **Landwirtschaft** verboten wird.

Der Reichstag wolle beschließen: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen: Dem Reichstage baldigst einen Gesetzentwurf betr. **Regelung des Wohnungswesens** vorzulegen, insbesondere Normalbestimmungen bezüglich der **Beschaffenheit der Wohnungen** und der Durchführung der **Wohnungsinspektion**, sowie Schaffung eines **Reichs-Wohnungsamts**.

Außerdem bringt die Fraktion einen Gesetzentwurf betr. die **Verantwortlichkeit des Reichskanzlers** ein. Desgleichen den Gesetzentwurf, die **Errichtung von Arbeits-kammern** und eines **Reichs-Arbeitsamts** betr.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. November.

Weniger Pathos

und mehr ruhige Ueberlegung fordert der ehemalige deutsche Ge-sandte in Beking M. v. Brandt in einem in der Zeitschrift für Socialwissenschaft“ veröffentlichten Aufsatz über das Chino-Uentener.

Herr v. Brandt versucht zunächst ein Bild von dem wirtschaftlichen Interesse Deutschlands an der Erschließung Chinas zu geben. Dieses Interesse rechtfertigt Deutschlands Führerrolle in dem circa anderthalbtausend Jahre zu spät kommenden Flachkrieg allerdings nicht. Denn an der Gesamtsumme der Handelswaren, die sich 1899 auf 628,7 Millionen Mark bezifferte, verteilte sich Deutschland nur mit 48 Millionen Mark, also mit 7,6 Proz. Die deutsche Ausfuhr nach China beträgt vollends, an der Gesamtsumme der Ausfuhr Deutschlands im Wert von 4311 Millionen Mark gemessen, nur 1,1 Proz. oder elf Tausendstel. Seit der thörichtesten Humbug-Propaganda in die durch den chinesisch-japanischen Krieg hervorgerufene Rivalität zwischen Rußland und Japan hat Deutschlands wirtschaftlicher Einfluß auch in China unter der empfindlichsten Depressions gelitten. 1899 waren unter 933 fremden Firmen 115 deutsche, unter 17193 fremden Staatsangehörigen 1134 Deutsche, während vor dem chinesisch-japanischen Krieg sich unter 580 fremden Firmen 81 deutsche Firmen und unter 9991 fremden Staatsangehörigen 777 Deutsche befanden. Deutschlands Anteil ist also zurückgegangen, da sich bei gleichmächtiger Progression des deutschen Elements mit dem fremden überhaupt in China 130 deutsche Firmen und 1348 Deutsche befinden müßten.

„Diese Zahlen“, erklärt Herr v. Brandt, „beweisen, daß wir weit entfernt davon, in China in Handel oder Schiffahrt eine führende Rolle zu spielen, das größte Interesse daran haben, unser Geld und unsere Energie auf die Entwicklung unserer legitimen Interessen dort zu verwenden, anstatt sie für andre nach keiner Richtung hin produktive Zwecke auszugeben.“

Eine kaufmännische und politische nüchterne Beurteilung der deutschen Interessen in China muß es allerdings ganz unbegreiflich finden, daß Deutschland nach dem Ruhm der betenden Sonnenmacht geizt. Die Förderung der Handelsinteressen erheischt eine ganz andre Haltung, nämlich die vorsichtig abwartende Haltung, da das wirtschaftlich in China doch weit mehr engagierte Amerika einnahm. Und da auch das Motiv der Rache für Eysels Taten selbst von den wütendsten Rachegeiern abgelehnt worden ist, bleibt nur noch die militärische Warnung übrig, daß das Prestige gewahrt werden müsse. Als ob die diplomatischen Blamagen des Herrn v. Bülow und die dem internationalen Hochverrat preisgegebene Weltfeldherrschafft zur Erhöhung des deutschen Prestiges beigetragen hätten!

Herr v. Brandt geht des weitern auch der Mission zu Weibe, als ob man aus China mit aller Bequemlichkeit die Kriegskosten für die Mächte herauspressen könnte. Die Steuererläufe der chinesischen Regierung beließen sich im Höchstfall auf 300 Millionen. Angenommen, daß das Doppelte und Dreifache dieses Betrags in die Taschen der Beamten flöhe, daß also im ganzen 1200 Millionen Steuern ausgebracht würden, so sei das ja nach europäischen Ansprüchen an die Steuerkraft des Volks nur ungeringer wenig. Allein die Erhöhung der Steuern setze, da es in China nur ca. 6000 besoldete Beamte gebe, eine ungeheure Vermehrung der Beamten voraus, so daß für deren Besoldung wieder der größte Teil des Reinertrags an Steuern verschlungen werden würde. Dabei seien noch die Beträge ganz außer acht gelassen, die dem Lande durch die Verzinsung und Amortisierung der zum Bau der Eisenbahnen und der Bearbeitung der Bergwerke erforderlichen fremden Kapitalien entzogen würden. Es hieße aber, die Gans, die goldene Eier lege und legen soll, töten, wenn man ihr die Mittel raubte, deren sie bedarf, um kauftüchtig zu bleiben.

Sind also die Aussichten, von China die Kriegskosten zurückvergütet zu erhalten, schon an und für sich äußerst geringe, so würde eine Ausplünderung Chinas durch vermehrte Steuern nur die Kaufkraft des Volks und damit den Einfuhrhandel schädigen und die Erschließung Chinas hemmen. Durch das in der „Decision irrevocable“ geforderte Waffeneinfuhrverbot erleide gerade Deutschland ohnehin schon eine schwere Beeinträchtigung seiner China-Ausfuhr. Entfielen doch jährlich acht bis zehn Millionen der deutschen Einfuhr nach China auf Kriegsmaterial.

Hongkong und Kantschau. Aus der Feder eines China-kenners geht uns folgende Aufschrift zu:

In der Reichstags-Sitzung vom 20. d. M. hat der neue Reichs-Lanzler in der chinesischen Angelegenheit eine Parallele zwischen dem englischen Hongkong und dem deutschen Kantschau gezogen. Er wies darauf hin, wie auch Hongkong bei seiner Beschloßnahme von Seiten Englands ein unbedeutendes Felsenland gewesen sei, ohne Handel und Wandel, während heute 10-12 Millionen Tonnen Schifffahrt im Jahre verkehren!

Selten oder niemals ist ein so gänzlich unzureichender, auf historischer sowohl wie örtlicher Unkenntnis beruhender Vergleich aufgestellt worden!

Als John Bull Hongkong wegnahm, konnte er sich auf seine in nahezu zweihundertjährigen kolonialen Kämpfen und Eroberungen gewonnenen Erfahrungen stützen. Diese Erfahrungen sagten ihm: Hier ist die Thür von Süd-China, Kanton, Hauptstadt und Handelsemporium! Hongkong aber wird der Schlüssel zu dieser Thür sein oder werden; und so ist es gekommen. Gleichzeitig aber mit der Gründung Hongkongs fand die Eröffnung der übrigen Vertragshäfen — wenn auch nicht aller heute existierenden — statt, es wurden mühen zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen, es konnte nicht ausbleiben, Hongkong mußte Bedeutung gewinnen, zumal England dort draußen die europäische Alleinherrschaft ausübte und China zur Aufnahme seiner ostindischen und sonstigen Erzeugnisse förmlich zwang. Und wie verhält es sich mit Deutschland? Es hat gar keine oder kümmerliche Erfahrungen in kolonialen Angelegenheiten; es findet dort draußen Konkurrenten ohne Zahl und obenbrein auf einem man auch nicht abgewirtschafteten, so doch sehr stark bewirtschafteten Acker, während England ein fast unbedeutendes Feld vorfindet. Während jede Riste Thee und jeder Wallen Seide, welche von Kanton, Swatow und Amoy ausgeführt werden, und jede selbst eingeführte Riste europäischen oder amerikanischen Ursprungs Hongkong passieren, beinahe passieren müssen, muß sich Kantschau mit dem begnügen, was man ihm sozusagen zukommen läßt. Denn das Hinterland von Kantschau hat noch Chefoo und Weihaiwei als Ein- und Ausgangshäfen und dazu kommt noch Deutschlands gründliche Unbeliebtheit.

Kerner besitzt Hongkong einen der schönsten und größten von der Natur geschaffenen Häfen der Erde, in denen die Schiffe gegen alle Witterungs-Unbilden — abgesehen von den Zeitungen, denen überhaupt nichts widersteht — vollständig geschützt sind. Dieser herrliche Hafen besitzt zwei Einfahrten, je eine im Osten und Westen, die mit leichter Mühe und wenig Kosten in Verteidigungszustand versetzt werden können; es besitzt in seinem Victoriaberg eine beweisenswerte Beobachtungsstation, von der aus das Herannahen eines jeden einzelnen Schiffs, geschweige einer feindlichen Flotte Hundstunde vor der Anlauf wahr genommen werden kann. Und Kantschau? — hat nichts von alledem! Eine nahezu offene ungeschützte Bucht, auf welcher die Schiffe Wind und Wetter ausgesetzt sind, meilenweit vom Lande entfernt ankern müssen, und wo die Anlage von Befestigungswerken mühsam, kostspielig und von zweifelhaftem Nutzen sein wird.

Schließlich die Entfernung von Hause. Schon vor 60 Jahren, als Hongkong entstand, war jeder Engländer im Stande, die Reise dorthin oder zurück zu machen, ohne dabei sein Vaterland sozusagen aus den Augen zu verlieren. Damals ging die Reise über Aden, St. Helena oder Tristan da Cunha, das Cap Ceylon, Singapur; heute, wo alle Welt den Suezkanal benutzen muß, trifft dies noch viel mehr zu.

Kerner hatte es bei seiner Gründung Hilfe und wirksame Stützpunkte in nächster Nähe: Ostindien mit seinem Vorposten Singapur; das um nichts weiter entfernte Australien, im schlimmsten Falle das Kapland. Für Deutschland und seinem Kantschau trifft Punkt für Punkt das genaue Gegenteil zu.

Dem Verdienste seine Krone. Auf eine beachtenswerte Rang-, Titel- und Gehaltserhöhung, die vor einiger Zeit erfolgt und charakteristisch für unsere sozialpolitischen Kurs ist, macht die „Fränkische Tagespost“ aufmerksam. Ein junger Beamter, der noch vor kurzem Assessor war, der Regierungsrat Dr. Hoffmann, ist wohl wegen seiner Verdienste um den bekannten reaktionären Entwurf eines neuen Krankenversicherungsgesetzes, das die Selbstverwaltung der Krankenkassen durch die Arbeiter abzuwickeln soll, zum geheimen Regierungsrat und vortragenden Rat im preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe ernannt worden. Der Mann weiß, wie man heute schnell Karriere macht.

Dem blamierten Eugen
und seiner an Knochenweichung leidenden Opposition widmet die „Volls-Zeitung“ eine vernichtende Kritik. Das Blatt schreibt:

„Und wenn er mit Menschen- und mit Engelszungen redete: kein fraktioneller Bewichtigungs- und Beschönigungsrat würde die Blamage fortzulassen vermögen, die gestern der freisinnigen Opposition im Reichstag beschieden worden ist. Es hilft nichts: Die Wahrheit muß gesagt werden: Graf Bülow, der neue Reichstanzler, hat einen großen, einen durchschlagenden Erfolg errungen; er hat ihn errungen über einen Parlamentarier, den noch immer ein Teil des freisinnigen Bürgertums für den unerreichbaren Vertreter seiner Interessen hält, obwohl die seit Jahren sich häufenden Mißerfolge bei den Wahlen auch den unentwegtesten Partei-Orthodoxen nachgerade die fröhliche Frage auf die Lippen drängen müßten: Warum gelingt nichts mehr?“

Die „Volls-Zeitung“ führt dem blamierten dann zu Gemüte, mit wela beispiellosem Ungehör — von dem politischen Kapitalverbreiten ganz abgesehen — der große Eugen den ähnden Spott des Grafen Bülow selbst gegen sich heraufbeschworen habe. Trotzdem die „Volls-Zeitung“ bereits am 1. Juli in einem Leitartikel die Notwendigkeit der sofortigen Einberufung des Reichstags dargelegt habe, habe am 4. Juli, also vier Tage später, die „Freie Pte.“ des Herrn Eugen Richter jenen Artikel gebracht, den Bülow im Reichstag dem verdugten Volkstribunen unter den Nachkonkussionen des Hauses entgegenhalten konnte. Erst viele Wochen später, in der zweiten Hälfte des August, als es zu spät war, habe sich das konstitutionelle Gewissen des führenden Blatts der freisinnigen Volkspartei endlich geregt:

„Es ist fürwahr ein unendlich trauriges Bild der Zerfahrenheit, der Ohnmacht und der Gedankenlosigkeit, das in jenen Wochen vom Anfang Juli bis Ende August das deutsche Bürgertum, das sich liberal oder freisinnig nennt, dem Freunde des Vaterlands und der Verfassung bot! Aber es giebt eine rächende Nemesis. Die furchtbare Abfuhr, die gestern dem Hauptprediger des Preussens zu teil wurde, sie ist eine nach allen Regeln der Politik eines niedrigeren Geschlechts heraufbeschworene Blamage für den gesamten Freisinn!“

Wenn die „Volls-Zeitung“ übrigens schreibt, daß sich zur Zeit ihrer Anregung auch nicht die leiseste Andeutung dafür habe erlauben lassen, daß man sich der verfassungsmäßigen Rechte des Reichstags erinnere, so mag das auf die freisinnige und bürgerlich-demokratische Presse zutreffen. Die sozialdemokratische Presse bedurfte selbstverständlich nicht erst der Gewissens- und Verstandeshilfe der „Volls-Zeitung“. Schrieb doch beispielsweise der „Vorwärts“ bereits in der Nummer vom 28. Juni:

„In England, in Frankreich, in Italien, in den Vereinigten Staaten und in allen Ländern der Welt wird die Volksvertretung über den Stand der Dinge nachdenkend und im Interesse der Nation gefürchtend, an dessen Rand Abgründe harren. Es ist wahrlich Zeit, daß unser Volk der ihm drohenden Gefahren bewußt werde und von der Regierung Aufschlüsse und Rechenschaft verlange.“

Die Priorität der Forderung wäre damit wohl entschieden.

Herrliche Schulzustände. In Obergeißdorf bei Landau haben die Schulkinder seit Ende September noch Ferien. Der Patron der Schule, der Magistrat von Landau, hat in diesen Tagen die valante Stelle zum zweitenmal öffentlich ausgesprochen. Vermutlich werden sich auch jetzt noch keine Bewerber finden; denn wie soll ein Lehrer mit 900 Mark Jahresgehalt, das er bis zum 25. Lebensjahr bezieht, nur einigermaßen auskommen? —

Der Dresdner und die sächsische Polizei.

Am Dienstag gab Graf Bülow im Deutschsozialen Reformverein zu Dresden eine Gastrolle, dabei konnte man an der sonst so schneidigen Dresdener Polizei eine bewundernswürdige Liberalität beobachten. Wie häufig wurden schon Arbeiter-Versammlungen verboten, weil die Person des Referenten befürchten lasse, es könnte zu Gesetzesübertretungen angefordert werden; oft konnte man zur näheren Begründung nichts als eine geringfügige Strafverurteilung anführen. Oft mußte auch ein scharfes oder unangebrachtes Wort eine Auflösung, ja eine Haftstrafe begründen. Erst kürzlich wurde in Dresden eine Versammlung aufgelöst, weil ein Redner das Sozialistengesetz als Schandgesetz bezeichnete und mehrfach sich wegen dieses Ausdrucks von der Dresdener Polizeidirektion siebenstägige Haftstrafen ausgesprochen worden. Der Dresdner gab aber trotz seiner früheren rohen Ausfälle, die einer Aufforderung zur Gewaltthatigkeit gleich, wie ein Ei dem andern, zu keinerlei Bedenken Anlaß, er konnte auch, trotzdem er seine bisfertigen Leistungen noch übertraf, so gut wie ungestört ausreden. Wie denken natürlich nicht daran zu fordern, daß man den gräßlichen Agitator hindern sollte, sich auszutoben, wir wollen das Verhalten der Dresdener Polizei vielmehr nur festsetzen, weil die dem Grafen gewährte Redefreiheit ein drastischer Beleg für die doppelte Nachsicht in Sachen ist. Um das näher zu veranschaulichen, seien einige Stilproben aus der Bülow'schen Rede angeführt:

Er überreichte zunächst die Versammlung durch die Mitteilung, daß sich die krumm-nastigen und krumm-beinigen Judenlämmer in Dresden so vermehren, daß die Stadt in kurzer Zeit ein schändlicher Judentempel sein würde. Um ein Anwachsen der Judengeschaft zu verhindern, müßten alle Deutschen treu zu ihren Fürsten stehen, so würden sie eine Macht bilden, durch die man in die Lage kommen würde, das Judentum zu vernichten und zu zerstückeln, daß alle auf der Strecke liegen.

Warum, so hörte man weiter vom Dresdner, verdient der Geschäftsmann nichts? warum klagt der Bauer? Weß wir dem elenden Judenpack freien Lauf lassen und nicht dazwischen haufen, daß die Ketten fliegen. Wir müssen die Ketten packen mit eiserner Faust, daß sie die bleiches Entsetzen packt. Nehmen Sie einen Knüttel, einen Dreschkegel oder eine Mistgabel und dann frisch drauf los, judenheffen!

Deutsches Volk! Du bist krank, aber wir müssen helfen. Wir müssen die Juden zur Ader lassen. Gerade mit dem spitzen Messer, rechen wir hinein, daß das Blut spritzt! Wir müssen schneiden, schneiden, schneiden, bis das Judentum herausgeschritten und beseitigt ist. Es ist ein Kampf auf Tod und Leben. In Rom haben die Juden einen Nord begangen und jetzt bestrafen sie Brugen und betragen die Richter, um frei ausgehen zu können, wir lassen uns aber alle Verrägereien gefallen, statt den Stod zu nehmen und die Gesellschaft fortzujagen. Die Juden sind unser Unglück, denn sie sind verfluchte Lämmer und müssen deshalb fort. So wie wir 1870 die Franzosen verwallt haben, so müssen wir auch gegen

die Juden verfahren und den frechen Himmel's Hebe applicieren, wo und wann wir sie treffen.

Diese vom freisinnigen Jubel der Antifemiten begleiteten rohen Ausfälle, die teilweise eine direkte Aufforderung zur Gewaltthatigkeit sind, waren nach Ansicht der Polizei nicht dazu angethan, ein Einschreiten nötig zu machen; zur einmal ermahnte der überwachende Polizeirat in höflichster Form zur Mäßigung. Was wäre geschehen, wenn ein Arbeiter sich in ähnlicher Weise gegen Unternehmer ausgesprochen hätte?

Seine Gastrolle in Dresden schloß der Dresdner mit seinem gewöhnlichen Refrain: Er sagte: Ich kann Ihnen nur raten: Nehmen Sie einen Knüttel und Dreschen Sie los, Dreschen Sie acht Tage oder noch länger, dann wird es besser werden.

Die Bildlichen Redereien wurden mit lautem Beifallsgeschlo von den Reformern begleitet und weder der am Vorstandstisch sitzende Abg. Windewald, noch der Vorsitzende Zimmermann hatten etwas dagegen einzulassen. Der Vorsitzende Reichsanwalt Dr. Häkel erstattete dem Vortragenden vielmehr noch seinen ganz besondern Dank für die Darlegung seiner charakteristischen Kampfesweise.

Nochmal das Khat-Christentum. Der „Reichsbote“ bringt einen langen Artikel über die unverdiente Kränkung, die der „Vorwärts“ dem Hopsrediger Ohly angethan habe, indem er, gestützt auf einen Bericht der „Dresdener Zeitung“ über eine Rede des Herrn Hopsredigers, demselben unchristliches Khat-Christentum vorgeworfen habe. Ramentlich sei es nicht wahr, daß der Herr Hopsrediger durch den Satz, daß am deutschen Wesen die Welt genesen möge, das Evangelium des Nazareners durch das mosaische Willkürtum habe ersetzen wollen. Zum Beweis unfes Unrechts giebt der „Reichsbote“ ausführlich den angeblichen Gedankengang der Predigt wieder.

Nach dieser Inhaltsangabe ist die Stelle vom welterslösenden deutschen Wesen inhaltlich minder anstößig. Immerhin hielten wir den Satz, daß das deutsche Wesen am Evangelium genesen sei schon an sich als ein wenig glückliche Redebezeichnung, die mehr nationale Ueberhebung als christliche Demüt atmet.

Kirrendes Khat-Christentum, aber verzweifelt wenig vom Geiste des Gründers des Christentums verrät vollends folgende Stelle der Predigt:

„Eine neue Epoche in der Geschichte des glorreich wiedererstandenen Reiches hat begonnen. Zur Sühne unerhörten Frevels am geheiligten Völkerrichte, zur Wahrung deutscher Ehre im Rate der Nationen, zum Schutze des Kreuzes und seiner Befehle kämpfen fern im Osten auf dem Boden des chinesischen Reiches tapfere Söhne ihres geliebten Vaterlandes Schulter an Schulter mit den Streitern der andern großen Völker unter dem gemeinsamen Oberbefehl eines anerkannten deutschen Feldherrn, begleitet von den Gebeten eines frommen Volks, begeistert durch des obersten Kriegsherrn flammendes Wort, eingedenk des alten Waffenspruchs, bedacht auf neuen Vorber.“

Der „Reichsbote“ bezeugt uns allerdings, daß wir das Evangelium des Nazareners nicht kennen. Jedenfalls nicht gut genug, um zu begreifen, wie man gleichzeitig ein Diener des Kreuzes und ein höflicher Tyrann der Weltpolitik der gepanzerten Faust sein kann.

Vom reichsländischen Bürgermeister-Parlament. Die politische Unmoral des sommerlichen Wahlsystems zu unserm kürzlich erneuerten Landesausschuß — so schreibt man uns aus Elah-Lothringen — kommt in der gegenwärtigen Zusammensetzung dieser sogenannten Volksvertretung deutlich zum Ausdruck.

Die so außerordentlich zahlreiche industrielle und gewerbliche Arbeiterschaft des Landes, der durch das System der unheilvollen Diktatur und Ausnahme-Gesetzgebung jeder andre Weg zur Vertretung ihrer Klasseninteressen verschlossen ist, hat im Landesparlament auch nicht die geringste Vertretung. Dagegen sind unter den 58 Mitgliedern des letzteren nicht weniger als 10 Industrielle, 19 Gutsbesitzer, 9 Rotare, ferner 4 Beamte, je 5 Rentner und Aelzte, 2 Bankiers, 2 Barrer, endlich je ein Kaufmann und Rechtsanwalt. In der That eine herrliche „Volks-Vertretung! Wie tadellos der beständliche Wahlbeeinflussungsapparat, besonders in den Landkreisen funktioniert, das geht deutlich aus der Thatsache hervor, daß fast genau die Hälfte, nämlich 28 von den 58 Deputierten festlich mit Bürgermeistern besetzt sind, also mit Leuten, die von der Regierung direkt abhängig sind und über deren Gesinnungstüchtigkeit bei dieser von vornherein jeder Zweifel ausgeschlossen ist. Die „liberale“ „Straßburger Post“ bezeichnet diese Zusammensetzung des elah-Lothringischen Landesparlaments als eine „vom parlamentarischen Standpunkte aus recht glänzende“. Dabei ist die Sozialdemokratie, die bei den Reichstagswahlen des Jahres 1898 von insgesamt etwa 225 000 im Lande abgegebenen Stimmen über 52 000, also fast den vierten Teil, auf ihre Kandidaten vereinigte, in diesem erlauchten Gremium nicht vertreten. „Günstig“ ist die Zusammensetzung des Landesausschusses also wohl, aber lediglich für — die Regierung.

Ausland.
Belgien.

Der Fall Sibido wurde in der Deputiertenkammer durch die Annahme der Tagesordnung des Herralen Häredt Boesie erledigt, welche festsetzt, daß die Regierung ihre Pflicht gethan habe.

Alterspensionen für Vergleute. Die sozialdemokratische Fraktion der Kammer hat einen Gesetzentwurf eingebracht, der für Vergleute von 60 Jahren an eine Pension von 600 Fr. pro Jahr und für Arbeiter über Tage eine Pension von der gleichen Höhe vom 65. Jahre an verlangt.

Frankreich.

Präsident Krüger ist an Bord der „Gelderland“ in Marseille eingetroffen und von Senatoren und Deputierten des Departements sowie den Vertretern vieler Städte Südfrankreichs feierlich empfangen worden. Krüger hielt eine Rede, in der er erklärte, daß die Boeren bis zum Aeußersten kämpfen würden. Ferner protestierte er energisch gegen die barbarische Art der englischen Kriegsführung.

Italien.

Die Deputiertenkammer ist am Donnerstag, den 22. d. M., wieder zusammengetreten. Der Präsident sollte in einer Ansprache den italienischen Soldaten in China sowie dem Herzog der Abruzzen Worte der höchsten Anerkennung. Ministerpräsident Saracco schlägt vor, alle Anträge erst nach der Erledigung des Budgets zu beraten. Die Sozialisten Ferri und Agnini verlangen, daß der Antrag, betreffend Aufhebung der Zölle auf Getreide, nach dem Finanz-Epöde zur Beratung komme. Ministerpräsident Saracco hielt sich darüber aus. Die Sozialisten verlangen namentliche Abstimmung. Da sich herausstellte, daß das Haus nicht beschlußfähig ist, wird die Sitzung auf eine Stunde vertagt.

Äfrika.

Ein allgemeines Aufklacern des Kriegs melden die neuesten Südafrika-Telegramme. Es fand am 16. bei Tlabancho ein Gefecht statt, in dem auf englischer Seite 1 Offizier und 3 Mann fielen. Auch bei Springbontel fand ein Klostengefecht statt. Im südl. Teil des Oranje-Staats sind die Boeren in letzter Zeit sehr thätig gewesen. Sie haben wiederholt die Eisenbahn- und die Telegraphenlinien in der Nähe von Ebenburg zerstört. In der Nacht auf den 16. d. M. versuchten die

Boeren bergelich, zwei Wasserdurchlässe in der Nähe von Brüssel an der Kimberley-Linie in die Luft zu sprengen. — Nach Meldungen aus Natal haben die Boeren südlich von Utrecht einen Wagen mit 13 Mann Besatzung aus einem Hinterhalt überfallen. Sie haben den Wagen mitgenommen, die Mannschaften, von denen vier verwundet sind, aber freigelassen.

Ein Telegramm des Feldmarschalls Roberts aus Johannesburg vom 20. lautet: Der Kommandant von Tlabanau berichtet, ein Boerenkommando, bestehend etwa 800 Mann stark, rückte am 19. d. M. von Dewetsdorp auf Bepener vor, lehrte aber am Abend zurück. Die Boeren haben neun Ferkel erschossen, weil sie dieselben im Verdacht hatten, den Engländern Nachrichten übermitteln zu haben. — Der Kommandant von Standerton meldet, der Vorposten bei Waterval Bridge sei am 19. d. M. angegriffen worden, wobei ein Mann verwundet sei.

Partei-Nachrichten.

Gemeinbewahlfrage. In Dessau wurden die 4 Parteigenossen, die, wie berichtet, in der allgemeinen Bürgerversammlung mit als Kandidaten proklamiert wurden, mit anfänglicher Stimmzahl zu Stadtverordneten gewählt. Sie erhielten 1872—2296 Stimmen, während die höchsten und niedrigsten Stimmzahlen in dieser Gruppe 2574 und 1805 betragen. Unser Dessauer Parteiblatt kommt nach einer Prüfung der Einzelheiten des Wahlergebnisses zu dem Schluss, daß wir etwa 1000 Stimmen als eigne Parteistimmen rechnen dürfen. Bei der letzten Wahl im Jahre 1898 wurden nur gegen 700 sozialdemokratische Stimmen abgegeben. Der Erfolg wäre somit ganz erfreulich.

In Frankfurt a. M. wurde in gestriger Stichwahl der Genosse Quack mit 558 gegen 519 Stimmen zum Stadtverordneten für den Bezirk Rodenheimer gewählt. Damit zieht der erste Sozialdemokrat in das großbürgerlich-demokratische Frankfurter Stadtparlament ein.

In Frankenhäuser (König. Sachsen) wurde in der Klasse der Unanfertigen der sozialdemokratische Kandidat mit fast sämtlichen Stimmen gewählt.

In Weigenjena (S.-Weimar), dem Orte, wo unter der Herrschaft des meiste Verfallungen verboten wurden, wurde der erste Sozialdemokrat in den Gemeinderat gewählt.

Auch aus Oesterreich werden erfreuliche Resultate gemeldet. So wurden in Raaburg (Steiermark) sämtliche 10 sozialdemokratischen Kandidaten gewählt und in Graz, wo bisher nur 1 Sozialdemokrat, der Genosse Keisel, im Gemeinderat saß, kamen 7 Parteigenossen und 1 Deutschnationaler um 4 Mandate in die Stichwahl, so daß mindestens 3 Parteigenossen so gut wie gewählt sind.

Parteiliteratur. Die Anklagereden wider die Hunnen und Weltpolitik und ihre Verteidigung durch Reichs-Kanzler und Kriegsminister im Reichstage werden durch die Buchhandlung Vorwärts den Genossen zum billigen Preise im stenographischen Wortlaut zugänglich gemacht werden — ohne daß der Verlag eine Nebenabgabe von 12.000 M. seitens der Interessenten dieser Politik erbeten hat. Und um dem Leser auch ein selbständiges Urteil zu ermöglichen, soll der Broschüre auch das in Frage kommende Thatsachen-Material, wie die Kaiserreden, die Hunnenbriefe, die Waldersee-Depeschen beigelegt werden. Die Genossen dürfen damit ein wertvolles Agitationsmaterial, in einer Broschüre zusammengestellt, erhalten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Schauwacht wurde in der Redaktion der „Schwäbischen Tagwacht“ nach dem Manuskript eines Artikels, der schon im Oktober in dem Blatt erschienen ist. Die Polizei konnte sich wohl vorher sagen, daß sie sich da unnütz bemühen würde.

Aus Ostpreußen. In Ragnit wurden zwei Parteigenossen zu je 3 M. und einer zu 15 M. Geldstrafe verurteilt, weil sie eine unangemeldete Versammlung abgehalten haben sollen. Sie hatten beim Vereinsklassierer gemeinschaftlich Beiträge bezahlt und das soll die Versammlung gewesen sein.

Genosse Braun, früher Gutbesitzer in Wehden, bestellte die sieben Arbeiter dieses Gutes, das er kürzlich verkauft hat, in seine Wohnung, um jedem derselben ein Geldgeschenk auszuhandeln. Dazu unterhielt er sich noch eine Weile mit ihnen über allerlei, wobei auch einige Worte über Politik fielen. Dafür wurde er wegen Abhaltung einer unangemeldeten Versammlung zu 20 M. Geldstrafe verurteilt.

Genosse Hoyer-Elstgirtten soll den Agitationskalender, nachdem er schon beschlagnahmt war, zur Verbreitung weiter gegeben haben. Dafür muß er 15 M. Geldstrafe zahlen.

Achte General-Versammlung der Vereinigung der deutschen Maler.

Würzburg, den 20. November 1900.

Die Vereinigung der Maler hält in Würzburg diese Woche die Generalversammlung ab. Anwesend sind 68 Delegierte, vom Hauptvorstand sind Tobler und Wenter, für die Redaktion Karl, für den Ausschuß Hub-Stuttgart, für die Prekommission Gschler anwesend. Die Generalkommission ist durch J. Paepelow vertreten. Zu Vorsitzenden werden Tobler und Ludwig ernannt.

Seit der Generalversammlung in Mainz 1898 hat die Organisation einen bedeutenden Aufschwung genommen, wie es vom Vorstand kaum erwartet wurde. Doppelte Bedeutung gewinnt dieser erfreuliche Aufschwung, wenn wir bedenken, daß die Verhältnisse derjenigen Kollegen, die durch die Einführung der Krankenunterstützung einen Rückgang der Organisation prophezeit, nicht in Erfüllung gegangen ist. Die Mitgliederzahl ist von 8000 auf 10.000 gestiegen. Welche Arbeit aber zu bewältigen war, mögen Ihnen die Aus- und Eingänge im Bureau des Hauptvorstands beweisen. Eingegangen sind 10.850 Briefe, 129 Depeschen und 2440 Geldsendungen. Ausgänge: 1009 Briefe und Postkarten, 65 Depeschen und 289 Geldsendungen. Die Zahl der Filialen ist von 182 auf 208 gestiegen.

Die Lohnbewegungen zeigen in den beiden letzten Jahren eine bedeutende Zunahme, wodurch der Hauptvorstand bedeutend belastet wurde und die Erhebung einer Extrosteuer von 1 Mark sich als notwendig erwies. Obwohl nicht alle Mitglieder dieser Pflicht genügen, ist dennoch eine Summe von 12.378 M. vereinnahmt worden. Infolge von Streiks und Agitation waren der Vorsitzende 237 1/2 Tage, darunter 36 Sonntage, der Kassierer 24 Tage, darunter 2 Sonntage, der Redakteur 28 Tage, darunter 2 Sonntage, unterwegs. In Summa 280 1/2 Tage. Es mußte deshalb zur Anstellung von Hilfskräften gezwungen werden und sind hierfür 1181 M. veranschlagt. — Nachdem der Redner noch einige Vorlesungen mit dem Ausschuß besprochen, erstattet Wenter den Kassierenbericht. Das Vermögen der Vereinigung am 1. Oktober betrug 54.800,36 M., außerdem stehen noch Restbeträge in den einzelnen Filialen mit ca. 9000 M. aus. — Die Gesamteinnahmen von 1898 bis 1. Oktober 1900 betragen 243.519,97 M., die Ausgaben 209.830,55 M. Die Ausgaben verteilen sich in Prozenten gerechnet: Agitation 5 1/2 Proz., Vereinsorgan 15 Proz., Streikunterstützung 31 Proz., Rechtschutz und Genossengesellen-Unterstützung 1 1/2 Proz., Reise-Unterstützung 2 Proz., Kranken-Unterstützung 5 1/4 Proz., persönliche Verwaltungskosten 4 1/4 Proz., jährliche 7 Proz., General-Versammlung und Gewerkschafts-Kongress 2 Proz., Generalkommission und Bauarbeiterklub 1 Proz. Den Bericht des Ausschusses erstattet Hub und giebt namentlich die Anstellung des Redakteurs demselben Gelegenheit zu Wort. Im übrigen ist noch eine Beschwerde von dem Kollegen Winger, früher Berlin II, eingegangen, dieselbe ist aber zu spät eingetroffen und findet deshalb keine Berücksichtigung. Nunmehr wird in die Debatte über den Bericht des Vorstandes und Ausschusses eingetreten. Hierzu sprechen eine ganze Reihe von Rednern, die an einzelnen Punkten des Berichts Kritik üben. Der Beginn der Verhandlungen verliert der Vorsitzende eine Anzahl

Begrüßungsschreiben, darunter eins der französischen Bruderorganisation aus Paris. Die Debatte über den Vorstandes- und Kassierenbericht nimmt auch noch die Vormittags-Sitzung zum größten Teil in Anspruch. Nachdem Tobler in seinem Schlusswort die Protokolle, die gegen die Hauptverwaltung erhoben, entkräftet, wird dem Hauptvorstand gegen zwei Stimmen Decharge erteilt.

Hierauf erstattet Karl den Bericht für die Redaktion des „Vereinsanzeiger“. Die Höhe der Ausgabe bewegt sich zwischen 15.000 bis 17.000 Exemplaren. Redner wünscht, daß sich mehr Mitarbeiter aus den Reihen der Kollegen finden. Jedenfalls hat der „Vereinsanzeiger“ seine Pflicht getan und wird sie auch ferner thun, mögen die Mitglieder dafür sorgen, daß sie ihre Pflicht dem Vereinsorgan gegenüber thun.

In der Nachmittags-Sitzung werden Begrüßungsschreiben von der Schweizer Malervereinigung, ebenso von der Bruderorganisation aus Wien verlesen. Mehrere Redner, namentlich Kolb, ist nicht mit der Schreibweise des Blatts, sowie mit der Berechnung des Druckers einverstanden.

Paepelow als Vertreter der Generalkommission findet die Berechnung wohl auch etwas hoch. Im übrigen kann man vom Redakteur, der die gesamte Expedition zu besorgen hat, eine gute exakte Arbeit für die Redaktion nicht verlangen. Entlasten Sie Ihre Beamten, dann können Sie auch was verlangen.

Im Schlusswort weist Karl die Angriffe gegen die Redaktion zurück. Hierauf wird der Redaktion Decharge erteilt. Sodann verliest der Vorsitzende einen eingegangenen Brief eines Malers Genz-Berlin. Die Generalversammlung nimmt von diesem Schreiben Kenntnis, lehnt es aber ab, auf die Angelegenheit einzugehen.

Hierauf hält Tobler das Referat über die Arbeitslosen-Unterstützung. Redner führt etwa folgendes aus: Die Frage der Arbeitslosen-Unterstützung (wie in unserem Gewerbe eine sehr gewichtige Rolle und sind es nur zwei Wege für uns, auf Grund deren sich die Sache regeln lasse. Erstens: Beitrag im Sommer pro Woche 50 Pf., im Winter pro Woche 20 Pf. Die Unterstüfung pro Tag 50 Pf. oder pro Woche 3 M. Ausschließlich der Sonn- und Feiertage. In der ersten und letzten Woche im Jahre und in den Monaten Mai, Juni, Juli, August fällt die Unterstüfung fort. Ebenso scheidet die Kranken- und Reise-Unterstützung aus.

Ein zweiter Weg wäre:

1. Der Wochenbeitrag in den 30 Sommerwochen beträgt 1 M., in den 22 Winterwochen 20 Pf.
2. Anspruch auf Unterstüfung erhält das Mitglied, welches ein volles Jahr obigen Beitrag entrichtet hat.
3. Die Unterstüfung beträgt pro Tag 1 M. und wird nach sechsstündiger Arbeitslosigkeit gewährt. Sonn- und Feiertage, sowie die erste und letzte Woche des Jahres stehen außer Berechnung für Empfang der Unterstüfung.
4. Die Unterstüfung regelt sich nach der Zugehörigkeit zur Vereinigung wie folgt:

Nach 1 Jahre	Höchstbetrag
2	42
3	48
4	60

Wer den Höchstbetrag der Unterstüfung erhalten hat, muß 40 Wochenbeiträge geleistet haben, eine von neuem Anspruch auf Unterstüfung erhoben werden kann.

5. Bezugsberechtigten Mitgliedern, welche anderweitig in Arbeit treten können, kann, wenn die sechsstündige Karenzzeit der Arbeitslosigkeit verstrichen ist, Reisegeld bis zu 6 M. verabsolgt werden.

Verheirateten kann je nach den Verhältnissen bis zum Höchstbetrag die Unterstüfung als Reisegeld ausbezahlt werden.

6. Die Anmeldung zur Unterstüfung hat innerhalb 2 Tagen nach der Entlassung aus der Arbeit zu geschehen. Bei der Anmeldung ist der Entlassungschein, wie er laut Gesetz von jedem Arbeitgeber verlangt werden kann, nebst Invalidenkarte vorzulegen.

Redner weist an einem eingehenden statistischen Material aus dem Jahre 1899 die finanzielle Belastung der Organisation nach.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

32. Sitzung vom Donnerstag, 22. November 1900 nachmittags 5 Uhr.

Zur Beratung steht heute endlich der schon am 17. Oktober eingebrachte Antrag Singer und Genossen, die Wohnungsnote betreffend. Der Antrag lautet:

Die Versammlung wolle beschließen: den Magistrat zu ersuchen, mit der Versammlung in gemischter Deputation zu beraten:

1. durch welche Mittel die zur Zeit — namentlich für die Arbeiterbevölkerung — herrschende Wohnungsnot zu beseitigen ist,
2. was städtischerseits zu geschehen hat, um durch kommunale Maßnahmen den auf dem Gebiet des Wohnungswesens bestehenden Mängeln zu begegnen.

Von der Mehrheit war am 25. Oktober die Erörterung des Antrags bis zum Eingang der durch die Zeitungen angeführten Magistratsvorlage hinausgeschoben worden, die ebenfalls die Wohnungsfrage ihrer Lösung entgegenführen soll. Diese vom 11. November datierte Vorlage schlägt bekanntlich die Errichtung einer Stiftung vor, die den Zweck hat, minderbemittelten Einwohnern billige und gesunde Wohnungen zu gewähren. Die Stadt will diese Stiftung, welche zum Ansehen an die Erhebung Preußens zum Königreich als Jubiläumstiftung erteilt und „König-Friedrich-Stiftung“ genannt werden soll, mit einer Million Mark dotieren; außerdem wird der Magistrat öffentlich zur Eingahlung von Beiträgen zur Begründung der Stiftung aufgerufen.

Die Begründung des Antrags Singer übernimmt

Stadtv. Heymann (Soc.):

Von niemand, gleichviel wie er zur Wohnungsfrage steht, wird bestritten werden, daß bei der stetig zunehmenden Bevölkerung der Stadt es Pflicht der städtischen Behörden ist, der Wohnungsfrage ernsteste Aufmerksamkeit zuzuwenden. In diesem Sinne hat sich ja auch der neue Bürgermeister Brinmann geäußert. Seinen verheißungsvollen Worten ist die Magistratsvorlage endlich gefolgt. Bestanden auf dem Gebiete des Wohnungswesens Mängel, so mußte der Magistrat alles thun, diesen zu begegnen, oder er leugnete die Wohnungsnot und mußte dann den Mut haben, das offen zu sagen; aber die Mängel zuzugestehen und diesen abhelfen zu wollen durch eine milde Stiftung, das ist ein Beginnen, wie man es von dem Magistrat einer solchen Kommune am Anfang des 20. Jahrhunderts kaum erwarten sollte. (Sehr richtig!) Er giebt eine Million her und bittet ein verehrliches Publikum um milde Gaben! Die Beschlässe des Magistrats sind getragen von dem Geiste engherziger Klassenherrschaft. (Vorsteher Langerhans bittet, solche Ausdrücke nicht zu gebrauchen.) Der erste Teil unseres Antrags bezieht sich mit der Wohnungsnot; darüber werden wir uns leichter verständigen. Die

Obdachverwaltung

nimmt für das nächste Etatsjahr eine durchschnittliche Belegung von 600 gegenüber 250 im laufenden Jahr an; diese verstärkte Inanspruchnahme dürfte von jetzt ab als dauernde Erscheinung anzusehen sein. Der Magistrat spendet der Obdachverwaltung alles Lob; ich kann damit nicht übereinstimmen. Genüß sind alle Obdachlosen untergebracht worden, aber das ist auch alles. Wenn 1500 Personen untergebracht werden müssen auf einem Raum, wo sonst 300 zu sein pflegen, so kann von gesunder und angemessener Unterkunft nicht mehr die Rede sein.

Die Obdachlosigkeit ist nur eine Form des Wohnungselends, wenn auch die schlimmste. Deshalb sollte die Vermittlung nach unserer Meinung nicht länger zögern, die Wohnungsfrage als Ganzes in Erwägung zu ziehen, wie der zweite Teil des Antrags will. Die heutige Gesellschaft kann sie allerdings nicht lösen, weil es dazu der Lösung des Grund- und Bodens von allem privatkapitalistischen Interesse bedarf (Unruhe); diese Auffassung ist bis weit hinein in die bürgerlichen Kreise verbreitet. (Ausrufe.) Ich ver-

weise u. a. auf Prof. Bücher, auf die Ausführungen des Oberbürgermeisters Widens von Frankfurt a. M. Alle diese Männer bezeichnen das private Eigentum an Grund und Boden in unmittelbarer Nachbarschaft der großen Städte als unerträglich. Allerdings scheint für viele der Herren hier, auch in der Obdachverwaltung, eine Wohnungsnot oder Wohnungsfrage nicht vorhanden zu sein, so lange das Aghl ausreicht. Es ist doch festgestellt, daß eine Arbeiterfamilie 30 Prozent des Einkommens für die Wohnung ausgeben muß, und zwar für oft gänzlich unzureichende und ungesunde Wohnungen. Diese Quote weist sogar von Jahr zu Jahr bei den Arbeitern eine steigende Tendenz auf; die Aufwendungen der Arbeiter für die Wohnung sind geradezu horrend. 724.000 von den Einwohnern Berlins wohnen in rot, 200.000 Wohnungen von nur einem Raum und in 27.000 dieser Wohnungen waren nicht weniger als 160.000 Menschen, also in jedem Raum 6 untergebracht. Das ist doch das trüffste Wohnungselend. (Zustimmung und Unruhe.)

Diese Mängel sind aber zur Zeit geradezu unerträglich geworden, weil zu jener Ursache die Unlust des Privatkapitals hinzutritt. Häuser mit kleinen Wohnungen zu bauen, kinderreiche Familien finden, obwohl sie pünktliche Mietzähler sind, schwer Unterkommen (Widerspruch und Zustimmung), Mietsteigerungen von 20—25 Proz. sind keine Seltenheit (Erneute Unruhe) — diese Ausführungen werden ja durch die Auslagen der obdachlos Gewordenen ganz direkt bestätigt. Auch der Magistrat will ja durch seinen Vorschlag die wirtschaftliche Selbständigkeit der betreffenden Familien schützen. Abhilfe schaffen könnte zunächst eine Veränderung des Gemeinde-Wahlrechts und des Enteignungsrechts; hier könnte sich der Oberbürgermeister große Verdienste erwerben, wenn er im Herren-Hause die Wiederannahme der 1893 gescheiterten lex Widens sich verwendet. Die Stadt hätte dann die in ihren Besitz übergegangenen städtischen Wohnungsinvestitionen, eines städtischen Wohnungsamts und eines Wohnungsnachweises. Auch in diesem Punkt sind andre Städte der Stadt Berlin weit voraus.

In weiterer Folge würde man zu der Forderung kommen, daß den hygienischen Anforderungen nicht entsprechende Wohnungen nicht weiter bewohnt werden dürfen und Vermieter, welche dagegen handeln, bestraft werden sollen. Bekanntlich hat gerade Herr Niquel ein scharfes Strafgesetz dieser Art befürwortet, als er noch Oberbürgermeister von Frankfurt war. Die Gemeindegründung muß nach dem gemeinen Wert des Grundstücks statt nach dem Nutzungswert erhoben werden; eine große Anzahl von Gemeinden haben diese Maßnahme bereits mit glänzendem Erfolg durchgeführt. Auch die zuständigen Minister haben ja in der Mustersteuerordnung darauf hingewiesen. Lehnen Sie den Antrag auf Beratung in einer Deputation (ein solcher Antrag war mittlerweile eingegangen) ab, so setzen Sie damit die Wohnungsfrage nicht von der Tagesordnung ab; wir würden Ihnen dann mit formulierten Einzelanträgen kommen müssen, welche Sie democh nötigen würden, sich mit der Frage zu beschäftigen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Oberbürgermeister Kirchner:

Die höchste Belegungsziffer hat im Obdach am 10. Oktober 303 Familien mit 1364 Köpfen betragen, heute beträgt sie 196 Familien mit 720 Köpfen. Diese Thatsache des Steigens der Belegungsziffer hat den Magistrat veranlaßt, sich mit den Ursachen dieser wirtschaftlichen Erscheinung zu beschäftigen. Sie erfordert ernste Beachtung; ob man sie mit Wohnungsnot oder Wohnungselend bezeichnen will, ist Geschmacksache, ich liebe solche Schlagworte nicht, aus denen leicht falsche Schlüsse gezogen werden können. (Zustimmung und Aho! Aho!) Solche wirtschaftlichen Erscheinungen haben in der Regel nicht einen, sondern zahlreiche Gründe. Der Hauptgrund liegt darin, daß der Grund und Boden sich nicht vermehren kann; daneben u. a. die Einschränkung des Pfandrechts, die Beschränkung der Hypothekendarlehen bei der Beleihung von Baugrund, der Stand des Geldmarkts, die Steigerung der Wohnungspreise, die angeht des Steigens der Arbeitslöhne nicht ganz unbedeutend ist. (Ausrufe.) Wie soll nun die Gemeinde helfen? Soll sie als Unternehmerin auftreten? Für Hilfsbedürftige muß sie Obdach gewähren; soll sie weitergehen? Der Magistrat hat in seiner überwiegenden Mehrheit diese Frage verneint. Eine Gemeinde muß alle Mitglieder gleich behandeln; erkennt sie die Lieferung von Wohnungen an Hilfsbedürftige als Pflicht an, dann muß sie sie für alle Mitglieder auf sich nehmen. Das kann sie aber nicht, ohne mit dem ganzen wirtschaftlichen System zu brechen. Das gab auch der Antragsteller zu, also wäre die Beratung in gemischter Deputation über jene Frage ein Widerspruch in sich. Wer von Gemeinde wegen für Wohnungen sorgen will, muß auch von Gemeinde wegen für billige Feuerung, Kleidung etc. sorgen, und so kämen wir thatsächlich zu dem Zukunftsstaat der sozialistischen Partei, und davon, daß dieser Staat der ideale ist, kann ich mich wirklich noch nicht überzeugen. Für mein Denken wird damit ein gut Teil der menschlichen Natur vernichtet. (Sehr gut!) Unsere Vorschläge bewegen sich auf der Basis, daß es notwendig ist, den hervorgetretenen Schäden auf dem Boden des bestehenden wirtschaftlichen Systems zu begegnen. Gerade aber unsere Vorschläge, daß die Stadt für ihre Arbeiter Wohnungen bauen lassen soll, weist der Vorredner ab; seine Partei und die betreffenden Arbeiter werden sich darüber auseinanderziehen zu haben. Im Magistrat ist man der Ansicht, daß man ohne die Teilnahme der Privatunternehmer nicht bauen kann. Der Antragsteller will das Gemeinde-Wahlrecht und das Enteignungsrecht ändern; was hätte man wohl gesagt, wenn der Magistrat sich auf solche in weiter Ferne liegende Perspektiven beschränkt hätte! Das Gemeinde-Wahlrecht betreffend siehe ich auch auf dem Hauptpunkte, den Hausbesitzern zu raten, eventuell auf ihr priveligium odiosum zu verzichten; aber mir ist kein Fall bekannt, wo die Hausbesitzer hier Mißbrauch getrieben hätten mit ihrer Stellung als Hausbesitzer. (Beifall und Unruhe.) Die lex Widens ist sehr beachtenswert; ich habe erst kürzlich mit dem Herrn verhandelt, und es dürfte zunächst ein Gesetz für Frankfurt ergehen, das dann vorbildlich wirken könnte. Die Steuerreform ist gewiß auch beachtenswert. Das Wohnungsamts mit seinem Zwang und seinem Beamtenapparat ist mir augenblicklich noch wenig schmackhaft, so wünschenswert eine sachliche Kontrolle der Wohnungen wäre. — Die Stiftung wird nach unserer Meinung alsbald sehr wohlthätig wirken, und auf die Wohlthätigkeit könnten sich doch alle Meinungen vereinigen. Die Stiftung wird den Privatunternehmern keine Konkurrenz machen (Stadtv. Singer: Das heißt, den Pelz waschen und nicht nahmen!), das soll sie auch nicht, oder sie kann vorbildlich und vielreguliert wirken. Millionen sind schon gestiftet aus den Kreisen, welche der Vorredner nicht genug geißeln konnte; man sollte doch auf den Wohlthätigkeitsfund nicht solchen giftigen Nehtbau streuen! Mit Geringschätzung ist angeknüpft worden an den Zusammenhang der Stiftung mit Friedrich I. Die preussische Monarchie hat sich der Armen und Notleidenden oft angenommen, und es ist ein echt preussischer Gedanke, Notleidenden zu Hilfe zu kommen.

Die gemischte Deputation hat der Antragsteller uns mit der Drohung schmachhaft machen wollen, daß wir andernfalls doch mit den Spezialfragen befaßt werden würden. Das zeigt nur, daß die Wohnungsfrage nicht zu lösen ist; sie wird die Menschheit so lange beschäftigen, wie die Menschheit existiert, durch eine gemischte Deputation wird sie nicht gelöst werden. (Beifall und Fischen.)

Stadtv. Bamberg (alte Linke) und Stadtv. Wallach (alte Linke) sprachen sich im allgemeinen für die Magistratsmaßnahmen aus.

Stadtv. Oberland verlangt besonders Unterstüfung der Bau-genossenfamilien.

Stadtv. Nathan (neue Linke): Die Wohnungsnot ist nicht erst mit der Ueberfüllung des Obdachs und mit der Verringerung der kleinen Wohnungen in Berlin aufgetreten; die Wohnungsnot in Berlin ist viel älter, die Zahl der unzulänglichen und überfüllten Wohnungen ist hier wie in allen Großstädten ständig sehr groß gewesen. Wenn der Oberbürgermeister im übrigen dem manchesterlichen Standpunkt das Wort redet, so verstehe ich seine Vorlage nicht vollkommen; er hat wohl

In derselben gleichzeitig einen h5rlichen Grad und einen sozialen Neberzieher liefern wollen; er will vor allem einen monarchisch-historischen Akt festlegen. Ich, der ich nur f5r meine Person spreche, stehe mich aber an diesem Eitelkeit nicht. Gegen das Projekt spricht meiner Meinung nach die Frage der technischen Ausf5hrbarkeit der Herstellung kleiner Wohnungen f5r k5nderreiche Familien, und wie soll unter diesen die Auswahl getroffen werden? Diese Punkte bed5rfen jedenfalls noch der Pr5fung. Im 5brigen acceptiert Nieber die Vorlage, empfiehlt dann aber in ausf5hrlicher Weise die Unterst5tzung der Bauvereinigungen durch die Stadt. Schlie5lich weist er auf die Ankn5pfung eines preussischen Wohnungsgesetzes hin, um die Hausbesitzer zu 5berzeugen, das es auch f5r sie besser w5re, schon jetzt die Wohnungsreform in Angriff zu nehmen.

Stadt. Singer: Der Oberb5rgermeister ist kein Freund von Schlagworten, aber er hat ein ganzes Arsenal von Schlagworten verbrandt. An ihm sind die letzten 30 Jahre der sozialen Entwicklung spurlos vor5bergegangen, soweit seine heutigen Ausf5hrungen in Betracht kommen. (Weiterkeit.) Ich w5nschte, der Oberb5rgermeister f5nde noch die Zeit, die einschlagige Litteratur n5her zu studieren. Er macht dem Kollegen Heymann den Vorwurf, er habe die private Wohlt5tigkeit verp5t. Kollege Heymann hat sich dagegen ge5ndert, das die Stadt ihre sozialen Verpflichtungen auf die private Wohlt5tigkeit abw5rft. (Widerpruch.) Und wogegen er sich ferner mit Recht gewandt hat, das ist die eigentliche Art, wie manche Leute in Berlin Wohlt5tigkeit 5ben. (W5nschen des Stadts. Hugo Sachs.) Ich erlaube mir nur, eine Meinung in der Sache zu haben, tanzen Sie und spielen Sie Theater, soviel Sie wollen. (Gro5e Weiterkeit.) Den sozialistischen Zukunftsstaat werde ich Ihnen jetzt nicht auseinandersetzen; was im Laufe der 5konomischen Entwicklung sich als notwendig erweist, das kommt, m5gen Sie es wollen oder nicht. Das die Sozialdemokratie da ist, das sie eine andre Gesellschaftsordnung verlangt, ist lediglich das Fakt der Thatsache, das nach der heutigen Wirtschaftsweise die breiten Massen im Volle verelenden. (Gro5e Unruhe.) Das mit unseren Vorschlags unser Zukunftsstaat etabliert wird, meinen wir gar nicht. Wir verlangen 5nderungen in dem Rahmen dessen, was die heutige Gesellschaft leisten kann. Dabei wird allerdings der kapitalistische Pelz etwas nach gemacht, was die Vorlage des Magistrats nicht thut. Ich befinde mich der Vorlage gegen5ber in einem gewissen Gef5hl der Beschr5nkung, wenn ich bedenke, das D5sseldorf 20 Millionen f5r den gleichen Zweck aufwendet, f5r den die Reichshauptstadt sich mit der Aufwendung von einer Million begn5gt. Was soll denn eigentlich mit dieser Million gemacht werden? Was soll werden, wenn der Magistrat mit dem Allingelbeutel herumgeht, austrifft in der 'Vossischen Zeitung'. (Zuruf: 'Vorw5rts!') Auch im 'Vorw5rts', schon, vielleicht kommt dort noch am meisten heraus? (St5rmische Weiterkeit.)

Ob die Behandlung, welche die Stadt gerade jetzt von oben erfahren hat, es angezeigt erscheinen l5st, mit einer solchen Leistung ins Schlo5 zu gehen, 5berlasse ich dem Geschmack der Mehrheit und des Magistrats. Ich kann nur nicht finden, das durch die Stiftung zum Andenken des Mannes, um den es sich handelt, dessen Nachfolger sich besonders gef5hrt f5hlen werden, wenn der Magistrat ihnen eine Million als Morgengabe ins Schlo5 bringt. Es ist doch ein bi5chen wenig gesch5ft. Man wird sich oben fragen: 'Wenn dem Magistrat die Gr5ndung des K5nigreichs Preu5en nicht mehr als eine Million wert ist, so ist das ein Patriotismus, der die Probe auf den Geldbeutel nicht sehr vertr5gt.'

Aber ich bedauere, das man mit kleinen Mitteln ein Problem wie das der Wohnungsnot angreifen will. Die akute Wohnungsnot mu5 durchaus von der Wohnungsfrage getrennt werden. Die schlechten Zust5nde auf dem Gebiete der letzteren entstehen dadurch, das der Preis der Wohnungen einen viel zu hohen Teil des Einkommens ausmacht; darum wird das Wohnungsbed5rfnis in ungen5gender Weise befriedigt. Der Hausbesitz und das Wohnungsvermieten ist heute nichts weiter als ein ganz gew5hnliches Handelsgesch5ft. (Sehr richtig!) Das ist Thatsache; und da ist der Punkt, wo die soziale F5rorge der Stadt eingreifen hat; die Stadt hat nicht n5tig, daran etwas zu verdienen, eine hohe Rente herauszuwickeln, wie der private Grundbesitzer. Au5erdem nimmt der Grund und Boden durch die Einrichtungen der Gesamtheit, Stra5enanlagen usw. t5glich an Wert zu, und die Stadt hat nicht n5tig, aus diesem Wertzuwachs besondere Vorteile f5r die Stadtkasse herauszuschlagen. Erkennt der Magistrat dies an, was ich hoffe, dann mu5 er auch erkennen, das er mit seinen Vorschlags den Uebelst5nden nicht abhilft, sondern sie verst5rkt, indem er auch den st5dtischen Grund und Boden in die Privatpekulation hineinwirft. Solche Unternehmungen, die nur die Selbstkosten haben wollen, wird der Magistrat nicht finden. (Zuruf: Doch!) Dann bitte ich den Kollegen Remmen, ein paar solche Unternehmungen auf den Tisch des Hauses niederzulegen. (Weiterkeit.) Die Magistratsvorschlags ber5hren den Kern der Sache gar nicht.

Der Oberb5rgermeister will nichts wissen von der Wohnungsinspektion mit ihrem Zwange. Ja, haben wir denn nicht Fabrikinspektion? Und das freie England hat eine gef5hliche Wohnungsinspektion; im freien England hat man in diesem Punkte den Zwang f5r notwendig gehalten. Freiherr v. d. Goltz in Stra5burg hat 5ber die Vorz5ge einer solchen ein Buch geschrieben, das ich ebenfalls dem Oberb5rgermeister empfehle. Wenn wir boshaft w5ren, was wir nicht sind (Gro5e Weiterkeit), dann m5hten wir uns Ihrer Sterilit5t freuen, denn in dem Ma5e, wie sich die schlechten Zust5nde verewigen, w5chst die politische Macht der Sozialdemokratie. Wir halten also nach wie vor unseren Antrag f5r das richtige. — Nach seiner Ablehnung stimmen wir f5r den Ausschuss. Die Frage des Wohnungsselekt wird nicht eher von der Tagesordnung verschwinden, als bis sie im Rahmen der heutigen Gesellschaft auch f5r Berlin gel5st worden ist.

Oberb5rgermeister Richter: Die Fachlitteratur bez5glich der Wohnungsfrage steht mir in gro5em Umfange zu Gebote; solcher, die ganz den Standpunkt des Herrn Singer einnehmen, finde ich recht wenige. Wir wollen die Wohnungsfrage mit der Million ja gar nicht l5sen, sondern blo5 auf einem Wohlt5tigkeitsgebiete einen Versuch machen. D5sseldorf will doch nicht die 20 Millionen zu einer Stiftung verwenden. Die Forderung, Grund und Boden aus dem Privatbesitz auszuscheiden, ist doch die Hauptforderung der Sozialdemokratie. Ich will den Zwang beschr5nken auf die F5lle, wo er unvermeidlich ist, der Vortredner hat einen Staat im Auge, wo der Zwang die Regel ist.

Nachdem noch Stadts. K5llmann (freie Vereinigung) f5r die Verweisung der Vorlage an einen Ausschuss pl5ndert, schlie5t die erste Beratung.

Mit gro5er Mehrheit werden beide Gegenst5nde, der Antrag und die Vorlage, an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern 5berwiesen. Darauf beschlie5t die Versammlung gegen 9 1/2 Uhr die Verlegung.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Kempner! In der Versammlung am 23. v. M. wurden ca. 180 Fragebogen ausgegeben, die leider nicht mit der gew5nschten Regelm5glichkeit eingehen. Die Agitationskommission ersucht deshalb um baldige Zuf5ndung derselben. Ferner bitten wir, in Betrieben, wo noch keine Verbindungen mit den Kollegen bestehen, Adressen einzuschicken, um auch dort die Ausstellung der Fragebogen zu erm5glichen. Fragebogen k5nnen vom Unterzeichneten und im Verbandsbureau, Engel-Platz 15, in Empfang genommen werden.

Im Auftrage der Agitationskommission:
Karl Weigel, Eisenacherstr. 8.

Achtung, Metallarbeiter! Der Zustand der Arbeiter der Metallgesellschaft Panzer ist durch einen Vergleich beendet. Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbands.

Deutsches Reich.

Die 14. Generalversammlung des Centralverbands der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands findet vom 25. bis 29. M5rz 1901 in N5rnberg statt. Die vorl5ufige Tagesordnung enth5lt u. a. folgende Punkte: Die Arbeitslosen-Unterst5tzungsfrage. Die Agitation. Veratung der in den vorhergehenden Punkten nicht erledigten Antr5ge. Regelung der Geh5lter und Wahl des Verbandsvorstands.

Der Verbandstag des Verbands deutscher M5hlenarbeiter ist zum 7. April 1901 nach Heilbronn einberufen. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: Stellungnahme des Verbandstags zu den gesetzlichen Vorschriften 5ber Arbeitszeit und Sonntagstrabe im M5hleregewerbe. Ausbau unseres Verbandsorgans, Arbeitslosen-Unterst5tzungsfrage. Stellenvermittlung. Gaueninteilung.

Vom Verlag der 'Leipziger Volkszeitung' erhalten wir folgende Zuschrift:

'In unserem Bedauern sind jetzt ernstliche Differenzen zwischen den bei uns besch5ftigten Sechern (Verbandsmitgliedern) und der Gesch5ftsleitung ausgebrochen.

Bekannt d5rfte sein, das nach den letzten Tarifberatungen der Bundesrat unter den Gehilfen ein Streit 5ber den Wert der Tarifgemeinschaft entstand. Der damals im Verband erbittert gef5hrte Kampf endete zun5chst damit, das eine Anzahl Tarifgemeinschaftsgegner aus dem Verbands ausgeschlossen wurden und andre aus dem Verband austraten. Das Ergebnis war die Gr5ndung einer zweiten Organisation: die Gewerkschaft der Buchdrucker wurde im Leben gerufen.

Seit dieser Zeit standen in unserem Gesch5ft neben etwa 30 Verbandsmitgliedern ca. 15 Gewerkschaftsmitglieder. Die Freiheit des Personals wurde in keiner Weise beeintr5chtigt.

Gegen Mitte dieses Jahres entschlossen wir uns zur Anschaffung von Sechsmaschinen, Anfang September wurden zwei Limotipes aufgestellt.

Die neuen Personal entnommenen Maschinensecher lieferten nach und nach mehr Satz, so das sich einige Entlassungen notwendig machten. Nachdem schon vor einigen Wochen zwei Mitglieder der Gewerkschaft entlassen worden waren, wurde am Freitag, 9. November, auch zwei Verbandsmitgliedern gek5ndigt.

In Uebereinstimmung mit der hiesigen Parteileitung zogen wir bei Entlassung von Sechern neben der gesch5ftlichen N5tzigkeit auch die Parteith5tigkeit in Betracht. Wir k5ndigten demnach zwei seit einigen Jahren bei uns besch5ftigten Sechern, die voraussichtlich anderw5rts leichter Arbeit finden, als einige der zuletzt eingestellten Genossen.

Hinter dieser K5ndigung wittern nun einige bei uns besch5ftigte Verbandsmitglieder die Absicht, nach und nach alle Verbandsmitglieder zu entlassen. Wiederholt haben wir der mit uns verhandelnden Kommission erkl5rt, das dies in keiner Weise von uns beabsichtigt sei. Aber alles Bieden war umsonst: Die Verbandssecher verlangten, wir sollten die zwei K5ndigungen zur5cknehmen und nach der Anciennet5t entlassen.

Nach K5ndigsprache mit der hiesigen Parteileitung wiesen wir diese Forderung als unberechtigt zur5ck, worauf am 16. November 27 Verbandsmitglieder ihre K5ndigung einreichten.

Wir wiederholen: der Streit dreht sich lediglich um die Zut5nahme der zwei letzten K5ndigungen.

Das die Arbeitsverh5ltnisse in unserem Gesch5ft keinen Anla5 zu berechtigten Klagen geben, zeigen die unten aufgef5hrten Lohnl5ge sowie die Thatsache, das wir seit 6 Jahren eine effektive Arbeitszeit von 8 Stunden 10 Minuten eingef5hrt haben.

Der Wochenlohn der nun in K5ndigung stehenden Secher usw. betr5gt:

28	Karl	bei 3 Mann
29	"	" 2 "
30	"	" 8 "
31	"	" 3 "
32	"	" 3 "
33	"	" 4 "
34	"	" 1 "
35	"	" 3 "

Im 5brigen hat das gesamte Personal jedes Jahr eine Woche Ferien unter Fortzahlung des Wochenlohns.

Die Gr5ndung einer Gewerkschaft aller in der Portefeuille-Industrie besch5ftigten Personen hat sich seit kurzem in Offenbach a. M. vollzogen. Den Ansto5 hierzu bot die vom Verband der Buchbinder ausgeschriebene Extrasecher, die ein Teil der Offenbacher Mitglieder als nicht v5llig gerechtfertigt hinstellte und deshalb aus ersterem Verband austrat. Die neue Gewerkschaft z5hlt, wie uns mitgeteilt wird, zur Zeit an 170 Mitglieder. Man giebt sich au5erdem der Hoffnung hin, speziell die Portefeuille besser organisieren zu k5nnen, als wie durch den Buchbinder-Verband. Eine allzu gro5e Ausdehnung d5rfte sie jedoch nicht nehmen, da die Portefeuillebranche sich nur auf wenige Orte erstreckt.

Ueber die Lohnbewegung der Schiffensticker in Plauen, O. ist zu berichten, das die Sticker bei weiteren 13 Firmen die Arbeit niedergelegt haben. Nach den bei der Lohnkommission eingegangenen Mitteilungen haben 14 Firmen die Forderung v5llst5ndig, ein anderer Teil teilweise bewilligt. Der geforderte Lohn betr5gt 20 und 22 Pf. f5r 1000 St5che, w5hrend er zur Zeit 17, 18 und 19 Pf. betr5gt. Die Zahl der Streikenden konnte noch nicht festgestellt werden, doch d5rfte sie einige Hundert betragen. In den n5chsten Tagen werden voraussichtlich noch die Arbeiter anderer Firmen in den Ausstand treten.

Ausland.

In Calais ist der Versuch der Unternehmer, die Arbeiter durch Verapredungen und Drohungen zu entzweien und einen Teil in die Fabriken zu locken, gescheitert. Von 2 1/2 Tausend Streikenden haben an dem von den Unternehmern festgesetzten Termin nur einige wenige die Arbeit wieder aufgenommen.

Der Streik der Stra5enbahner von Lyon hat einen gro5en Umfang angenommen; gegen 10 000 Arbeiter und Schaffner sind daran beteiligt. Die Verhandlungen mit der Direktion, die unter Beisein des Pr5sidenten und des B5rgermeisters stattfanden, sind bisher resultatlos verlaufen.

Aus der Frauenbewegung.

Verein f5r Frauen und M5dchen der Arbeiterklasse. Montag, den 26. November, abends 8 1/2 Uhr, in den Armuhallen, Kommandantenstr. 20: Vortrag des Herrn Paul G5hre 5ber: 'Erziehungsfragen'. G5ste sind sehr willkommen. Der Vorstand.

China.

In China Geduld zu Ende?

Englische Bl5tter melden aus Shanghai, das die Kaiserin ein geheimes Dekret verleiht, worin alle Gouverneure und Vizek5nige aufgefordert w5rden, sich sofort zum Krieg gegen die Verb5ndeten in allen Teilen des Landes bereit zu halten.

Es w5re ja nicht unm5glich, das das terroristische Auftreten der M5chte die chinesische Regierung schlie5lich zu dem verzweifelt Schritte gedr5ngt h5tte, noch einmal das Waffengl5ck zu versuchen. Gegen diese Annahme spricht jedoch die Schwierigkeit, ein milit5risches Aufgebot in entsprechender St5rke auf die Beine zu bringen. Mit der chinesischen Arme steht es, wie die K5mpfe bewiesen haben, sowohl was Organisation als auch Ausr5stung und Kriegsf5higkeit anbel5hft, sehr schlecht. Auch wird es bei der relativen Selbst5ndigkeit der Provinzen der Regierung schwer fallen, einen allgemeinen Volkskrieg zu

inszenieren und durch die Masse der aufgebotenen Streiter die milit5rische Ueberlegenheit der fremden Truppen auszugleichen. Dieser Volkskrieg wird vermutlich erst dann ausbrechen, wenn China infolge einer sozialen und politischen Umw5lung in die Reihe der modernen Staaten eingetreten sein wird. Auch Tzung-fu-hsiang, den man f5r den Scharfmacher am chinesischen Hof h5lt, wird sich dieser Einsicht schwerlich verschlie5en k5nnen.

H5tzukommt, das die englischen Bl5tter, die die kriegerischen Nachrichten verbreiten, die n5mlichen sind, die auch im ersten Teil des Kriegs von Shanghai aus die abenteuerlichsten und frivolsten L5gengeschichten verbreitet haben. Man wird deshalb auch die neueste M5r f5r einen Scharfmachertrick halten m5ssen.

Erw5hnt sei immerhin, das Tzung-fu-hsiang nach diesen Meldungen an der Spitze von 16 000 Mann den Hof in Singanfu beherrschen soll. Die englische Sensationspresse he5t 5brigens auch gegen Amerika.

'Daily Telegraph' meldet aus Washington, von dem Pr5sidenten Mac Kinley und seinen Ratgebern werde zur Zeit die M5glichkeit erwogen, das die Vereinigten Staaten f5r den

Fall einer Teilung Chinas

gen5tigt sein k5nnten, einen Handelshafen in China zu erwerben. Der Pr5sident habe einem Herrn, der in Ostasien Gesch5ftsinteressen habe, die Versicherung gegeben, das dies der Fall sein werde, wenn es tats5chlich zu einer Teilung Chinas komme.

Eine Versch5rfung der Gegens5tze

Scheint ohnehin eingetreten zu sein. Der 'Frankf. Zig.' wird aus New York gemeldet: Nach dem Kabinettsrat verlaudet, das die Befehden in Peking noch bez5glich der Judenrit5t und der Garantien uneinig seien und eine Einigung im weiten Felde liege. Die Bundesregierung sei ungeduldig und werde sich dem Verlangen gewisser Regierungen auf hohe Entsch5digung widersetzen.

Ueber New York kommt auch folgende Nachricht von neuen Unruhen bei Tientsin.

Ein Telegramm aus Tientsin berichtet, das in der letzten Zeit Gewehrfener in der N5he der Stadt vernommen worden ist. Infolgedessen verbreitete sich das Ger5cht, das das deutsche Quartier von den Boxern angegriffen worden sei. Man verdoppelte daher die Posten. Ein Regiment patrouillierte das jenseitige Peiho-Ufer ab. Die 5brigen Truppen erhielten Befehl, sich auf alle Eventualit5ten vorzubereiten. Die Versch5rfungen haben sich jedoch nicht best5tigt, ein Angriff seitens der Boxer ist bisher nicht erfolgt. Die chinesischen Diener haben ihre europ5ischen Herrschaften verlassen unter dem Vorwande, sie h5tten aus guter Quelle vernommen, das Boxer gegen Tientsin und Peking vorbringen. Die Englander und Amerikaner glauben an ein solches Vorgehen nicht.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Kr5gers Klage gegen England.

Marseille, 22. November. (W. T. B.) Pr5sident Kr5ger sagte in seiner Rede, mit welcher er auf die Ansprachen der Vorsitzenden der Empfangskomitee antwortete, u. a. folgendes:

'Ich glaube, das England, wenn es genau 5ber den Sachverhalt unterrichtet gewesen w5re, nie seine Zustimmung zu diesem Kriege gegeben h5tte. Seit der Expedition Jamesons, der sich zweier Republiken bem5chtigten wollte, ohne einen Schutz abzuern zu m5ssen, habe ich fortw5hrend die Einsetzung eines Schiedsgerichts verlangt, doch hat man mir dies bis jetzt immer verweigert. Der Krieg, den man gegen uns in zwei Republiken f5hrt, ist bis zu den Grenzen der 5u5ersten Barbarei gegangen. Ich habe in meinem Leben oft gegen barbarische St5mme k5mpfen m5ssen, aber die Barbaren, mit denen wir uns jetzt im Kampfe befinden, sind viel schlimmer, als die andren. Sie sind so weit gegangen, sogar die Kaffern gegen uns zu bewaffnen. Sie steden unser Schiffe in Brand, die wir mit so vieler M5he begrundet haben, sie jagen Frauen und Kinder fort, deren Gatten und V5ter get5tet oder gefangen genommen worden sind und 5berlassen sie schutzlos ohne Holz, oft sogar ohne Brot ihrem Schicksal. Aber man mag ihm, was man will, wir werden uns niemals ergeben, wir werden bis zuletzt k5mpfen. . . . Ich kann Ihnen die Versicherung geben, das, wenn Transvaal und der Orange-Freistaat je ihre Unabh5ngigkeit einb55en sollten, dies erst geschehen w5rde, nachdem die beiden Boerend5cker mit France und Rindern vernichtet worden sind.'

Paris, 22. November. (W. T. B.) Das 'Journal' schreibt, das England die Annexion der beiden Republiken bisher den M5chten nicht notifiziert habe, so habe die Regierung beschlo5en, den Pr5sidenten Kr5ger mit den einem inognito reisenden Staatschef geb5hrenden Ehren zu empfangen. Pr5sident Douet werde Kr5ger, falls dieser es w5nsche, im Elysee empfangen und seinen Besuch erwidern.

Protest gegen die Chinagrenel.

Rom, 22. November. (W. T. B.) Die italienische Friedensgesellschaft beruft in allen gr55eren St5dten Italiens Protestmeetings gegen die von den Russen, Engländern und Deutschen in China ver5bten Grausamkeiten.

K5chen, 22. November. (W. T. B.) Der Reichstags-Abgeordnete Dr. Gille (Stadtkreis K5chen) teilt mit, das er ans R5ckhalt auf sein neues Amt als Professor der philosophisch-theologischen Fakult5t in Paderborn sein Mandat niedergelegt hat.

Wien, 22. November. (W. T. B.) Die heute erfolgte Ernennung des Landgerichtspr5sidenten von Br5um, Wessely, zum Pr5sidenten des Proger Oberlandesgerichts ruft in tschechischen Abgeordneten-treuen gro5e Erregung hervor und d5rfte die Demission des Ministers Dr. Koczal zur Folge haben.

London, 22. November. (W. T. B.) Nach einer Meldung aus Tokio soll sich das Ministerium Ito in einer Krise befinden. Der Handelsminister Hofschirou sei verd5chtigt, Bestechungsgelder im Dienst angenommen zu haben und seine Verhaftung sei wahrscheinlich.

Rom, 22. November. (W. T. B.) Deputiertenkammer. Nach Wiederaufnahme der Sitzung verzichtet Ferri auf die nomenklische Abstimmung. Die Kammer geht sodann zur Verapredung von Interpellationen unmesentlicher Art 5ber. Die Fuldigung f5r den Herzog der Abruzzi und seine Begleiter, sowie f5r die italienischen Soldaten in China wird durch Aclamlation angenommen.

Petersburg, 22. November. (W. T. B.) Das Befinden des Zaren ist leidlich; Schlaf fehlt; die Temperatur betr5gt 38, 4, der Puls 72.

Sukareff, 22. November. (W. T. B.) Mord- und Komplott-prozess. Um 9 Uhr abends f5llt der Gerichtshof das Urteil. Wegen der Ermordung Witowsky werden der M5rder Nijez zu lebensl5nglicher und seine Mitschuldigen Nitew und Stoielow zu 20j5hriger, Karambulow zu 7j5hriger Zwangsarbeit verurteilt. Trisanow als M5rderstr5ger wird auf 2 Jahr in einem Arbeitshaus untergebracht. Wegen der Ermordung Michailenko werden verurteilt: der M5rder Dimitroco zu lebensl5nglicher, Alexow zu 20j5hriger Zwangsarbeit und Petew zu 5j5hriger Einweisung. Wegen der Versch5rung gegen den K5nig Carol erh5lt Bogdanow 10 Jahre Gef5ngnis, Kizew, Petew und Dimitow werden solidacisch zur Zahlung von 10 000 Fr. verurteilt. Die Mitschuldigen Sarafow, Davidow, Kovacow, Petrow und Stojanow werden zu lebensl5nglicher, Theodorow, Wosnolow, Popardow, Kamfirov, Tzweifow, Krolow, Bulalow und Monomow zu zwanzigj5hriger Zwangsarbeit verurteilt.

Reichstag.

8. Sitzung. Donnerstag, den 22. November 1900, 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Reichskanzler Graf Bülow, v. Tirpitz, v. Tschelmann, Graf Posadowsky.

Eingegangen ist der Etat für 1901. Zunächst wird ein scheinbarer Antrag Albrecht (Soc.) und Genossen auf Einstellung des gegen den Abg. Fischer-Sachsen schwebenden Strafverfahrens debattelos angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der ersten Lesung des dritten Reichstragsetats 1900 (China-Expedition).

Abg. Payer (libd. Sp.):

Die Verletzung des verfassungsmäßigen Rechtes verlangt eine weitgehende Sühne. Ich wundere mich, daß kein Redner energisch darauf bestanden hat. Den Takt, der in dem Ausdruck Indemnität liegt, wollen wir nicht missen. (Sehr richtig links.) Der Ausdruck mußte von vornherein in der Vorlage stehen. Und ich stehe nicht an, zu sagen, daß auf uns die gütige Erlaubnis des Reichskanzlers, das Wort Indemnität nachträglich einzufügen, was die andern Parteien fast zu Tränen gerührt hat, gar keinen Eindruck gemacht hat. Nicht aufgefällt ist, wer eigentlich schuld daran trägt für die Unterlassung der Einberufung. Wenn selbst Graf Bülow sehr ernste und sehr wichtige Gründe für die Einberufung anmahnt, so ernste, daß erst die „Freisinnige Zeitung“ ihn beruhigen konnte, als auch sie für Nichteinberufung eintrat, dann ist es fast unbegreiflich, daß eine Einberufung nicht erfolgte. Was Graf Bülow als Gründe für die Nichteinberufung vorbrachte, sind rhetorische Redereien. Es bleibt nichts übrig als anzunehmen, daß die Herren es unterlassen haben, in der Debatte ausdrücklich zu bekennen, daß der Grund, der sie bewogen hat, eine ihnen nicht zur Schuld anzurechnende vis major (stärkere Macht) ist. (Sehr gut!) Sehr beachtenswert ist, was in der Wirkung der sogenannten Kaiserrede zu Tage getreten ist. Gegenüber der allgemeinen Beurteilung hat der Herr Kriegsminister sich darauf beschränken müssen, die menschliche Erregung ins Feld zu führen, indem er noch hinzufügte, daß Schäden daraus nicht entstanden seien. Der Herr Reichskanzler hat ja für alle Reden des Kaisers die Verantwortung übernommen, vergangene und zukünftige, wenn sie von der großen Mehrheit des Volks nicht mißverstanden werden. Zum mißzuverstehen war diese Kaiserrede nicht.

Ich möchte den Kriegsminister bitten, daß die Untersuchung sich nicht auf die paar armen Teufel richte, die der Discretion vertrauten. Der Träger des Deutschen Reichs ist nicht der Kaiser, möchte ich noch erwähnen, sondern der Bundesrat, die verbündeten Regierungen. Nun sind in diesem Sommer so wichtige Dinge vorgekommen, die nicht vom Reichskanzler, nicht vom preussischen Kriegsminister, nicht vom Militär-Oberkommando allein zu entscheiden waren. Wo war da der Bundesrat während des Sommers? Da, wo der Reichstag auch war, nämlich nicht da. Dessenungeachtet, die als deutsche Politik der Welt gegenüber gilt, ist die des Grafen Bülow, wie er sie in seinen schriftlichen Ausführungen niedergelegt hat. Wenn man nicht mehr auf den Bundesrat Rücksicht nimmt, dann steht es schlimm. Reichstag und Bundesrat müßten zusammenstehen in dieser Frage und ihr Jahreshundert in die Schranken fordern. Die Vorlage wird je einer Kommission zugehen. Ich kann mich heute nicht entscheiden. Denn uns fällt die Entscheidung nicht so leicht, wie vielen Rednern des Hauses. Handelt es sich doch um eine wichtige Sache. Ich werde bewilligen, was gut ist, und nicht bewilligen, was ich für schädlich halte. Ich muß die Gewähr dafür erhalten, daß sich Dinge nicht mehr wiederholen, die zu solchen Schwierigkeiten führen können. Ich muß auch meine Schlüsselentscheidung davon abhängig machen, was eigentlich die deutsche Politik in China bezweckt. Es klingt geradezu paradox, wenn man noch zwei Tagen Verhandlung das noch nicht zu wissen vorgibt. Aber ich sehe keine Möglichkeit einer Vereinigung zwischen der Rede des Grafen Bülow und seiner moralischen Vertretung der Kaiserreden. Beides im selben Atem zu sagen, erscheint mir als ein Ding der Unmöglichkeit. Ich kann nur das eine genehmigen, das andre nicht. Sollte sich herausstellen, daß unsere derzeitige Politik nicht so in sich abgeschlossen bleibt, sollte sie als ein Bruchstück der Weltpolitik erscheinen, die wir beurteilen, dann werde ich Protest erheben mit meinen Freunden. (Lebhafter Beifall links.)

Bayrischer Bevollmächtigter Graf v. Lerchenfeld: In früheren Jahren ist offen darüber Klage geführt worden, daß der diplomatische Ausschuss des Bundesrats so selten berufen wird. In diesem Jahre ist er nun berufen worden, aber Herr Payer sagt, was bedeutet das? Man scheint es also in dieser Beziehung Herrn Payer niemals recht machen zu können. — Als die Ereignisse in China auf wurden, sind die hier anwesenden Vertreter der Bundesstaaten vom Auswärtigen Amt über alles genau unterrichtet worden. Kurze Zeit darauf hielt man es für nützlich, den diplomatischen Ausschuss zusammen zu berufen. Der jetzige Herr Reichskanzler machte dem Ausschuss in eingehendster Weise Mitteilung über die Vorgeschichte der Wirren und die Maßregeln, die die Reichsleitung zu ergreifen beabsichtigte, und gab eine genaue Darlegung ihrer Ziele. Im diplomatischen Ausschuss hat Bayern den Vorsitz, es gehören ihm außerdem Sachsen, Württemberg, Baden und Hessen an. Bald darauf ist ein Schreiben an sämtliche erblindeten Regierungen ergangen, das den wesentlichen Inhalt der dem diplomatischen Ausschuss gegebenen Mitteilungen enthält.

Es kann also nicht gesagt werden, der Bundesrat sei in dieser wichtigen Frage übergangen worden. Ebenso wie die Reichsleitung sich die Zustimmung des Bundesrats beschaffen halten konnte, mußte sie auch anerkennen, daß der Reichstag im Patriotismus nicht nachstehen und für alle nachträglichen Opfer die nachträgliche Genehmigung erteilen würde. Diese Ueberzeugung teilt die Reichsregierung auch heute noch.

Nach ein paar Worte über die Indemnität. Das Wort ist zum erstenmal in Preußen gebraucht worden und zwar für Ausgaben, die der preussische Landtag abgelehnt, die preussische Regierung aber doch gemacht hatte. Hier handelt es sich um etwas anderes. Hier kommen nicht Ausgaben in Frage, die vom Reichstag abgelehnt worden sind, sondern solche, die, ohne den Reichstag überhaupt zu befragen, gemacht worden sind. Solche Fälle sind schon häufig vorgekommen. In einzelnen derselben ist um Indemnität nachgesehen worden, aber nicht in allen. Man kann sagen, in den kleinen Fällen ist es nicht geschehen, in den großen ja. Aber auch diese Unterscheidung trifft nicht ganz zu. Ich meine, die Ausgaben entbehren so lange der rechtlichen Grundlage, als sie nicht bewilligt, nicht vom Reichstage und Bundesrate bewilligt worden sind. Sie bekommen diese Grundlage durch die nachträgliche Genehmigung. Es ist ganz gleich, ob in der Vorlage der Ausdruck „Indemnität“ enthalten ist oder nicht. Im Bundesrat hat man diese Frage eingehend diskutiert, und wenn man dazu gekommen ist, das Wort „Indemnität“ nicht ausdrücklich in die Vorlage hineinzubringen, so lag dem Bundesrate nichts ferner als eine Verletzung der Parlamentsrechte. Eine staatsrechtliche Bedeutung hat dieser Ausdruck jedenfalls in diesem Zusammenhange nicht. Wenn der Reichstag Wert darauf legt, daß das Wort in die Vorlage hineingeschrieben wird (Lachen links), dann kann es ja geschehen. (Beifall rechts, im Centrum und bei den Nationaliberalen; Lachen links.)

Abg. v. Dziembowski-Pomian (Pole): Deutschland ist darauf angewiesen, Weltpolitik zu treiben, Weltpolitik, aber keine Eroberungspolitik. Diese Weltpolitik muß geleitet werden

von dem Gedanken der Achtung der Nationalität. Wir freuen uns, daß Deutschland mit solcher Energie für das Recht der Gastfreundschaft eintritt, das die Chinesen in schmähtlicher Weise verlegt haben. Leider verlegt aber Preußen dies Recht der Gastfreundschaft durch die Ausweitung der Dänen. (Sehr richtig! bei den Polen und links.) Was in China Kultur sein soll, muß es auch in Preußen sein. (Heiterkeit.) Und der Reichskanzler sollte den Kampf gegen das Vozertum in Preußen mit derselben Energie aufnehmen, wie den Kampf gegen die chinesischen Vozer. (Heiterkeit.) Vor allem aber sollte er dafür sorgen, daß die Fahne der Kultur in China rein bleibt. (Bravo! bei den Polen.)

Abg. Stöcker (wildkons.):

Absolut notwendig war die Einberufung des Reichstags nicht. Andre Mächte haben ja auch nicht ihr Parlament einberufen, weder England, noch Frankreich (Abg. Singer: noch Rußland!) (Heiterkeit.)

Nun zu Herrn Bebel. Der „Vorwärts“ hat aus seiner Rede etwas Großes gemacht. Groß gedruckt steht darin: „Und Bebel sprach“. Der Reichsige lemt, wieß, daß ein Buch dieses Philosophen existiert: „Also sprach Zarathustra“. Der „Vorwärts“ bemüht sich also, Herrn Bebel als den Uebermenschen hinzustellen. (Gelächter links.) Ich halte seine Rede für eine der schwächsten, die er je gehalten hat. Es war gar keine politische Rede, sondern eine Rede voller Haß gegen Deutschland und voller Feindschaft gegen die Vozer und deren Anhänger. Während der chinesische Kaiser selbst erklärt, daß Herr v. Ketteler völlig unschuldig ermordet wurde, tritt hier im Reichstag ein Abgeordneter auf und sucht nachzuweisen, daß er die Veranlassung für die angeblichen Greuelthaten trägt und schuldig war. Wäre es möglich, daß in irgend einem andern Parlament so vaterlandsfeindliche Reden geübt würden? (Oh! bei den Socialdemokraten.) Herr Bebel muß hinter sich eine Schafherde haben (Gelächter links), wenn er mit dieser seiner Rede im Volk den geringsten Eindruck macht. In einem Punkte hat es Herr Bebel getroffen, als er die Grausamkeiten beklagte. Da sind wir zwar nicht seiner Meinung, aber doch alle so entrüstet wie er. Wir glauben nicht, im Reichstage dazu zu sein, unsre Truppen zu beschimpfen und die Vozer zu verteidigen.

Ich weiß nicht, ob die Angaben der Sunnenbriefe wahr sind. Sie lassen sich nicht kontrollieren. Da schreibt z. B. ein deutscher Soldat von der Fahrt durch das rote Meer: „Wir sterben wie die Fliegen und werden ins Meer geworfen“. So entstehen dann die sogenannten Sunnenbriefe. Der miles gloriosus überreißt eben die Dinge, auch wenn es ihm nicht zum Ruhme gereicht. Jedenfalls möchte ich den Kriegsminister bitten, telegraphisch darüber Nachricht einzuziehen, wie die Dinge sich verhalten. Wenn solche Greuelthaten vorgekommen sind, so müßten sofort Befehle von maßgebender Stelle eingeholt werden, um ein für alle Mal ihnen Einhalt zu gebieten. Unser Volk kann so etwas nicht vertragen. Herr Bebel weiß natürlich, ohne daß er jemals dort war, alles ganz genau. Die Vozer sind Rebellen und Meuterer und solche Leute werden immer anders behandelt als gewöhnlich. Ich kann die Sentimentalität des Herrn Bebel den Vozern gegenüber absolut nicht begreifen. Ich finde darin einen Widerspruch mit dem sonstigen Verhalten der Socialdemokratie. Bei den Thaten der Kommune z. B. trat bei Ihnen diese Sentimentalität nicht zu Tage. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Jawohl, der Erzbischof von Paris, den die Kommunen an die Wand gestellt und niedergeschossen haben, verdient doch mindestens dasselbe Mitleid wie die Vozer. Diesen Mord aber haben die Socialdemokraten gepriesen. (Abgeordneter Fischer-Berlin: Das ist erlogen! Große Unruhe rechts. Glöde des Präsidenten. Abgeordneter Fischer-Berlin: Bewußt erlogen! Sehr richtig! links. Große Unruhe rechts. Rufe rechts: Zur Ordnung! Zur Ordnung!)

Vizepräsident v. Frege: Ich bitte den Herrn Redner nicht zu unterbrechen. (Große Heiterkeit im ganzen Hause.)

Abg. Stöcker (fortfahrend): Ich höre eben, daß mir von da drüben der Vorwurf der Lüge gemacht ist. Es ist mir ganz egal, was Sie über mich sagen; wahr bleibt meine Behauptung doch.

Nun hat Herr Richter hier eine große Rede gehalten. Der verehrte Herr hat oft im einzelnen recht, im großen aber nie. (Heiterkeit.) Interessant war mir, daß er sagte, er beurteile heute schon die Erwerbung von Kiautschou viel ungünstiger, als noch vor zwei Jahren. Ich weiß nicht warum; ich sehe keinen Grund dafür ein. Ich muß sagen, ich empfinde Genugthuung darüber, daß wir schon jetzt den ganzen Ernst der Weltpolitik lernen lernen. Es ist gut, daß es sich einmal zeigt, daß solche Dinge nicht so nebenbei beim Frühstück erledigt werden können. (Heiterkeit.) Freilich auch im Volk und auch an hohen maßgebenden Stellen hat eine romantische Blase gegriffen, die mich etwas wunderbar berührt; sie gemahnt mich an das Wort des Dichters: Rah bei einander wohnen die Gedanken, doch hart im Raum stoßen sich die Sachen. Wahrscheinlich ist sehr angebracht; ich habe auch zum neuen Reichskanzler das Vertrauen, daß er diesen romantischen Schwärmereien nicht so leicht nachgeben wird. Große Reden halten ins Blaue hinein schadet uns nur und können nur Mißstimmung hervorufen. Ich bin gewiß kein Flotten- und Kolonialschwärmer, aber wir können hinter den andern Völkern in Ostasien nicht zurückstehen. Wir müssen den Weg gehen, den die andern Völker auch gehen, und ein kleiner Sturm darf uns da nicht zurückschrecken, das wäre kleimütig. An den jetzigen Wirren hat nicht die Erwerbung von Kiautschou schuld, sondern ganz andre Dinge sind dafür maßgebend gewesen. China hatte Jahrhunderte lang starke Monarchen, in den letzten 100 Jahren aber schwache Monarchen an der Spitze. Die Socialdemokratie sollte daraus lernen, was es anmacht, wenn ein starker Monarch an der Spitze steht. Unter schwachen Monarchen macht sich bald Raubgefindel und Spießbüberei breit. (Rufe links: Hu! Große Heiterkeit.) Geheimnisse des Kaiserthums hat es in China seit langer Zeit gegeben; auch die Vozer gehören zu ihnen, die Herr Bebel so verteidigt hat, daß er Anspruch hätte, zum Ehrenmitglied der Vozergilde ernannt zu werden. (Heiterkeit.) Die Socialdemokratie hat absolut kein Verständnis für die Weltpolitik. Sie will die fremden Völker ausschließlich dem nächsten erwägenden Kaufmann überlassen. Die Geschichte lehrt aber, wie verhängnisvoll die Kaufleute bei Naturvölkern ohne Kontrolle der Missionen wirken. Ein sehr erfahrener Mann hat gesagt: Die Missionen bieten den einzigen Richtpunkt, woraus die Völker zu sehen können, daß das Christentum die Religion der Liebe ist. (Lachen links; bravo! rechts.) Daß die Missionen nicht die Schuld an den Wirren tragen, darüber sind sich alle Kenner der Verhältnisse einig. (Abg. Bebel: v. Brandt!) Es giebt in China selbst eine große Reformströmung, die der westlichen Kultur dort Bahn brechen will. Dieser Strömung zum Siege zu verhelfen, ist unsre wichtigste Aufgabe. Dabei sind die Missionen von größter Wichtigkeit. (Beifall rechts.) Herr v. Brandt selbst hat vieles von seinen Angriffen zurückgenommen. Aufgefordert, seine ersten Angriffe zu beweisen, hat er zugegeben, daß deutsche und schweizerische Missionare in China niemals Politik getrieben hätten. (Hört! hört! rechts.) Ich hoffe also, daß die immer wiederholte Behauptung von der Schuld der Missionen endlich verstummen wird. Es ist nun die Frage, was der Staat für die Missionen zu thun habe. Die Missionen selbst haben mit Begeisterung den Beschluß gefaßt, falls ihre Thätigkeit eingeschränkt werden sollte, mit Verzicht auf den Schutz der Regierung in das fremde Land zu gehen ohne Rücksicht auf die ihnen drohenden Gefahren. Das sollte aber erst recht dazu beitragen, daß die Regierung die Mörder christlicher Missionare zur Verantwortung zieht. (Beifall rechts.)

Vizepräsident v. Frege: Während der Rede des Herrn Abg. Stöcker ist der laute Zwischenruf „Lüge“ gefallen und zwar von dem

Abg. Fischer-Berlin; ich rufe den Herrn deshalb zur Ordnung. (Zuruf bei den Socialdemokraten.) Ich rufe auch den zweiten Herrn zur Ordnung, der sich dazu gemeldet hat. (Alle, alle! bei den Socialdemokraten.)

v. Hohenberg (Welfe):

Wir werden für die Ueberweisung der Vorlage an die Budgetkommission stimmen. Nur ein paar Worte zu dem in der Debatte berührten Punkt. Es ist die Schuld der Majorität des Reichstags selbst, daß die Achtung vor dem Parlamentarismus immer mehr gesunken ist. (Sehr richtig! bei den Socialdem.) wie sich das bei der Frage der Nichteinberufung wieder gezeigt hat. Ueber die Reden des Kaisers muß näher zu äußern, widerstrebt mir als monarchisch und konservativ gesinntem Mann. Der Auszug des Grafen Waldersee mit seinen begleitenden Umständen zeigt, daß wir fast in Verhältnisse hineingekommen sind, wie sie bestanden zur Zeit des alten römischen Reichs mit dem Ruf panem et circenses. Die ganze Politik des jetzigen Herrn Reichskanzlers bis zu dem Vertrage mit England im Oktober bedeutet einen fortwährenden Rückzug. Seine Politik ist überhaupt nichts wie eine Fortsetzung des Bismarckschen Programms. Er sagte, er kenne keine andre Richtung, als das Interesse des Landes. Wir hoffen, daß für ihn in Zukunft vor allem die Ehre des deutschen Namens die Richtschnur sein wird. (Beifall.)

Abg. Singer (Soc.):

Der bayrische Bevollmächtigte stellt es so dar, als ob es genüge, wenn der sogenannte diplomatische Ausschuss seiner Zeit zusammenberufen würde. Seine Ausführungen haben in mir den Eindruck verstärkt, den ich immer schon hatte, daß dieser sogenannte diplomatische Ausschuss eigentlich nichts weiter wie eine Dekoration ist. Auch heute haben wir gehört, daß die Herren nur zu dem, was ihnen vorgetragen ist, Ja und Amen gesagt haben. Ich wundere mich, daß den Herren Mitgliedern des Bundesrats, die dies mit angehört haben, nicht der Gedanke gekommen ist, man solle doch einmal die Volksvertretung hören. Denn ich glaube nicht, daß diese Herren für sich den Namen einer Volksvertretung in Anspruch hätten. Das wäre auch ganz falsch. Deshalb haben sie also nicht dafür gestimmt, daß das Volk auch befragt werde. Herr Graf Lerchenfeld meinte, die Herren seien überzeugt gewesen, daß der Reichstag die Weltpolitik schon billigen werde. Sie haben ja mit ihrer Ueberzeugung recht gehabt, aber das konnte sie doch nicht von der Verpflichtung entbinden, ihrerseits zu verlangen, was von verantwortlicher Stelle verabsäumt worden war. — Auf die von Hochmut strotzende Rede des Abg. Stöcker wird Bebel selbst antworten. Jedenfalls wird Herr Stöcker nicht geschont werden. Eine Bemerkung aber muß ich doch machen. Er sagte, die Einberufung des Reichstags sei auch deshalb nicht notwendig, weil ja auch die andern Regierungen ihre Parlamente nicht einberufen hätten. (Widerpruch des Abg. Stöcker.) Ich bitte den Herrn Abgeordneten, sein Stenogramm nachzulesen, dann wir er finden, daß er darüber gesprochen hat. Die Thatfache, die er hätte wissen müssen, wenn er darüber spricht, ist, daß sowohl in Frankreich wie in England das Parlament verammelt war und von ihrer Regierung auf dem laufenden gehalten wurde. Das ist also gerade das Gegenteil von dem, was Herr Stöcker behauptet hat! (Wie immer! links.) Herr Bebel hat die reine Wahrheit gesagt, und das kann Herr Stöcker nicht leugnen. (Glöde des Präsidenten.)

Präsident Graf Ballestrem: Herr Abgeordneter! Sie haben nicht von einem Mitgliede des Hauses zu sagen, daß es die Wahrheit nicht leiden kann! Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung! Abg. Singer (fortfahrend): Herr Stöcker hat auch von den Sunnenbriefen gesprochen und es getadelt, daß die Briefe so unversöhnlich abgefaßt seien. Nun, die Soldaten haben nicht die Zeit, so vorsichtig zu sein wie der Verfasser des berühmten Scheiterhaufenbriefes. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Die ganze Rede des Herrn Stöcker hat auf mich den Eindruck gemacht, als ob er lebhaft bemüht war, den verlorenen Einfluß an bestimmter Stelle wiederzugewinnen. (Unruhe rechts.) Wie weit ihm das gelungen ist, habe ich ja nicht zu unterzuchen. Dann hat Herr Stöcker davon gesprochen, wir hätten es gebilligt, daß während der Kommune der Erzbischof von Paris erschossen wurde. Ich muß sagen, damit hat er sich, ohne es zu wollen und zu wissen, zum Vertreter einer ganz gemeinen Lüge gemacht. Kein socialistisches Blatt, kein socialistisches Buch, kein socialistischer Redner hat jemals die Erschließung des Erzbischofs gut geheißen. (Abg. Stöcker: Habe ich nicht gesagt!) Das hat Herr Stöcker gesagt und demgegenüber erkläre ich, wenn er sich von der Unrichtigkeit seiner Behauptung überzeugt hat, daß es seine Aufgabe sein wird, dies ebenso feierlich hier zurückzunehmen, wie er es soeben feierlich verkündet hat. Wenn Herr Stöcker ferner gesagt hat, daß unsre Parteigenossen, wenn die Felder nach Europa kämen, in ihren Reihen ein Unterkommen finden würden, so muß ich sagen: tausendmal lieber bei den Heiden als in Gesellschaft des Herrn Stöcker. (Sehr gut! links, Unruhe rechts.) Die Nichteinberufung des Reichstags ist von fast allen Rednern in den Vordergrund gestellt, ohne daß sie sich der auf Eroberungslust beruhenden abenteuerlichen Weltpolitik grundsätzlich gegenübergestellt hätten. Auch wir verachten die Wilschachtung der Volksvertretung, aber ich kann nicht umhin, zu betonen, daß diese Wilschachtung lediglich von der Majorität des Reichstags selbst verurteilt ist. (Sehr richtig! bei den Soc.) Die Art, wie der Herr Reichskanzler nachträglich zugegeben hat, daß das Wort „Indemnität“, wenn der Reichstag es durchaus wollte, in die Vorlage käme, beweist, mit welchem Hochmut der Reichstag behandelt wird. Das ganze Vorgehen ist der Ausdruck des absolutistischen persönlichen Regiments, welches der deutschen Volksvertretung als lästiger Zugabe anhaftet. Durch das erlösende Wort von der „Indemnität“ wird dadurch nichts geändert. Herr Lieber, Bismarck und Mitter schienen ja allerdings zu meinen, nun ist alles gut. Uebrigens finde ich es nicht schön vom Herrn Reichskanzler, daß er der Majorität des Reichstags sogar die Kleinen Siege wegnimmt. Es wäre doch zu schön gewesen, wenn die Majorität im Kampfe gegen den Herrn Reichskanzler die Indemnität errungen hätte. (Heiterkeit und sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Statt dessen bringt er sie ihnen auf dem Präsentierteller entgegen. Für uns ist durch die Indemnitätseinstimmung seitens des Reichskanzlers nichts getan. Vorher mußte der deutsche Reichstag befragt worden, ehe Deutschland in weltpolitische Abenteuer verwickelt wurde, ehe Tausende von Menschen in ein mörderisches Klima geschickt und ehe das Volk mit Millionen und Abermillionen belastet wurde. Statt dessen sagt man: Gut, wenn Ihr durchaus wollt, dann erteilt die Indemnität. Diese Behandlung der Sache entspricht jedenfalls nicht dem Ernst der Sachlage. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Der Reichskanzler bestritt, daß unsre Politik eine abenteuerliche genannt werden könne, und citierte das Wort Friedrichs II. vom ersten Diener des Staats. Dieses Wort ist jetzt ganz veraltet. Bei uns finden die Wünsche nach dieser Richtung ihren Ausdruck in dem bekannten Ausspruch: Sic volo, sic jubeo; regis voluntas suprema lex. Der Reichskanzler stellt es als Erfolg seiner Politik hin, daß zwischen Rußland und Deutschland kein tiefer Gegensatz vorhanden sei. Gewiß, es ist nicht nur kein Gegensatz vorhanden, sondern es besteht überhaupt gar kein Unterschied zwischen der russischen und deutschen Politik. Die deutsche Weltpolitik ist jetzt auf das Niveau der russisch-asiatischen Kultur herabgesunken. (Beifall bei den Socialdemokraten. Unruhe rechts.)

Der Reichsanwalt hat weiter die Verantwortung übernommen für die Reden des Kaisers, die von der Propaganda des Volks nicht missverstanden werden. Nun, solche Versicherungen wie: Pardon wird nicht gegeben, Gefangene werden nicht gemacht, können allerdings absolut nicht missverstanden werden. Aber die Ansichten, die in solchen Versicherungen zu Tage treten, die zu der Humanität und dem modernen Kriegsbild in Gegensatz stehen, müssen unsere Widerstand herabrufen, weil wir sie mit den Forderungen der Kultur und der Menschlichkeit nicht mehr vereinbaren können. Der Kriegsminister findet ja allerdings, daß das, was jetzt in China passiert, nur eine Vergeltung für das sei, was die Hunnen vor 1800 Jahren gethan haben. Ich will auf seine geschichtsphilosophische Auffassung nicht weiter eingehen. Jedenfalls scheint sein Ideal ein europäischer Akt zu sein, der vielleicht unter dem Namen Egel II. das Regiment führen könnte. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.)

Der Kriegsminister hat sehr lebhaft beklagt, daß die sogenannten Humenbriefe von meinem Freunde Bebel angeführt sind. Unbestreitbar ist jedenfalls, daß diese Briefe beweisen, daß die Reden des Kaisers nicht missverständlich sind; sie werden leider nur allzu gehoramt befolgt. (Sehr richtig bei den Socialdemokraten.) Mein Freund Bebel ist von ihm aufgefordert worden, die Briefe vorzulegen. Nun, sie sind ja in den Zeitungen veröffentlicht, auch dem Herrn Kriegsminister zugänglich. Im übrigen haben wir nicht die geringste Veranlassung, seinem Wunsch zu folgen, (Wahl rechts.) nicht etwa, weil wir die Wahrheit derselben bezweifeln, sondern weil wir nicht wünschen, daß den Soldaten, die ihr Leben und ihre Gesundheit dort auf Spiel gesetzt haben, später womöglich Unannehmlichkeiten auf Grund ihrer Briefe bereitet werden. Wir müssen jedenfalls den Schreibern dankbar sein, daß wir durch sie Kenntnis bekommen haben von den empörenden Verhältnissen, die dort geübt werden. So sehr ich dem Herr Kriegsminister an die Unmöglichkeit der Humenbriefe nicht zu glauben. Welchen Zweck hätte denn die Herabsetzung, daß künftig nur Feldpostkarten vom Kriegsschauplatz befördert werden sollen. Offenbar will das Kommando sich doch die Kontrolle der Nachrichten vorbehalten und alles unterdrücken, was ihm nicht paßt. Hätte man nichts zu fürchten, so wäre solche Kontrolle nicht nötig.

In den Zeitungen finden sich weiter aber auch Klagen über die Verpflegung der Truppen, über den Ausbruch epidemischer Krankheiten unter ihnen. Hierüber muß der Reichstag Auskunft erhalten. Hauptsächlich befolgt das Kriegsministerium keine Verpflegungspolitik. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Als ganz besonderer Mißstand wird im Volke die telegraphische Berichterstattung vom Kriegsschauplatz empfunden. Wir lesen Telegramme, daß Major Soundso, Lieutenant Soundso gefallen sind, außerdem lot sonndsovielle Mannschaften, verunwundet sonndsoviel. Nicht nur die Eltern der Chargierten, sondern auch die Eltern der gewöhnlichen Soldaten haben Anspruch auf schnelle telegraphische Benachrichtigung, wenn ihre Angehörigen gefallen oder verunwundet sind. Da sollte kein Unterschied zwischen Soldaten und Offiziersfamilien gemacht werden. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Sorge und Angst ist bei allen Eltern vorhanden, die ihre Kinder im Felde zu sehen haben. Sollte hier etwa wieder die bekannte deutsche Sparmentalität kein Geld haben für solche Ausgaben? Wenn Hunderte von Millionen verbraucht werden, dann müßte auch das Geld für telegraphische Benachrichtigung der Angehörigen der Soldaten wie der Angehörigen der Offiziere vorhanden sein. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.)

Der Kriegsminister hat wieder einmal mit dem Kampf gegen unsre Willkür keine Rede gehalten. Es kann ihm nicht ernst sein mit der Behauptung, daß die Vorgesetzten in unserem Sinne entsprechen. Wenn er über ein Volksglied in unserem Sinne hätte sprechen wollen, so hätte er auf die Vorgesetzten und den Transvaalkrieg hinweisen müssen, aber diese zusammengekauften, mit Speeren bewaffneten Vorkämpfer, die keine Ahnung von der modernen Kriegstechnik haben, können ernsthaft doch nicht mit der Idee des Volksgliedes in Verbindung gebracht werden.

Nun zu den Reden im Hause. Sie alle waren im Gegensatz zu Bebel geneigt, alle Forderungen zu bewilligen, und waren nur zufrieden, daß Ihnen das Indemnitätsgesetz einen Dedimantel sicherte.

Herr Wassermann hat sich mit den Versicherungen einzelner Parteigenossen von uns beschäftigt und hat besonders Versicherungen meines Parteigenossen Vernstein in den Social. Monatsheften benutzt, um daraus auf Verunsicherungen in unserer Partei über die Kolonialpolitik im allgemeinen und die Chinapolitik im besonderen zu schließen. Bei der schändlich großen Unaufrichtigkeit, mit der Wassermann alle möglichen und unmöglichen Stellen durchfährt, um sie gegen uns zu verwenden, wundert es mich, daß er die Socialistischen Monatshefte für ein Organ hält, in dem die offizielle Partei-Anschauung niedergelegt wird. Die Socialistischen Monatshefte sind eine Revue, die weder Parteipolitik trägt, noch ihn je beansprucht hat. In dieser Revue schreiben Leute der verschiedensten Richtung, und wir können sie nicht als maßgebend für unsere Partei anerkennen. Wenn Wassermann die Anschauungen der Partei bekämpfen will, muß er sich an die Beschlüsse der Parteitage, die Versicherungen der socialdemokratischen Presse und an die von unsrer Fraktion vertretenen Anschauungen halten. Wir können uns nicht darauf einlassen, einzelne Versicherungen eines Parteigenossen zum Gegenstand der Diskussion zu machen, als wenn wir verpflichtet wären, für jede Versicherung eines Parteigenossen einzutreten. Daß solche Versicherungen erfolgen, ist ein Beweis, daß in unserer eigenen Reihe freies Rederecht herrscht. Herr Wassermann lehrt die Sache ins Gegenteil um, wenn er aus den Versicherungen einzelner Parteigenossen die Stellung der gesamten Partei festlegen will. Dazu ist der Parteitag und die socialdemokratische Fraktion da. Im übrigen würde ich den von Herrn Wassermann angeführten Genossen bitter Unrecht gethan haben, wenn ich glauben wollte, sie könnten mit Erfolg von ihm für seine Anschauungen angeführt werden. Dem Parteigenossen Vernstein fällt es gar nicht ein, die gegenwärtige Welt- und Chinapolitik der deutschen Regierung auch nur mit einem Worte zu billigen und den Standpunkt Wassermanns zu teilen. Er hat allgemein von der Kolonialpolitik gesprochen und erörtert, ob ihr gegenüber eine andere Stellung der Socialdemokratie denkbar ist. Das ist etwas ganz anderes, als Wassermann sagte. Er hat auch darüber gepöbel, daß in Mainz der Parteileitung Vorwürfe gemacht worden sind, sie hätte nicht eifrig genug die Agitation gegen die Weltpolitik entfaltet. Gerade in dieser Frage herrscht in der Partei eine so vollkommene Einmütigkeit, daß es uns überflüssig erschien, hier noch eine besondere Agitation zu entfalten. Wo die Partei auch gesprochen und wo unsre Presse die Frage auch ventilirt hat, da wird es Herrn Wassermann nicht gelingen, etwas anderes zu finden, als den entschiedenen Widerspruch gegen diese Raubpolitik! (Lob des Präsidenten.)

Präsident Graf Ballostrom: Herr Abgeordneter, Sie dürfen die Politik der verbündeten Regierungen keine Raubpolitik nennen, ich rufe Sie deswegen zur Ordnung und mache Sie auf die geschäftsmäßigen Folgen aufmerksam.

Herr Singer (fortfahrend): Unsre Partei war einig im entschiedenen Kampfe gegen diese Politik und darum erschien uns eine besondere Agitation nicht nötig.

Herr Wassermann hat nun wieder die schon nicht mehr neue Behauptung aufgestellt, daß Flottenverträge wie Chinapolitik gerade im Interesse der Arbeiter liegen. Die Behauptung wird durch ihre Wiederholung wirklich nicht richtiger. Ich habe erst kürzlich gegen die Versicherungen machen können. Ich war im Wahlkreise Randow-Gröfenhagen und habe dort in einem Orte gesprochen, in dem eine große Anzahl von den 6000 Arbeitern wohnt, die der Vulkan in Stettin beschäftigt. Der Vulkan hat doch gewiß große Aufträge infolge der Flottenverträge bekommen, und ich habe die Arbeiter gefragt, ob sie an dem Segen irgendwie teilgenommen haben. Sie haben mir alle die Frage verneint und erzählt,

daß sie mit der zehnständigen Arbeitszeit nicht auskommen können, sondern Überstunden machen, um nur das Notwendigste für den Lebensunterhalt ihrer Familien zu erwerben. Wo sind da die Vorteile aus der Flottenverträge und der Chinapolitik. Es wäre besser, Herr Wassermann überläßt den Arbeitern selbst die Entscheidung darüber, was ihnen frommt. Ich behaupte sogar, die Flottenpolitik fördert nicht die Interessen der Arbeiter, sondern wirkt sie zurück. Das wird sogar in jener Schrift des Pastors Hülle bestätigt; er ist bekanntlich der Mann, in dessen Verlag die Mittel geflossen sind, die der Graf Besoldowsky und Direktor von Boedde beim Centralverband der Industriellen gesammelt haben. Selbst in dieser Zeitschrift wird eine Reduktion der Löhne, die wegen der Kriegsunruhen erfolgt ist, zugegeben.

In bürgerlichen und auch nationalliberalen Blättern wurde nun angeklagt, daß man hier im Reichstag wenigstens gewisse Begleiterscheinungen recht energisch kritisieren würde. Ich habe in der Rede des Abg. Wassermann nicht viel davon wahrgenommen. Vielleicht hat die Rheinisch-Westfälische Zeitung recht, wenn sie sagt, es seien in den nationalen Parteien zum Teil Streber, denen viel zu viel an guten Beziehungen nach oben liegt, als daß sie dem Empfinden des Volks Rechnung trügen. Herr Wassermann haben die Bemerkungen meines Freundes Bebel über den Grafen Waldersee nicht gefallen. Er sieht die Ernennung des Grafen Waldersee zum Oberbefehlshaber als einen Erfolg deutscher Politik an. Ich meine, diese Ernennung zum Oberbefehlshaber war alles eher als ein Erfolg. Kling war es von den übrigen Mächten, Deutschland die Verantwortung aufzubürden. Uebrigens wird auch in bürgerlichen und nationalliberalen Blättern ganz ähnlich wie von uns über diese Frage geurteilt. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung schrieb: „Graf Waldersee spielt die Rolle eines Theatergenerals. Was er auch verschuldet haben mag, so hätte man ihn nicht bloßstellen brauchen. Der Triumphzug des Grafen Waldersee hat uns den Spott der ganzen Welt eingetragen.“ (Abg. Wassermann: Die Rhein-Westf. Zeitung ist kein nationalliberales Blatt! Rufe bei den Socialdemokraten: Doch! doch! Wassermann: Nein! nein! Präsident Graf Ballostrom: Ich bitte keine Privatgespräche zu führen. (Weiterkeit.) Selbst Herr v. Bebehov hat gesagt, daß die Ernennung des Grafen Waldersee mit einem gewissen Trara begleitet worden sei. Das Volk ist nicht schuld an dem Trara; das Volk wird von oben her an das Trara gewöhnt. (Sehr richtig! links.) Die Pose ist jetzt bei uns vorherrschend; das Volk hat daran keinen Teil, und es wäre recht gut, wenn der Reichsanwalt ab und zu Gelegenheit nähme, eine gewisse Stelle von dem Volksglied zu unterrichten. Mein Freund Bebel hat hier die Humenbriefe in die Debatte gezogen. Herr Wassermann meinte, der Inhalt sei nicht zu kontrollieren auf seine Wahrheit. Aber auf jedes Wort dieser Briefe kommt es gar nicht an, es handelt sich um den Geist, den sie atmen, und der ist in allen der gleiche. Es ist viel über die Nichtberührung des Reichstags gesprochen worden; für uns ist es ganz klar: Schuld an der Nichtberührung war nur die Mächtigkeit der Volksglieder. Die bürgerlichen Parteien haben dafür aber kein Verständnis. Kein einziger von Ihnen hat eine grundsätzlich ablehnende Stellung eingenommen. Mit dem Eruchen des Reichsanwalters um Indemnität ist für Sie kein Verständnis erfüllt. Sie kümmern sich nicht darum, ob das deutsche Volk, das doch ein Kulturvolk sein soll, dieser Politik zustimmt, die nur kapitalistischen und, wie wir meinen, volkshässlichen und verderblichen Zwecken dient. Wir können diese Politik nicht unterstützen; wir stimmen gegen eine Politik, die den Chauvinismus schürt, das absolutistische Regiment fördert, die Rechte des Volks mißachtet und ihm unerschwingliche Lasten auferlegt. (Lebhaftes Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Vachem (Cr.):

Wir fordern, was uns zusteht. Der Parlamentarismus wird dadurch nicht herabgewürdigt, daß er Dinge, die er für notwendig hält, bewilligt. Wenn der Herr Reichsanwalt nicht schon in der ersten Rede Indemnität zugesagt hätte, so würde das gewiß Herr Singer mit dem vollen Brustton der Ueberzeugung verlangt haben. Ich finde es wertvoller, wenn die Indemnität von dem Herrn Reichsanwalt dem Centrum (Große Weiterkeit) dem Reichstage freiwillig angeboten wird, am besten ist immer eine freiwillige Verständigung unter gegenseitiger Wahrung der Reichspolen. (Bravo! im Centrum.) Ich muß noch ein Wort über die Missionen sagen, speziell über die katholischen. Vor allem danke ich dem Herrn Reichsanwalt für seine Erklärung, daß er sich durch die Angriffe auf die Missionen nicht verleiten lassen werde zu einer Differenzierung der katholischen Missionen. Im übrigen sind diese Angriffe ganz unbedeutend. Speziell die Behauptung, daß die Anhänger des Christentums lediglich aus materiellen Gründen von den Missionären gewonnen sind, ist ganz unsinnig. Solche Elemente hätten niemals all die Martern auf sich genommen, denen die Christen in China ausgesetzt waren. Herr Bebel hat sich besonders gegen den Bischof v. Anzer gewandt, der noch ihm eine unheilvolle Rolle bei der Erwerbung Kiangsichs gespielt habe. (Abg. Bebel: Sehr wahr!) Die deutsche Regierung treibe die Pachtung Kiangsichs in China an, während die Verhandlungen schwebten — man hätte einen Hofen im Süden im Auge — wurde der in Berlin anwesende Bischof v. Anzer befragt und erklärte sich für die Pachtung Kiangsichs. Wenn er sich dabei geirrt hat, so höchstens im Interesse seiner Mission, denn vom patriotischen Standpunkt aus zweifelt wohl heute niemand mehr daran, daß die Pachtung Kiangsichs die richtigste war. Ebenso unrichtig ist die Behauptung des Herrn Bebel, Bischof v. Anzer sei in den Tempel des Confucius eingedrungen, er war vielmehr von der höchsten Regierungsbehörde aufgeführt worden, dort eine Beratung mit den Mandarinen zu pflegen. Freilich scheint er dabei in eine Falle gegangen zu sein.

Bebel hat sich und ebenso Richter gegen die Verquickung von Religion und Politik ausgesprochen. Das wäre gewiß sehr wünschenswert. Der Missionar darf nicht politischer Agent sein. Das ist den katholischen Missionären auch nie von der Regierung angenommen worden; sie haben es auch nie geübt. Ganz etwas anderes aber ist der Schutz von Leib und Leben der Missionäre. Die Missionäre sind mit Erlaubnis der chinesischen Regierung da, sie stehen so gut wie jeder andre unter dem Völkerrecht und müssen von der Regierung so gut geschützt werden wie die andern Deutschen, die nicht aus idealen, religiösen Gründen nach China gehen. An dem idealen Interesse liegt uns am meisten bei unsrem Eintreten für die Kolonialpolitik; die materielle Seite hat uns bisher weniger Freude gemacht. Das Blut der Märtyrer in China wird den Boden dort für das Christentum düngen. (Bravo! im Centrum.)

Abg. Freiherr v. Wangenheim (L):

Ich habe nichts von der Surraffirmation gemerkt, die Herr Singer dem Reichstag nachsagt. Ich bin gewiß kein besonderer Schwärmer für Welt- und Kolonialpolitik, aber hier handelt es sich nicht um den Beginn einer unerlösten Weltpolitik, sondern um unsre Ehre, um die Verteidigung des Völkerrechts! (Bravo! rechts.) Das rasche Eingreifen der Regierung, besonders aber des Kaisers hat im Lande allgemeine Befriedigung hervorgerufen. Unsre Armeeverwaltung hat sich glänzend bewährt. Wir können Herrn Bebel und Singer den traurigen Ruhm gönnen, die einzigen im Reichstage zu sein, die die deutschen Truppen verunglimpfen haben. (Bravo! rechts.) Es giebt Situationen, wo es nicht möglich ist, Pardon zu gewähren, weil der Gegner nicht Pardon gewährt. Wenn seit 1870 wirklich Elemente in die Armeegewonnen sind, dann trifft ausschließlich die Schuld die Socialdemokratie. (Lachen bei den Socialdemokraten. — Bravo! rechts.) Herr Bebel hat den Grafen Waldersee angegriffen. Dann wäre es wohl das Beste, wenn der Reichsanwalt Waldersee zurückschreift und Bebel als außerordentlichen Bevollmächtigten nach China schicken würde! (Stürmische Heiterkeit rechts.) Wir Agrarier

haben im Grunde ein recht geringes Interesse am chinesischen Handel. (Sehr richtig! auf einzelnen Vänten der Rechten.) Aber hier handelt es sich ja, wie gesagt, um die nationale Ehre. Kardorff meint, wir hätten ein parlamentarisches Regime. Nein, das haben wir Gott sei Dank nicht und wollen es auch nicht haben. (Bravo! rechts.) Die bedauerlichste Erscheinung in dieser ganzen Verhandlung ist für mich die Kritik, die an den laienhaften Reden und Kundgebungen geübt ist. Daß es so hat kommen können — früher war das unerhört — daran trägt der gute alte Hohentlohe die Schuld. Der Reichsanwalt hat die Kritik, alle Angriffe aufzufangen und das hat er nicht; die Kritik der laienhaften Reden und Worte ist die schwerste Schädigung des monarchischen Bewußtseins. (Sehr wahr! rechts.) Die erste Pflicht des Patrioten ist es, den Nimbus der Majestät zu erhalten. Und da muß ich ein Wort noch zur Behauptung Bebel's sagen, daß der Kaiser über den Streik der Hamburger Wertarbeiter falsch berichtet worden sei. Ich kann diese Behauptung nicht auf ihre Richtigkeit prüfen, ich fürchte aber, daß die Bemerkung Bebel's nicht ganz ohne Grund ist, nach dem, was ich von anderer Seite gehört habe! (Hört, hört! links.) Ich muß es offen hier aussprechen: Ja, es giebt solche, welche grundsätzlich die Majestät mit gefälschten Berichten verhexen! (Oh! oh! bei den Socialdemokraten; Rufe: Namen nennen!) 100 000 treue deutsche Männer empfinden es schmerzlich, daß eine Wolke von Nebel sich zwischen dem Monarchen und dem Volke gelagert hat, die nicht nur aus dem reichlich verbreiteten Weirauchdampfe herrührt, sondern die auch noch andere übel duftende Substanzen enthält. (Oh, oh! links.) Hiergegen muß etwas gethan werden, sonst wächst zum Schaden der Monarchie das Mißverständnis zwischen Kaiser und Volk.

Wir müssen offen aussprechen, daß gewisse bedenkliche Unterströmungen in den höchsten Regionen vorhanden sind, und hier wünschen wir, daß der Reichsanwalt sich das Recht nimmt, die Dinge im Lande dem Kaiser so darzustellen, wie sie sind. Nur dadurch kann verhindert werden, daß die schon vorhandene Kluft zwischen Kaiser und Volk noch erweitert wird. (Bewegung.) Wir haben die Worte des Kanzlers freudig begrüßt und aus ihnen Veruhigung geschöpft. Die Frage ist nur: Wird unsere Regierung sich in diesen Schranken auch halten. Die Majorität des deutschen Volks ist jeder Weltpolitik absolut abgeneigt. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Die Würde unserer Macht liegen im deutschen Vaterlande, auf deutschem Boden. Unser Herrgott hat die Deutschen in voller Absicht so in die Klemme zwischen Franzosen und Russen gesetzt, daß sie aus ihrer Trägheit durch die feindlichen Nationen ständig aufgerüttelt werden. Wenn der Herr Reichsanwalt den ersten Willen hat und es ihm gelingt, diesen Willen durchzusetzen als richtiger Dolmetscher zwischen dem deutschen Volk und seinem Fürsten zu dienen, dann sehen wir wieder gute Zeiten für das deutsche Volk voraus. Seine vornehmste Aufgabe wird sein, nicht Wehrer des Reichs durch Erwerbung auswärtiger Besitzungen zu sein, sondern Wehrer der inneren Festigkeit des Reichs. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Hierauf wird ein Veriagungsantrag angenommen.

Präsident Graf Ballostrom: Herr Vachem hat von meinen Angriffen gegen die katholischen Missionen gesprochen. Ich habe nur ganz allgemein mich gegen jede Verquickung von Religion und Politik gewandt.

Abg. Stöcker (wilt.): Die Bemerkung des Herrn Singer, daß meine Rede den Zweck hatte, an gewissen Stellen meinen Einfluß wiederzugewinnen, macht weder seinem Charakter noch seinem Kopfe Ehre. Was die Verammlung der Parlamente im Juli anbetrifft, so habe ich mich in Bezug auf England allerdings geirrt, für Frankreich dagegen trifft meine Behauptung zu. Ich habe weiter nichts gesagt, die Soldaten seien zu unvorsichtig gewesen in ihren Briefen, sondern nur, sie hätten übertrieben. Daß sie nicht Zeit haben, Scheiterhaufenbriefe zu schreiben, ist ja richtig; sie haben auch nicht den Verstand dazu. Ein preussischer Gerichtshof hat sogar erklärt, daß der Scheiterhaufen-Brief vollkommen loyal aufgefaßt werden kann. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Kann! Mehr ist auch nicht nötig. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Jedenfalls habe ich noch nie einen Brief erfunden, wie Herr Bebel, seinen berühmten Luderbrief. (Sehr gut! rechts.) Was die Kom mune betrifft, so hat Herr Bebel am 15. April 1871 von der Tribüne des deutschen Reichstags erklärt, daß die Kommune selbstweise in einer Mäßigkeit verfahren sei, die wir vielleicht in einem ähnlichen Fall in Deutschland nicht nachahmen werden. Am 25. Mai hat er ausgesprochen, daß der Kampf in Paris nur ein kleines Vorpostengefecht gewesen ist, der Hauptkampf in Europa noch bevorstehe, und daß in einigen Jahrzehnten der Schlauch in Paris: Krieg den Kapitalisten, Tod der Rot und dem Wüthgang der Schlagstraf des ganzen Proletariats in Europa sein würde. Aber Herr Bebel hat sich eben hierbei wieder geirrt, wie immer, wenn er prophesiert. (Sehr gut! rechts.)

Präsident Graf Ballostrom: Das ist nicht mehr persönlich. (Weiterkeit.)

Abg. Stöcker: Auch auf dem Dresdener Kongress ist die Pariser Kommune als Vorbild für den Proletariat gelehrt worden. In Bezug auf die Erziehung des Erzbischofs von Paris selbst hat Herr Bebel in Leipzig einmal erklärt, diese Erziehung sei wohl nicht mehr auf das Schuldkonto der Kommune zu schreiben, er hat auch bezweifelt, daß Führer der Kommune den Befehl zur Erziehung gegeben hätten, und erklärt, daß er die Handlungen der Kommune zwar nicht in allen Stücken billige und zwar aus Zweckmäßigkeitsgründen (Wahl rechts), aber er hat auch gesagt: Geheht den Fall, daß die Kommune wirklich die Erziehung angeordnet hat, so erkläre ich, daß sie damit nichts gethan hat, was nicht nach dem bestehenden Kriegsbild und nach der Art, wie die Gegner der Kommune in Paris wütheten, vollkommen berechtigt war. (Hört! hört! rechts.) Ob die Herren da drüben aber meine Ausführungen als Lüge bezeichnen dürfen, überlasse ich dem Urtheil des Hauses. Sie (zu den Socialdemokraten) haben eben nicht den Mut, was sie früher gesagt haben, zu verteidigen. (Unruhe bei den Socialdemokraten.)

Präsident Graf Ballostrom: Das ist nicht mehr persönlich.

Abg. Stöcker: Wenn Herr Singer weiter erklärte, tausendmal lieber bei den Heiden als in meiner Gesellschaft zu sein, so habe ich mich ja ganz richtig eingeschätzt. (Weiterkeit.)

Präsident Graf Ballostrom: Es ist nicht mehr persönlich, er erörtern, wo Herr Singer lieber ist. (Weiterkeit.)

Abg. v. Kardorff (L): Herr v. Wangenheim hat mir den Ausdruck „parlamentarisches Regiment“ vorgelesen. Ich habe natürlich nicht ein Regiment des Parlaments gemeint, sondern ein Regiment mit parlamentarischen Institutionen. Da ich in meiner langen parlamentarischen Thätigkeit niemals aus meinem Herzen eine Würdergrube gemacht habe, so hätte Herr v. Wangenheim sich das wohl selbst sagen können.

Abg. v. Wangenheim (W. d. L.): Ich habe durch meine Worte nur einer mißverständlichen Auffassung und Ausschlagung der Vernehmung des Herrn v. Kardorff vorbeugen wollen. (Lachen links.)

Abg. Bebel (Soz.): Herr Stöcker hat in einer sogenannten persönlichen Erklärung Veranlassung genommen, auf eine Reihe von Versicherungen Bezug zu nehmen, die ich vor Jahrzehnten gethan habe. Ich werde morgen auf diese Dinge ausführlich zurückkommen. Jedenfalls habe ich nichts zurückzunehmen. Herr Stöcker hat aber heute gesagt, die Erziehung des Erzbischofs sei von uns gewirkt worden, und den Beweis dafür hat er nicht führen können! (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Deshalb hat er eine Unwahrheit gesagt.

Präsident Graf Ballostrom: Ich bitte die Herren, doch nicht solche zweideutigen Worte gegenüber Kollegen zu gebrauchen.

(Wroße Heiterkeit.) Eine beabsichtigte Anwesenheit ist ein Vorwurf, der gegen Mitglieder dieses Hauses nicht erhoben werden darf. (Abg. Stöcker (Wolff): Herr Bebel und die gesamte Socialdemokratie bis auf Herrn v. Vollmar, der dies Geschwäg endlich debattiert hat (Unruhe bei den Socialdemokraten), hat die Kommune beständig gepriesen und erklärt, daß die Erziehung des Erzbischofs berechtigt war. Daraus darf ich wohl den Schluß ziehen, daß von ihr auch diese Erziehung gepriesen wird. (Lebhafte Widerspruch und Lachen bei den Socialdemokraten.) Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr (Fortsetzung der Chinadebatte und Pofadowsky-Interpellation.) Schluß 3 1/4 Uhr.

Parlamentarisches.

Juden raus! Liebermann von Sonnenberg und Genossen haben im Reichstag einen Antrag eingebracht betreffend die Einwanderung ausländischer Juden. Die Einwanderung von Juden, die nicht in Deutschland staatszugehörig sind, soll untersagt werden. Ausländische Juden, die sich bei Inkrafttreten dieses Gesetzes in Deutschland aufhalten, um sich dauernd niederzulassen, ohne bisher in einem deutschen Bundesstaate die Staatsangehörigkeit erworben zu haben, und nicht schon vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes in Deutschland betreiben, sollen selbständiges Gewerbe oder Geschäft in Deutschland betreiben, sollen alsbald aus dem Gebiet des Deutschen Reichs ausgewiesen werden. Die Gewährung der Staatsangehörigkeit in einem deutschen Bundesstaat an ausländische Juden ist untersagt. Die Vergünstigung der Einwanderung fremder Juden wird mit Geldstrafe von 500 bis 1000 M. oder mit Gefängnis bestraft.

Verfassungen.

Eine Volksversammlung, einberufen von der weiblichen Verfassungskommission, tagte am Dienstag im „Abend“, Landberger Allee. In derselben referierte Frau K. Dücker, Leipzig über: „Das Verbot der industriellen Frauenarbeit ein Ausnahmengesetz gegen die Arbeiterinnen“. Der interessante Vortrag wurde von der Leiterin nur

mäßig besuchten Versammlung mit lebhaftem Beifall aufgenommen. In der Diskussion führte Herr O. Baader aus, daß die jetzt schon vorhandenen allerdings völlig unzulänglichen gesetzlichen Schutzbestimmungen von den Unternehmern vielfach übertreten werden, was aber von den Arbeiterinnen, die meist in Unkenntnis über ihre Rechte sind, nicht beachtet wird. Sie erinnerte daran, daß das Gewerkschaftsbureau und die bekannten Genossinnen gern bereit sind, Beschwerden der Arbeiterinnen entgegenzunehmen und dem Gewerbeinspektor zu übermitteln. Wie die Referentin, so forderte auch Herr Baader zum festen Zusammenschluß in der Organisation auf und richtete insbesondere an die Genossinnen das Ersuchen, für die Kräftigung der proletarischen Frauenbewegung zu wirken. Mit einem Hoch auf die völkervereinende Socialdemokratie erlangte die Versammlung ihren Abschluß.

Eingegangene Druckschriften.

Archiv für sociale Gesetzgebung und Statistik. Das neueste Doppelheft dieser nunmehr im dreizehnten Jahrgang erscheinenden von Dr. Heinrich Braun herausgegebenen Zeitschrift (Verlag, Carl Heymanns Verlag) hat u. a. folgenden Inhalt:
Abhandlungen: Die Reform der Deutschen Unfallversicherungs-Gesetzgebung. Von Dr. Ernst Vange in Berlin. — Der Kampf um Arbeit in der bürgerlichen Frauenwelt. Von Lily Braun in Berlin. — Gewerbe und Handel im Deutschen Reich. Auf Grund der Gewerbezahlung vom 14. Juni 1900. Von Prof. Dr. D. Naudeberg in Prag. — Ein neuer Beitrag zur Frage des Hauptgewerkschafts. Von Dr. Paul Bolgi, weiland Privatdocent in Berlin.
Gelegentlich: Deutsches Reich. Das Gesetz betreffend die Beschäftigung gemeinschaftlicher Krankheiten. Vorgelesen von Prof. Dr. Max Gruber, Director des kaiserlichen Instituts der Universität Wien. — Wortlaut des Gesetzes, betreffend die Beschäftigung gemeinschaftlicher Krankheiten. Vom 30. Juni 1900. — England und Wales. Das Ergänzungsgesetz von 1900 über die Beschäftigung der arbeitenden Klassen. Eingeleitet von Edward Bernstein in London. — Wortlaut des Gesetzes zur Ergänzung der dritten Abteilung des Gesetzes von 1890 über die Beschäftigung der arbeitenden Klassen vom 8. August 1900 (33 und 34 Vict. Kap. 59).
Miscellen: Die ökonomische Gewerbeinspektion im Jahre 1899. Von Prof. Dr. Ernst Richter in Prag. — Die gegenwärtige Lage der englischen Landarbeiter. Von Edward Bernstein in London.

Vermischtes.

In Minden ist ein beim Bau der Pionierkaserne beschäftigter Arbeiter aus Dalmanen an den schwarzen Blatter erkrankt. Der Fall rief in der Stadt große Aufregung hervor.

Ein furchtbares Bau-Unfall hat sich in Darmstadt ereignet. Donnerstagsvormittag kurz vor 11 Uhr stürzte in der Inselstraße ein nahezu vollendeter Neubau in sich zusammen, eine große Anzahl Arbeiter unter den Trümmern begrabend. Einige Schwerverletzte wurden ins Hospital gebracht. Man ist noch mit den Aufräumungsarbeiten beschäftigt und befürchtet, daß noch mehrere Menschenleben zu beklagen sind, da man glaubt, daß noch viele Arbeiter unter den Trümmern liegen.

In Nordamerika hat am Montag ein Cyclon getödtet, der ein umfangreiches Gebiet heimgesucht und bedeutenden Schaden angerichtet hat. Die westlichen Teile der Stadt Columbia (Tennessee) sind vernichtet worden. — Nach Berichten aus mehreren Städten von Tennessee und Mississippi hat der Cyclon nicht nur in Columbia, sondern auch in zahlreichen anderen Orten Verwüstungen angerichtet. In Columbia sollen neueren Meldungen zufolge 15 Weiße und 22 Neger ums Leben gekommen sein. Nach einer späteren Depesche aus Memphis sollen bei dem letzten Cyclon in Tennessee etwa 50 Personen getödtet worden sein.

Wetter-Prognose für Freitag, den 23. November 1900. Mild und zeitweise heiter, vorherrschend wolkig mit etwas Regen und mäßigen südlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt. W. A. Zum Abdruck ungeliefert. Bei Angabe Ihrer Adresse senden wir Ihnen das Manuskript zurück. G. S. 29. Solo 25 Pg.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 23. November.
Opernhaus. Der Barbier von Bagdad. Die roten Schuhe. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Romeo und Julia. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Oper-Theater (Kroll). Die Fiedermans. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Rosenmontag. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leistung. Johannsewer. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westener. Die strengen Herren. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westend. Die Dame von Maxim. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Die Liebesprobe. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Die Jüdin. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Das Glück im Winkel. Anfang 8 Uhr.
Secessionsbühne. Königsöhne. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Der Brautvater. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Der Liebes Schlüssel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luisen. Der Millionenbauer. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Ziegenhirt. Anf. 7 1/2 Uhr.
Carl Weisk. Päder und Schulze auf der Pariser Weltausstellung. Anfang 8 Uhr.
Volk-Bühne. Dem Kehl sein Weis. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Der Zauberer am Nil. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Fräulein Loreley. Anf. 8 Uhr.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Die Regimentsnummer. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Vollge. Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung. China in Berlin. Anfang mittags 12 Uhr.
Irania. Landestr. 48/49. (Im Theateraal) Abends 8 Uhr: Die Weltausstellung in Paris. Im Hofaal: Die Lichtmetalle. Von Dr. Nass.
Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.

Thalia-Theater
Dresdenerstr. 73.
Der Liebes Schlüssel.
Sonntag: Schauspiel Meidens-Theater „Jugend“ von Max Halbe.
Montag: Zum erstenmal: **Amor von heute.**
Ausstattungsprobe mit Gesang u. Tanz.
URANIA
Taubenstr. 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
„Die Weltausstellung in Paris.“
Im Hofaal:
„Die Lichtmetalle“ von Dr. Nass.
Invalidenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5-10 Uhr.

Apollo-Theater.
Um 9 1/4 Uhr:
Fräulein Loreley
Pannonia. Sullivan u. Aranka.
The Josephis
unerreichte Fesselkünstler.
Chavita. * Cäcilie Carola.
Anfang 8 Uhr.

Palast-Theater
früher Feen-Palast, Burgstr. 22.
Mien: November-Programm.
8 1/2 Uhr:
Die Regimentsnummer
Schlenderer, Schlendererstr.:
Direktor Richard Winkler.
Sonntag, 25. November: Nur einmalige Aufführung: **Die Seemannsbraut** oder: **Die Rückkehr aus China.** Volksstück mit Gesang in 4 Akten.
Anfang: Wechs. 7 1/2, Sonn. 7 Uhr.
Eintritt: 50 Pf.

Passage-Panoptikum.
Neu: Krao, das Bindglied zwischen Mensch u. Affe (lebend).
Liza, das 12jährige Riesentind (836 Pfund schwer).
China in Berlin.
Großes theatrales Weltprogramm. Schauspiel in 11 Bildern.
Eintritt einschließlich Theater 50 Pf. Kinder die Hälfte.

Cirkus Busch
Freitag, 23. Novbr, abends 7 1/2 Uhr:
Humoristisch-Gala-Abend und Clow-Abend.
„Wer lachen will, muß heute Abend in den Cirkus gehen.“
Beginn der Pantomime 10 Uhr.
Berliner Landpartien
Mit über 100. Tolle Streiche zu Wasser und zu Lande in 2 Akten.
Besonders hervorzuheben: **Die Gung-Tschang-Reinfall** in die Spree.
Hypnotismus? Suggestion?
oder **Epiritismus???**
des berühmten Hofkünstlers **Direktor M. Koesner.**
Europäische Kavallerien auf 16 Schupferden.
Herr Burkhart-Football als Schlichter.
Direktor Busch mit seinen besten Meistern.
Vorzüglichste Programmnummern!

Secessionsbühne.
Alexanderstr. 40.
Zum erstenmal:
Königsöhne.
Schauspiel in 4 Akten u. heile Rede.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Metropol-Theater.
Der Zauberer am Nil
mit dem originellsten **Mumien-Ballett**
siehe dem brillant vollständig neuen November-Special-Programm.
Auf 8 Uhr. Beginn der Operette 9 Uhr.
Morgen überaus gefeiert.
Sonntag, 25. Nov. (Totensonntag)
Einmal. Ensemble-Gesellschaft des Festung-Theaters.
Die Ehre.

Cirkus Schumann.
Heute, Freitag, den 23. November, abends prächtig 7 1/2 Uhr:
Gr. außerordentl. Vorstellung.
u. a.: Die furchtbar dreifache Raubtiergruppe des **Löwen** - Baron.
Die neuesten Originaldressuren des Direktor Alb. Schumann.

Auftritt familiärer neu engagierter Spezialitäten.
Die Original-Glossen: Tonitoff, Antonel, Charles, Ernst, Nipp, Tipp, Little Wood, Armando, Alex, Marroll etc. mit ihren für Berlin vollständig neuen urkomischen Entrees und Intermezzen.
Zum Schluß zum **61. Mal:** Das von ca. 600 Personen dargestellte größte Wagners- und Wasser-schauspiel der Gegenwart:
CHINA.
Ein Sensations-schlag I. Rangs mit sämtlichen neuen Entrees.
u. a.: Reu! Unabertroffene Prébaut-Blece:
Erklärung der 20 Fuß hohen glatten steinernen Mauer. — Öffnung der deutschen Fingge. Beginn der Pantomime 9 1/2 Uhr.

Passage-Theater
Unter den Linden 22.
D-Vorstellung.
Kolossaler Erfolg:
Jenseits der krummen Lanke
3. Seebataillon 2. Comp.
12 Spezialitäten-Debuts.
Eintr. inkl. Panoptikum 50 Pf.

Theater Grand-Hotel
Alexander-Platz.
Pummels Roman
oder: **Berliner Leben.**
Gr. Berliner Gesangsprobe in 5 Bildern.
CASTANS
PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Neu! **Dahomey-Dorf.** Neu! 38 wilde Weiber von der Leibarde des Königs Behanzin. Kriege- u. Gefechts-Szenen, Exercitien, Nationaltänze.
Vorstellung: 12 Uhr mittags, nachm. von 3-10 Uhr stündl.
„Allerseelen“, neue Illusion!
Russ. Damenkapelle Zarina.
Eintritt 50 Pf.
Militär u. Kinder 25 Pf.

HERREN-HUT
Preiswerther Filz in mehreren Farben mit Atlasfuller **MARKE „BLITZ“**
1 Mk 90.
Baer-Sohn Herren und Knaben Ausstattungen. Chausseest. 24 Brückenstr. 11.
Kragen
Manschetten
Serviteurs
Oberhemden
Krawatten
Hosenträger
sehr billig.
Häutlichste
Cylinderhüte
Chapeau claque
Handschuhe
Schirme
Tricotagen
sehr billig.

Sanssouci
Kottbuserstrasse.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Nord-Sänger.
Anfang Sonntag 7 Uhr. Eintritt 50 Pf. Von 5-7: **Unterhaltungs-Musik.** Wochentags 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Nach jeder Solree: **Tanzkränzchen.**
Wochentags Tanz frei. Vereins- und Borjugsbillets wochentags gültig. Bitte zu Rechtzeit. u. Versammlungen.

Reichshallen.
Täglich: **Stettiner Sänger.** Anfang 8 Uhr. Borher: Konzert.
W. Noacks Theater.
Friedrichstr. 15.
Kyrie-Eyrie.
Vorne mit Gesang in 3 Akten (5 Bildern) von Wilken und Jusimus. Musik von Richard.
Sonabend: **Kyrie-Eyrie.**

Cirkus Jansly.
Schöneberg, Hauptstrasse, vis-a-vis dem Rathaus.
Freitag, den 23. November, abends 8 Uhr:
Humoristischer Abend.
Witz, Humor, Laune.
Auftritt familiärer Clowns und Auguste in ihren besten und glanzvollsten Vorstellungen. U. a.: **Clownpfeif-Nordstern** (Wunder der Pferdebesitzer). — **Algeri-Ballett**. — **Charivari**. Großes humorist. Springpottouri von (Juni) Clowns. „Der singende Hef“ des Mr. Cheevers. — **Brothers Hugosoles**, die un-übertroffenen Reittänzer etc. **Dir. Jansly's brillante Freizeits-dressuren** Sonabend: Parade-Vorstellung Sonntag 25. Novbr. nur eine Vorstellung.

Honig!
Edelst. Bienenhonig, beste Qualität, versendet 9 Pf. netto zu 6,50 Pf. netto zu 4 M. fr. Nachh. War. Jurlin. Nordloh, Bahnhof Augusten, Oldenburg. (1222)

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
Karlstrasse.
Wochentags 7 Uhr. **Renz's Spezialitäten.** J. M. Heit.
Sonntags 8 Uhr. **Specialitäten.**
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz ohne Nachzahlung.**

Café-Lokal G. Günther,
Ritterstr. 54, Ecke Alte Jakobstraße
Kaffee 10, B.; Thee, Milk, Chocolate etc. Weis- u. Baur-Bier. Warme Speisen zu jeder Tageszeit. Billard-Stunde 40 Pf., große Getranks-Küche.
Sonntag 1 1/2 Uhr: **Brandenburger Thor** nach **Pöckelsdorf Freund.**

Deutsche Konzerthallen
Spandauer Brücke.
Täglich
4 ausländische Kapellen
Gr. Theater-Vorstellung.

Gr. Frankfurterstraße 39.
Neu eröffnet!
Chic,
Gelegenheitskäufe für moderne
Herren-Artikel
Spezialität der Firma:
Hüte, Handschuhe, Wäsche, Kravatten, Trikotagen, Schirme, Stöcke
Stets das Allerneueste zu spottbilligen Preisen.
Gr. Frankfurterstraße 39.

Filzhüte für Herren
neue Form, 1,50 und 2,00, hochfeine Qualität 2,50 und 3,00, extra feine 3,50-4,50 (833) im **Hut-Engros-Lager**, Prenzlauerstrasse 20, 2 Tr. Cylinderhüte, Chapeaux claque und Knabenhüte in großer Auswahl.

Herren-Vortrag
Carl Bruckhoff, Friedrichstr. 10, über: „Sogenannte unheilbare Männer-leiden“ Freitag, 23. November, abends 8 1/2 Uhr, im Dresdener Garten, Dresdenstr. 45. Nur Herren! Eintritt frei! Keine Teller-sammlung. (1173)

Charlottenburg.
H. Scherberg (6033) Wilmersdorfer-Strasse 127, Uhrmacher und Goldarbeiter.
Großes Lager von **Uhren und Goldwaren** zu äußerst billigen Preisen. Optische Artikel. Oberländer werden schmerzlos gestochen.
Theater- u. Maßengarderobe von **Berthold Schröder**, W. Passauerstrasse 3, empfiehlt sich den werthen Genossen zum Anfertigen von lebenden Bildern, Theaterhüten für Vereine, Sitzungs-tische etc. 6750

A. Kawiecki,
Schneidermeister.
Empfehle mein großes Lager in- und ausländischer Stoffe zur Anfertigung von Herren-garderobe zu äußerst billigen Preisen. Für guten Sitz wird garantiert. 1544
Charlottenburg, Kantstr. 56 (zwischen Wilmersdorfer- und Krummekeher).
Musikwerke
u. Zither, selbstspielend, mit auswechselbaren Platten, schöne Familienunterhaltung, werden bei nur geringer Teilzahlung vergeben.
J. Karzberg, NO.
Landsbergerstr. 13, parterre, kein Laden.

Prozeß Sternberg.

Landgerichtsdirektor Müller eröffnet die Sitzung mit dem Aufruf sämtlicher Zeugen, von denen ein Teil der noch nicht vernommenen bis morgen entlassen wird.

Staatsanwalt Braut beantragt die Vorladung zweier Frauen aus dem Hause Alexandrinenstr. 1a, welche von ihrer höher gelegenen Wohnung aus Beobachtungen über Vorgänge in der Wohnung der Margarete Fischer gemacht haben wollen. Ebenso beantragt der Staatsanwalt die Vorladung des Barbiers Sandmann, Alexandrinenstr. 1b. Der Gerichtshof beschließt die Vorladung.

Als erster Zeuge wird

Staatsanwalt Dr. Komen

vernommen. Er habe, so führt er aus, die Frieda Woyda dem Untersuchungsrichter nicht vorgeführt, noch vorsehen lassen. Er habe an dem Tage, als das Mädchen vernommen werden sollte, von einem der Polizeibeamten gehört, daß das Mädchen da sei, habe sie sich angezogen und habe daselbe väterlich und eingehend ermahnt, die Wahrheit zu sagen und etwa falsche Beschuldigungen noch rechtzeitig zurückzunehmen. Das Mädchen habe er dann erst zur Hauptverhandlung wiedergeführt. Er sei sehr erstaunt gewesen, jetzt zu hören, daß dies Kind zu seiner Aussage gedrückt sein soll. In seiner 16-jährigen Tätigkeit als Staatsanwalt habe er wohl zu unterscheiden gelernt zwischen eingepaukten Aussagen und solchen, die auf wahren Erlebnissen beruhen. Die Möglichkeit, daß Herr Stierstädter die Frieda Woyda bearbeitet haben könnte, halte er für vollständig ausgeschlossen. Er erkläre unter seinem Eide, daß er kaum jemals einen Beamten von solcher

Nichttreue, Fälschung und Energie

kennt gelernt habe, wie Herrn Stierstädter, dem es neben Herrn v. Trebnow in erster Reihe zu danken sei, daß die Uebelthaten, um die es sich hier handle, aufgedeckt worden seien. Er (Zeuge) habe wiederholt Veranlassung genommen, dem Herrn Regierungsrat Dieterici zu erklären, daß er geradezu erkannte, daß die Pflichttreue dieses Beamten. Er habe sich sehr gewundert, daß ein solcher Beamter mit so anerkannter Dienstreue

plötzlich kaltgestellt

werden sollte. Er, Zeuge, habe schon längere Zeit Aussicht gehabt, bei der Staatsanwaltschaft nicht länger zu bleiben und Angesichts der Machinationen von Seiten der Agenten und Freunde des Angeklagten — letzteren selbst könnte er ja in dieser Beziehung nicht verdächtigen — habe er sich auf die Polizei stützen müssen und deshalb auch dem Stierstädter die Anweisung gegeben, die Frieda zu beobachten, als sie zu Wilmkes gebracht worden war. Er habe nun gelesen, daß Herrn Stierstädter von anderer Seite der Auftrag gegeben worden sei, diese Anweisung nicht auszuführen. Wenn er eine Abnung davon gehabt hätte, würde er sofort zu dem Regierungsrat Dieterici oder dem Polizeipräsidenten gegangen sein und lebhaft

Beschwerde erhoben haben,

und zwar auf Grund des § 158 des Gerichtsverfassungsgesetzes, wonach er als Staatsanwalt zur Erteilung solcher Anweisung nicht der Genehmigung der Polizeibehörde bedürfte. Für ihn falle die Frage, wann die Frieda Woyda wohl zu einer anderen Meinung gekommen sein mag, mit dem Augenblick zusammen, da Herr Stierstädter lahm gelegt wurde und nun die Agenten und Freunde des Angeklagten Sternberg freie Hand zu ihren Machinationen hatten. Der Zeuge bekundet dann seine Eindrücke über die Vernehmung der Frieda Woyda in der ersten Verhandlung. Das Mädchen sei damals freilich und physisch gradezu fesselt worden, es habe sich aber gegen ihre Glaubwürdigkeit

absolut nichts einwenden lassen.

Einige Zwischenfälle hatten damals geradezu eine dramatische Wirkung. Das Kind habe damals einen gedrungen, kühnen und schamhaften Eindruck gemacht. Das Kind machte einen vorzüglichen Eindruck, es erhielt von allen Seiten, d. h. von solchen Personen, die ihr näher getreten waren, das glänzendste Zeugnis über seine Intelligenz und in einzelnen ganz eklatanten Punkten habe sich ergeben, daß es die Wahrheit sagte. Der Zeuge weist noch den Gedanken zurück, daß er veranlaßt habe, daß Frieda Woyda zu Wilmkes gebracht worden sei. Das sei das eigentliche Vergehen des Herrn Werkmeister gewesen. Andererseits seien in dieser Sache viele in den Annalen der Strafrechtspflege noch

nicht dagewesene Verdunkelungsversuche

gemacht worden. Er sei überall auf Sternbergs Geld gestossen und habe schließlich sich nicht anders helfen können, als jeden, der solche Verdunkelungsversuche machte, festzunehmen zu lassen. Wegen erwiehener Begünstigung seien in der ersten Verhandlung 16 Personen unbedeutend geblieben.

An diese Aussage des Dr. Komen knüpfen sich zahlreiche Fragen der Verteidiger, die sich auf die Ansichten desselben über die Glaubwürdigkeit der Frieda Woyda, über das Verhalten des Schutzmanns Stierstädter u. dgl. beziehen. — Rechtsanwalt Fuchs I: Der Herr Zeuge hat dem Zeugen Stierstädter das glänzendste Zeugnis gegeben. Würde er dabei bleiben, wenn er weiß, daß Herr Stierstädter voruntersucht mit einer Person wegen Kuppelerei anständig verhandelt und abends sich an derselben Person und an einer anderen Frauensperson sitzlich verging? — Zeuge: Er habe keine Kenntnis davon, daß Stierstädter aus Anlaß einer anständigen Handlung sich vergessen hat. Er habe nur gelesen, daß Stierstädter mit der Hausmann geschlechtlich verkehrt habe. So sehr er es bedauere, daß ein so überaus pflichttreuer und sündiger Beamter sich vergessen hat, so habe dies doch auf das, was vorher liegt, nicht den geringsten Einfluß. Seine Ermittlungen hätten sich bis zum Tisepelchen über dem J. behauptet. Wenn Stierstädter seinen eigenen Vorteil hätte wahrnehmen wollen, dann hätte er sich auf die andre Seite geschlagen und er sei der Ueberzeugung, daß sich die Legende von dem Schloß am Genfer See leicht zur Wahrheit hätte machen lassen. — Rechtsanwalt Fuchs I: Würde der Herr Zeuge Herrn Stierstädter noch für „nicht vor- eingekommen“ erachten, wenn er hört, daß nach der eidlichen Aussage eines Zeugen derselbe gesagt hat: „Und wenn ich Tag und Nacht arbeiten soll — der Jude muß hinein“? — Zeuge: Ich weiß nicht, ob ein Zeuge dies eidlich bekundet hat. Wenn dies etwa auf Herrn Kriminalkommissar Thiel sich beziehe, so soll dieser, wie ich höre, auch nicht mehr in Berlin weilen! — Rechtsanwalt Fuchs I: Da sich der Herr Zeuge auf seine fast 15-jährige Erfahrung berufen, da frage ich denn: Sind Sie nicht derselbe Staatsanwalt, der seiner Zeit einmal gesagt hat, die Eide der

Socialdemokraten seien Meineide?)

Der Vorsitzende beantwortet diese Frage, der Verteidiger bittet um Gerichtsbescheid. Der Gerichtshof beschließt, diese Frage nicht zuzulassen, da sie mit dieser Sache nichts zu thun habe und außerdem so gestellt sei, daß der Gerichtshof gar nicht in der Lage sei, zu prüfen, inwieweit die Behauptung wahr sei. (?) — Rechtsanwalt Fuchs I: Haben Sie einen tatsächlichen Anlaß dafür, daß die Agenten Frieda Woyda beeinflusst haben? — Zeuge: Ja, ich hatte von dem Zeugen Stierstädter Kenntnis davon, daß auf Wilmkes eingewirkt worden sei durch Eingabe eines Rings u. dgl. — Der Verteidiger verweist noch auf eine Verfügung des Staatsanwalts Komen, in der aus-

gedrückt worden, daß gegen Wilmkes nicht das geringste Bedenken vorliege. Der Zeuge schränkt diese Behauptung ein, indem er seine Mahnung damals anders begründet, wie der Verteidiger. — Auf weiteres Befragen des Rechtsanwalts Dr. Werthauer erklärt der Zeuge, daß er bei der Beurteilung der Frage, wann wohl auf Frieda Woyda ein-gewirkt sei, nach dem alten Satz gehe: „post hoc also propter hoc.“ Frieda Woyda habe so lange ihre Beschuldigungen aufrecht erhalten, als sie von Stierstädter beobachtet wurde und als Herr Stierstädter kalt gestellt wurde, kam plötzlich die Wendung. — Vert.: Wie so kommt der Zeuge zu der Behauptung, daß Herr Stierstädter kalt gestellt worden ist? — Zeuge: Es steht doch die That-sache fest, daß der Auftrag, meine Befehle nicht auszuführen, von einer Seite erfolgt ist, die

nicht ganz unabhängig von Herrn Sternberg

gewesen zu sein scheint. — Rechtsanwalt Dr. Werthauer: Glaubt der Zeuge, daß die Fälscher und die Weiber weggebracht worden sind wegen der Zeitungsdarstellung oder wegen des Falls Woyda? — Zeuge: Aus welchen Gründen Sternberg die Fälscher hat weg-bringen lassen, weiß ich nicht, aber ich bin dem Angeklagten die Er-klärung schuldig, daß damals der Fall Woyda allemal noch nicht existierte. — Auf weiteres Befragen des Verteidigers werden Tatsachen festgestellt, aus denen hervorgeht, daß in der vorigen Ver-handlung ein lauthöriger Zeuge behauptet hat: er sei einmal von der Frieda Woyda ohne Grund verdächtigt, an-gezeigt und auf ihre Aussage auch verurteilt worden. — Auf Befragen des Rechtsanwalts Heinemann giebt der Zeuge zu, daß er in der ersten Verhandlung das Gutachten des Physikus Dr. Störmer scharf angegriffen habe, er betont aber, daß er die volle Ueberzeugung habe, daß Dr. Störmer sein Gutachten nach bestem Wissen abgegeben habe. — Rechtsanwalt Heinemann: Der Herr Zeuge hat doch in dem ganzen Woyda-Fall nur einen einzigen Beeinflussungsversuch mitteilen können.

Angelagerter Sternberg

hat auch noch eine große Reihe von Fragen an Herrn Dr. Komen. Er betont, daß er seit Anrufen des Falls Woyda in strenger Isolierung sich befinde. Er bitte den Zeugen um Auskunft, ob irgend welche Thatfachen festgestellt sind, die darauf hindeuten, daß er in irgend welcher Verbindung mit seinen Freunden dranhin stehe. — Vert.: Auf-fällig ist doch der Zwischenfall bezüglich der „Post“-Artikel. Es ist doch sonderbar, wie eine solche Ordre gegeben werden konnte. — Ver-teidiger: Ist es denn festgestellt, daß eine solche Ordre gegeben worden ist? — Staatsanwalt: Darüber werden wir vielleicht in wenigen Tagen Auskunft erhalten. — Angekl. Sternberg: Ich habe mit den ganzen sogenannten Besetzungsdirektoren bezüglich der „Post“ absolut nichts zu thun und habe keinerlei Anweisung gegeben.

Auf Ersuchen des Vorsitzenden wird Frieda Woyda Herrn Dr. Komen gegenübergestellt und dieser richtet in sehr nachdrücklicher Form eine Reihe von Fragen an das Mädchen, die darauf hinaus-laufen, ob es ihm ins Gesicht sagen wolle, daß es ihm früher auf alle seine väterlichen Ermahnungen die Unwahrheit gesagt habe. Frieda bleibt dabei, daß sie früher die Unwahrheit gesagt habe und auf die Frage warum? verweist sie wieder auf Stierstädter.

Justizrat Kleinholz,

der früher die Verteidigung mitgeführt hat. Er bekundet noch seiner Erinnerung über die Ansagen, die Frieda Woyda in der ersten Verhandlung gemacht hat. Ihm ist namentlich in Erinnerung, daß Frieda Woyda behauptet habe, mit Gewalt zu dem unglücklichen Akt bewegt worden zu sein. Er habe damals dem Mädchen in seinen Erzählungen nicht geglaubt, sondern direkt den Eindruck gehabt, als ob das Mädchen stark gelogen habe.

Rechtsanwalt Dr. Wöhrling,

früher Landrichter, stand zu Sternberg und seinen Geschäftsun-ternehmungen in Beziehung. Auch war er Mitverteidiger im ersten Prozeß. Wo Kapitän Wilson die Gelder her hatte, wisse er nicht, ebensowenig ob Luyba viel mit Wilson verhandelt habe. Nun seien ihm über die Dienste, die die Hausmann angebl. der Polizei leistete, manche Gerüchte zugekommen, er habe gesehen, daß in der Journagon-Sache gegen Sternberg in einer Weise vorgegangen werde, die er nicht billigen konnte, er habe manche ungewöhnliche Schritte gegen Sternberg fest-stellen können, daß aus der Summe dieser Beobachtungen und Empfindungen heraus das Gerüchteleitgefühl ihn antrieb, in der Sache thätig zu sein, da er das Gefühl hatte, daß in der Woyda-Sache gegen einen Unschuldigen alles mögliche auf-geboten werden sollte, um ihm etwas anzuhängen. Deshalb habe er die ihm oberflächlich bekannte Angeklagte Sageding, die ihm für ein zu Gunsten einer Verwandten abgelassenes Gnadengesuch dankbar war, zu Wilmkes geschickt, um sich nach dem Charakter der Frieda Woyda zu erkundigen. Eine Anzahl von Fragen des Staats-anwalts Braut beziehen sich auf das Vorleben des Zeugen. Die Auseinandersetzungen über diesen Punkt sind etwas erregt. Rechtsanwalt Werthauer bittet, diese Fragen ebenso abzulehnen, wie vorher die dem Staatsanwalt Komen unterbreitete Frage be-züglich des Eids der Socialdemokraten. Der Staats-anwalt hält diese Fragen zur Prüfung der Glaubwürdigkeit des Zeugen für nötig. Er halte den Zeugen der Begünstigung für ver-dächtig. Durch Befragen wird festgestellt, daß der Zeuge, bevor er sich dem juristischen Studium widmete, Tischler war. 1889 sei er Amts-richter geworden, 1897 im Disziplinarverfahren aus dem Amt geschieden. 14 Tage nach dem Disziplinar-Urteil sei ihm vom Justizminister Schönstedt nahe gelegt worden, seine Wiederanstellung im Staats-dienste sofort zu beantragen. Formell sagte sich das Urteil auf Dienstentlassung darauf, daß er als unverheirateter Mann jahrelang vorher noch einander in intimen Verkehr mit einigen unverheirateten Mädchen gehalten und eine der letzteren — die inzwischen als irrünftig erkannt worden — einmal eine turbulente Scene im Gerichtszimmer gegen ihn ausführte. Thatsächlich glaube er Grund zu haben, daß andre Gesichtspunkte, namentlich ein Aufsicht er-regendes Urteil in einer Strafsache gegen den damaligen Redacteur des „Lageblatts“, Harig, in welcher er Referent war, zu dem Disziplinarurteil mit beigetragen haben. Er sei später ohne jedes Bedenken zur Rechtsanwaltschaft beim Oberlandesgericht Sletzin zugelassen worden. Seiner Zeit war ihm für seine Thätigkeit bei Sternberg ein Monatsbezug von 600 M. und ein Lantienbezug, im ganzen ein Gehalt von etwa 12 000 M. zugesichert worden, jetzt beziehe er monatlich 700 M. Ein besonderes Honorar für seine Thätigkeit in diesem Prozeß erhalte er nicht.

Hierauf wird die Verhandlung auf Freitag 9 1/2 Uhr verlag.

Der Prozeß gegen die Harmlosen

3. Tag.

Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Oppermann, eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr. Die Vernehmung des Angeklagten Wolff wird fortgesetzt. Er glaube, daß er den Herrn v. Kröcher in einer Restauration getroffen und durch ihn nach und nach die übrigen Herren kennen gelernt habe. Ursprünglich habe er deren Gesellschaft aufgesucht, weil sich ihm dort eine anregende Unterhaltung bot, dann sei einmal ein kleines Spiel gemacht worden, bis es nach und nach ein wöchentliches daraus wurde. — Präsi.: Haben Sie denn nicht die Gefahr erkannt, die für Sie bei Ihrer Vergangenseit darin lag, mit diesen weit jüngeren

Leuten aus den besten Kreisen

zu verkehren? — Angekl.: Herr Präsident, es war wirklich eine angenehme Gesellschaft, auch wenn nicht gespielt wurde und ich hatte mir auch vorgenommen, nicht zu spielen. — Präsi.: Haben Sie nicht auch im Savoy-Hotel gespielt? — Angekl.: Ja, wenn ich nicht irre, zweimal. — Präsi.: Von

wem wurden Sie dort eingeführt? — Angekl.: Durch Herrn v. Kröcher. — Präsi.: Haben Sie damals auch schon die Bank gehalten? — Angekl.: Nur in vereinzelten Fällen, zumweil habe ich nur pointiert. — Präsi.: Haben Sie gewonnen oder verloren? — Angekl.: Ich habe verloren, an einem Abend gegen 2000 M. — Präsi.: Durch wen sind Sie bei Hecht eingeführt worden? — Angekl.: Durch den Amerikaner Murtag, den ich in der American-Bar kennen ge-lernt hatte. Wir kamen dahin überein, daß wir aus einer gemein-schaftlichen Kasse gegen die Bank setzen wollten. Wir schossen jeder 400 M. ein. In kurzer Zeit waren die 800 M. verloren. Wir ent-schlossen uns, noch einmal je 400 M. zu wagen, gaben uns aber das Ehrenwort im Verlustfalle aufzubohren. Jetzt gewonnen wir jeder 700 M. Wir entfernten uns dann und begaben uns nach seinem Zimmer im Hotel du Nord, wo wir bis gegen 4 Uhr morgens plauderten. Ich nahm die Gelegenheit wahr, ihm aufs eindring-lichte die

Gefahren zu schildern,

denen ein leidenschaftlicher Spieler ausgesetzt sei. Er versprach mir dann, nicht wieder zu spielen. — Der Vorsitzende hält dem Angeklagten vor, daß er 14 Tage später einen andern jungen Mann mit in ein Lokal genommen habe, um dort zu spielen. Wolff be-streitet dies, der Betreffende, der großjährig gewesen sei, habe hart-näckig darauf bestanden, ihn zu begleiten. Er habe niemals einen Menschen zum Spiel verführt. An diesem Abend habe er 400 M. gewonnen. Der Angeklagte giebt ferner auf Befragen an, daß er den Dr. Kornblum bei Hecht kennen gelernt habe. Derselbe habe einen verdächtigen Eindruck auf ihn gemacht, es sei ihm auch mitgeteilt worden, daß er ein gewerbe-mäßiger Spieler sei. Es sei richtig, daß er den Mi-spielern im Harmlosen-Klub manchmal mit Darlehen unter die Arme gegriffen habe, aber freiwillig sei dies nicht geschehen. Ihm seien 100 000 M. in der eignen Tasche lieber als in den Taschen anderer Leute. Er habe sich vor den Darlehnsuchern nicht retten können und des-halb habe er schon vor der Auflösung des Klubs den Gedanken gehabt, sich von der Gesellschaft zurückzuziehen. Als der Artikel im „Berliner Tageblatt“ erschienen sei, hätten sich v. Kröcher und v. Kahser bei ihm eingestellt, ihm den Artikel vor-gelegt und darauf hingewiesen, daß derselbe sich auf seine Person bezöge. Er müsse sich nach der Redaktion begeben um sich zu rech-tfertigen. Er habe dies versprochen und die Herren zum folgenden Tage wieder bestellt. Er habe es dann aus leicht begreiflichen Gründen vorgezogen, das

Weiße zu suchen

und dies den Herren v. Kröcher und v. Kahser angezeigt mit dem Versprechen, sich zum Termin zu stellen. Er habe sich nach Paris begeben. Durch Nachricht von seiner Ehefrau sei er davon ver-ständigt worden, daß das Verfahren gegen ihn eingeleitet sei. Nach einigen Wochen sei er nach Berlin zurückgekehrt. Da er an-genommen habe, daß er verhaftet werden solle, und da die Artikel im „Berl. Tagebl.“ fortzuführen zu erscheinen, habe er vorgezogen, wieder davon zugehen. Er habe sich eine Zeit lang in Wiesbaden aufgehalten, wo er sich unter falschem Namen angemeldet hatte. Einige Tage nach seinem Eintreffen in Wiesbaden habe er aus den Zeitungen gesehen, daß die Herren v. Kahser und v. Kröcher verhaftet worden seien. — Präsident: Komme Sie dieser Umstand denn nicht bewegen, sich der Behörde in Berlin zu stellen? Sie waren doch im „Berliner Tageblatt“ öffentlich des Fallespiels bezichtigt worden und hatten die Herren dadurch in eine höchst läss-lige Lage gebracht. Müßten Sie sich nicht sagen, daß Sie sich von dem Verdacht des Fallespiels reinigen müßten? — Angekl.: Herr Präsident, es gehörte eine

zu große Uebertreibung

dazu. — Präsi.: Sie sind dann zwar nach Berlin zurückgekehrt, haben sich aber in Ihrer Wohnung verborgen gehalten. — Angekl.: Ja, ich bin nur des Abends ausgegangen. Ich würde mich auch schließlich gestellt haben, wenn mich nicht ein Unglücksfall betroffen hätte. Auf dem Fluß meiner Wohnung geriet ein Vorhang in Brand, beim Löschen des Feuers erlitt ich erhebliche Wunden, so daß ich ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. — Präsi.: Haben Sie nicht aus den Zeitungen erfahren, daß die Vorunter-suchung gegen die Herren v. Kröcher, v. Kahser und v. Schachtmeyer geschlossen war? — Angekl.: Jawohl. — Präsi.: Und doch stellen Sie sich nicht zum Termin, wie Sie versprochen hatten? — Angekl.: Nein. — Präsi.: Nun fand die Verhandlung statt, die Herren wurden freigesprochen und nun nach dieser günstigen Wendung, am 24. Oktober, stellen Sie sich dem Untersuchungsrichter. — Angekl.: Jawohl. Auf Befragen des Oberstaatsanwalts Dr. Heubel giebt der Angeklagte an, daß er im allgemeinen ein

höchst solides Leben

geführt habe. Mit Ausnahme der Spielabende sei er stets früh nach Hause gekommen.

Der zweite Verteidiger, Rechtsanwalt Thodgesner, läßt sich von Wolff bestätigen, daß der

Herzog von Hohenlohe-Oehringen

durch seinen Sekretär Dr. Thielemann an den Herrn Feins-Reichen-heim die Aufforderung habe richten lassen, er möge seine Spiel-schuld an Wolffs Socius bezahlen. Der Herzog war damals Präsident des internationalen Unionklubs in Baden-Baden, wo Prinz-Reichenheim den Spielverlust von 400 000 M. erlitt. Der Angeklagte Wolff erklärte ferner, daß nach einem allgemein ver-breiteten Gerücht Prinz-Reichenheim eine Million in Monte-Carlo verloren habe. Auf Befragen des Angeklagten v. Kahser bestätigt Wolff, daß er mit einigen ihm von früher her bekannten Klubmitgliedern auf dem Korridor des Centralhotels Arm in Arm gegangen sei und daß die ihm zugeordnete Einladungskarte zum Er-öffnungsbücher nicht vom Direktorium, sondern vom Grafen v. Egloff-stein ergangen und unterzeichnet war.

Damit ist die Vernehmung des Angeklagten Wolff beendet und es wird zur Beweisaufnahme geschritten.

Zeuge Student der Medizin Jant a hat vielfach an dem Spiel teilgenommen. Er behauptet, daß die drei Angeklagten häufig gemeinsam die Bank gehalten haben. Er habe einmal 20 000 M. verloren und glaube, daß sein Geld zumest in die Taschen der Bank-halter gestossen sei. Der Zeuge meint, daß ihm seine ganze Spielthätig-keit gegen 50 000 M. geloset habe, davon gingen aber erhebliche Summen ab, die er gelegentlich mit andern Klubmitgliedern bei Besuchen der Amor-Blumensäle oder anderer Lokale veranlagte habe. Der folgende Zeuge, Freiherr v. Schroder, hat die Angeklagten v. Kröcher und v. Schachtmeyer im Ausschuss in Wiesbaden kennen gelernt. v. Kröcher habe erzählt, daß er in den nächsten Tagen das Eintreffen eines reichen Herrn erwarte. Am folgenden Tage sei dann Herr Wolff gekommen. Nach einem gemeinschaftlichen Abend-essen sei Baccarat gespielt worden, wobei der Zeuge an v. Kröcher 1500 M. verloren habe.

Darauf wird die Sitzung bis Freitagvormittag 9 1/2 Uhr ver-lagt. —

Lokales.

Zur Lokalkasse. Am Sonnabend veranlassen die Arbeiter der Firma Simons u. Komp., Charlottenburg, in dem Lokal Bandel-strasse 35, Moabit, ein Vergnügen. Dieses Lokal steht, wie bekannt, zu untern Veranlassungen nicht zur Verfügung. Es wird versucht, Willets in Genossentreffen abzugeben. Die Lokalkommission.

Die Wohnungsnot vor der Stadtverordneten-Versammlung. Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich gestern in drei-undinhalbstündiger Verhandlung mit der gegenwärtig in Berlin

*) Staatsanwalt Komen hat 1898 in Hamburg in amtlicher Eigenschaft eine solche Verdächtigung laut werden lassen. Auch in Frankfurt a. M., wohn er später verlegt wurde, erging er sich in Ausfällen gegen die Socialdemokratie.

Herrschenden Wohnungsnot beschäftigt. Zur Beratung stand der bekannte, durch die Wohnungsnot veranlaßte Antrag der socialdemokratischen Fraktion und mit ihm die auf denselben Gegenstand bezügliche Magistratsvorlage, deren hervorsteckendsten Teil die geplante „König-Friedrich-Stiftung“ bildet. Den Antrag begründete unser Genosse Heimann. Seine ruhigen und sachlichen, auf eine gründliche Kenntnis der Wohnungsfrage sich stützenden Ausführungen waren der hausbesitzlichen Mehrheit der Versammlung sichtlich unangenehm. Die Herren wurden, sobald das geringste Wort gegen den von den Hausbesitzern geübten Wohnungswucher fiel, ganz außerordentlich „nervös“. Heimann präcisirte mit aller nur wünschenswerten Schärfe den Standpunkt, den die socialdemokratische Bevölkerung Berlins und ihre Vertreter im Notenn Hause der Wohnungsnot gegenüber einnehmen. In der Debatte wagte eigentlich niemand, das Vorhandensein einer Wohnungsnot gänzlich in Abrede zu stellen. Wenn jemand Klage darüber verriet, so war das merkwürdigerweise weniger Herr Ballack, der berufsmäßige Vertreter des Hausagartentums, als — Herr Kirchner. Die Hausbesitzer in der Versammlung durften ihre helle Freude an den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters haben. Herr Kirchner versuchte es gegenüber den von socialdemokratischer Seite aufgestellten Forderungen wieder einmal mit dem überlegenen Ton, den er in der Versammlung so gern anschlägt. Abg. Singer gab ihm eine Antwort zu hören, die ihm die Luft zu weiteren Sphären merklich verdauchte. Das Ergebnis der Beratung, die mit der Ueberweisung des Antrags wie der Vorlage an einen Ausschuss endete, war die Bestätigung der alten Wahrheit, daß nicht bloß die Lösung der Wohnungsfrage, sondern jeder Versuch zu einer nachdrücklichen Besserung der Wohnungsverhältnisse scheitern muß, so lange die privatkapitalistischen Interessen herrschend sind.

Große Dinge will ein Verband Berliner Specialgeschäfte ausführen, der sich dieser Tage zusammengesetzt hat. Der Vorsitzende Kaufmann G u g e n h e i m, dem die bekannte Seidenfirma Michels zugehört, schalt auf die bisherigen Kaufmannsorganisationen. In dem Kollegium der Vorgesetzten der Berliner Kaufmannschaft herrsche nur die Verne und die Großindustrie. In der ganzen Welt spreche man mit Achtung von den Berliner Detailgeschäften und nur in Berlin gelten sie bis jetzt nicht. Eine zweite Aufgabe des Verbands ist die Begründung von Wohlfahrts-Einrichtungen für die Angestellten. Man denkt da an kaufmännische Kinos, wo die Angestellten billige Restauration und angenehme Räume und Geselligkeit finden.

Die Angestellten thun gut, wenn sie sich wegen der ihnen von dem neuen Verband in Aussicht gestellten Annehmlichkeiten nicht in allzu holdseligen Träumen wiegen.

Notwehr gegen die vorrührige Straßenbahn-Direktion. Eine Korrespondenz meldet: Ein neuer Streik der Straßenbahn-Angestellten steht für das kommende Frühjahr in Aussicht. Unter den Betriebsbeamten der Gesellschaft ist gegenwärtig wieder eine starke Bewegung im Gange, weil die Direktion die gelegentlich der Beilegung des Ausstands übernommenen Verpflichtungen den Angestellten gegenüber nicht imgegeben hat. Weder die für die Betriebsfähigkeit notwendigen neuen Signalglocken, noch die den Wagenführern versprochenen Regenmäntel sind geliefert worden, die Bestimmungen bezüglich der freien Tage werden ebenjowenig gewährt, wie die gewährleistete Zahlung für Ueberstunden nicht erfolgt. Die dem Personal gemachten Versprechungen, betreffend die Haltezeit an den Endstationen werden ebenfalls nicht erfüllt. Schließlich haben die Beamten das Gefühl, daß das in Gegenwart des Oberbürgermeisters gegebene Wort der Direktion, „Mafregeln aus der Lohnbewegung finden nicht statt“, nicht gehalten wird. Es finden fortgesetzt teils aus ganz wichtigen Gründen Kündigungen von Beamten statt, die bei der Ausstands-bewegung im Vordergrund standen oder aber sie erfahren Zurücksetzungen anderer Art. Die Beamten sind fest überzeugt, daß diese Maßnahmen nichts weiter sind als massierte Mafregeln. Voraussichtlich im nächsten Monat werden wieder bahnhofsweise Versammlungen abgehalten werden.

Freiwerdende Baugrundstücke. Die Gasanstalt in der G i t t i n e r s t r a ß e wird bald vom Erdboden verschwinden. Bekanntlich hat der Magistrat ein Terrain an der Oberspreewerben, wohin die Gasanstalt verlegt werden soll. Jetzt ist nun mit dem Abriß der beiden großen Gasbehälter der Anstalt begonnen worden. Das gesamte Terrain, welches sich zwischen der G i t t i n e r s t r a ß e und Prinzenstraße, sowie dem Elisabeth-, dem früheren Kohlenwerk ausdehnt, soll der Bebauung erschlossen werden. Dagegen wird die städtische Gasanstalt am Wedding in der Müllerstraße, welche nach Ziegel verlegt werden soll, noch bis zum Herbst nächsten Jahres auf ihrem jetzigen Platz bleiben.

Für die Bevölkerung Berlins wird in dieser Angelegenheit sich eine Frage besonders wichtig gestalten, nämlich die, ob im Zeichen der drückenden Wohnungsnot die großen Grundstücke, welche durch Verlegung der Gasanstalten frei werden, gewohnheitsmäßig der wästen Bauplanung überantwortet werden sollen, oder ob der Magistrat sich bei dieser Gelegenheit an seine dringenden kommunalen Pflichten erinnern will.

Die übliche Felertrag-Entheiligung. Auf den neuen Bauflächen des Bahnhofsamt IV, zwischen Köpnicke- und Religionsstraße gelegen, waren am Vortage die Glaser wie an Wochentagen damit beschäftigt, ein Gladbach fertig zu stellen. Nach 4 Uhr, als es bereits dunkelte, leiteten die Arbeiter auf dem recht primitiven Brettergerüst herum, währenddessen der gewöhnliche Unternehmer wahrscheinlich in seinem Kämmerlein „stille Einkehr“ hielt und über die Sünden — anderer nachdachte. Eigentümlich ist es aber doch, daß die Unternehmer gerade bei staatlichen Arbeiten, wie wir wiederholt feststellen mußten, die gesetzlichen Bestimmungen so wenig beachten. Von einer dringenden Arbeit, die eine Ueberrettung auch nur einigermaßen rechtfertigen könnte, kann in diesem Fall durchaus keine Rede sein, zumal es sich um keinen — Kirchenbau handelt.

Auch ein Entlassungsgrund. Den Nachtwächtern der Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Grundbesitzer ist es unterta, in ihrem Wächter zu wohnen. Einem Wächter, der seit 4 1/2 Jahren ohne Tadel seinen Dienst versehen hatte, postierte es nun, daß er, infolge des herrschenden Wohnungsmangels, in der Wahl des Unterkommens beschränkt, nicht anders konnte, als eine Wohnung mieten, die innerhalb seines Wächterzweins liegt. Wissend, daß dies den Vorschriften der Wirtschaftsgenossenschaft nicht entspricht, machte der Wächter dem Direktor Mitteilung von der angeführten Thatfache und bat um Verlegung in ein anderes Revier. Das hätte sich nun wohl leicht machen lassen, aber wozu braucht denn eine Berliner Hausbesitzer-Genossenschaft auf eine durch die Wohnungsnot geschaffene Zwangslage ihres Angestellten Rücksicht zu nehmen? Der Wächter wurde einfach entlassen und in seinem Entlassungsattest, welches übrigens die gute Führung anerkennt, bezeichnend, daß der Mann entlassen sei, weil er dem Befehl, nicht innerhalb seines Wächterzweins zu wohnen, zuwider gehandelt habe.

Weiter kann man die Propagandistigkeit gegenüber einem Arbeiter kaum treiben.

Ueber einen Mißstand im Circus Schumann schreibt uns ein Leser: Montag wollte ich mit meiner Frau den Circus besuchen. Wir lösten uns starten zum ersten Platz, der bekanntlich im Gegensatz zur Galerie aus Sitzplätzen besteht. Zu meiner Ueberforschung erhielten wir jedoch unter der zureichenden Begründung, daß keine Sitzplätze mehr frei seien, Sitzplätze angewiesen. Vergänglich machten wir dem Beamten gegenüber unser Recht auf einen Sitzplatz geltend und als wir uns nunmehr bei der Geschäftsleitung beschwerten, erhielten wir auch dort

in rigoroser Form eine Abweisung. Es steht wohl außer Frage, daß der Kasse des Circus kein Recht zusteht, Karten zu einem Platz auszugeben, der bereits gefüllt ist; thut sie es aber dennoch, dann sollte sie alles aufbieten, um den Gästen zu ihrem Recht zu verhelfen. Das hätte in unserem Fall dadurch geschehen können, daß sie uns bessere Plätze, welche noch in genügender Zahl frei waren, zur Verfügung stellte. Uebrigens waren wir durchaus nicht die einzigen Zuschauer, die für ihr gutes Geld mit einem minderwertigen Platz vorlieb nehmen mußten.

2200 Bewerbingschreiben wegen Einstellung als Posthilfsarbeiter für den Weihnachtverkehr sind bei der Postdirektion bisher eingelaufen. Die Einstellung des Ausschlepppersonals beginnt in den ersten Tagen des Dezember. 1700 Hilfsmannschaften werden gebraucht.

Eine Bande von Vauernfängern, die gemeinsam vorgingen und sich besonders auch beim Kartenspiel unterstühten, wurde am Dienstag in einer Kojenstube in der Auguststraße von Kriminalbeamten festgenommen. Die Verhafteten sind ein Maurer Heinrich Schmidt, ein Tischler Julius Schröder, ein Arbeiter Karl Treibel und ein Eisenbrecher Fritz Kachel.

Das Opfer eines furchtbaren Berufsunfalls ist der jugendliche Schriftsetzerlehrling Ernst Hennig geworden. Er geriet in der Buchdruckerei von Schmied, Andraßstr. 82, wo er in Stellung war, am 5. Uhr in den Treibriemen. Erst nach längerer Zeit konnte der Arme aus dem Getriebe befreit werden, und als endlich ein Arzt kam, ergab sich, daß nicht einmal das vorgeschriebene Verbandsgewebe zur Stelle war. Der Arm war dem Unglücklichen dreimal gedrohen und auch andere gefährliche Verletzungen waren ihm zugefügt worden. Hennig liegt jetzt im bedenklichen Zustand im Krankenhaus danieder. Bemerkenswert ist noch, daß der Buchdruckereibesitzer Edmeier dem Lehrling aus Anlaß der zwei Stunden Arbeitszeit, die durch den Unglücksfall verloren gingen, von dem fälligen Wochenlohn zehn Pfennige wegen Arbeitsverhinderung in Abzug brachte!

Mit Arznei vergiftet hat sich der Maurer August Schulz aus der Willmersdorferstraße 30 zu Charlottenburg. Am Dienstagabend bekam er auf ärztliche Anweisung eine Arznei, die Morphium enthielt, und trank, um eine bessere Wirkung zu erzielen, die ganze Flasche auf einmal aus. Dann trank er in einem Laden eine Tasse Milch und ging aus. Abends um 8 Uhr brachten ihn Bekannte, die ihn leblich für schwer betrunken hielten, nach Hause, nachdem er in einer Schankwirtschaft zusammengebrochen war. Auch seine Frau glaubte, daß es sich nur um gewöhnliche Trunkenheit handle, brachte ihren Mann zu Bett und kümmerte sich nicht mehr um ihn. Als sie am nächsten Morgen keine Antwort mehr von ihm erhielt, holte sie einen Arzt. Dieser konnte aber nur feststellen, daß Schulz gestorben war.

Am Fahrstuhl verunglückt ist am Dienstagabend im Tiefen Warenhaus der Maurer Karl Stürmer. Stürmer hatte unten am Schacht noch etwas zu mauern, bemerkte nicht, daß der Fahrstuhl herunterkam und wurde von ihm getroffen. Er zog sich schwere Verletzungen zu.

Feuerbericht. Eine größere Anzahl Alarmierungen erfolgte in den beiden letzten Tagen, die aber fast durchweg auf unbedeutende Brände zurückzuführen waren. So entstand allein am Vortage in 6 Wohnungen Feuer, nämlich Prenzlauer Allee 208, Prenzlauerstr. 4, Graunstr. 7, Oderbergerstr. 42, Gneisenaustr. 88 und Weinstr. 20a. In sämtlichen Fällen wurden Möbel beidseitig, doch konnte überall die Gefahr leicht beseitigt werden. Artilleriestr. 25 hatten Stöße, Schirme und Kissen im Keller und Georgenkirchstr. 88 Möbel in der Küche Feuer gefangen, während Rosenhaldenstr. 31 Betten und Kleider auf einem Hängeboden in Flammen aufgingen. Infolge groben Anfangs am öffentlichen Meldebefehl erfolgte in der Nacht zum Donnerstag noch ein Alarm nach Frankfurterstr. 31. Leider ist der Thäter entkommen.

Aus den Nachbarorten.

Die Stadtverordneten-Wahlen zu Rigdorf haben am Donnerstag, wie nicht anders zu erwarten war, zu einem neuen glänzenden Triumph der Socialdemokratie geführt. In allen neun Bezirken der dritten Abteilung, in welchen eine Wahl stattfand, sind die Kandidaten unserer Partei, die Genossen Conrad, Dr. Silberstein, Pohl und Bugh, fast ohne Kampf gewählt worden und zwar mit Mehrheiten, die die Stimmenzahl der letzten Wahlen am 10. Oktober d. J. ganz erheblich übersteigen. Während damals in sieben Bezirken zwischen 121 und 223 socialdemokratische Stimmen gezählt wurden, betrug gestern die niedrigste Stimmenzahl 164, die höchste hingegen 259. Im 4., 6., 8. und 14. Bezirk wurden überhaupt keine bürgerlichen Stimmen abgegeben; in den übrigen Bezirken erhielt der Gegner zwischen 1 und 8 Stimmen. Das war die Kraftprobe der Mehrpartei. Unser Kandidat Pohl ist als Hausbesitzer in fünf Bezirken gewählt worden; in vier Bezirken muß demgemäß eine Neuwahl erfolgen. Wie hier auch immer das Endergebnis sein möge, auf jeden Fall ist die gestrige Wahl als Protest gegen die Rechtsprechung aufzufassen, welche die ohnedies schon nachteilige Lage der unterdrückten Bevölkerungsschichten bei den Gemeindevahlen noch bedeutend ungünstiger als bisher gestaltet.

Vom Juge zermalmt wurde in der Nacht zu gestern in der Nähe der Station Schönholz ein unbekanntes junges Mädchen, welches sich in selbstmörderischer Absicht auf die Geleise der Nordbahn geworfen hatte. Der Lokomotivführer des um 1/12 Uhr nachts auf dem Stettiner Bahnhof eintreffenden, von Straßund kommenden Personenzuges bemerkte, als der Train sich in voller Fahrgeschwindigkeit zwischen Reinickendorf und Schönholz befand, auf den Geleisen liegend in einer Entfernung von kaum hundert Meter den Körper einer weiblichen Person. Obwohl der Beamte sofort Gegenschlag gab, vermochte er den Zug nicht mehr rechtzeitig zum Stehen zu bringen und die Maschine sowie der Gepäckwagen gingen über die Lebensmüde hinweg, welcher der Kopf und beide Hüfte vom Körper abgetrennt wurden. Die Tote ist ein junges Mädchen im Alter von etwa 20 Jahren und gehörte anscheinend dem dienenden Stande an.

Nach Mitteilung der Armenverwaltung in Charlottenburg an die dortigen Armenkommissionen beabsichtigt eine wohlhabende Dame an 100 Arme der Stadt Charlottenburg für die Festwoche von Weihnachten bis Neujahr Coalmarken auszugeben, und hat die Direktion erucht, ihr 100 Familien oder Einzelpersonen zu bezeichnen, die der Empfangnahme dieser kleinen Unterstützung bedürftig und nicht unwürdig sind.

Adlershof. Der zum Vortage zwecks Agitation zum Austritt aus der Landeskirche eubernischen Volksversammlung wurde vom Amtsdirektor von Oppen die Genehmigung verweigert. In dem Verbot heißt sich der Allgewaltigkeit auf einen § 10 der Ober-Präsidentenverordnung vom 4. Juli 1898, laut welcher öffentliche Versammlungen am Vortage überhaupt nicht abgehalten werden dürfen. Die Versammlung findet nunmehr am 2. Dezember statt. Baldeck Manasse wird über „Kirchentum und Christentum“ sprechen.

Mit der Verhaftung des Gärtners Franz Wuhl, der kürzlich in Woltersdorf unter dem Verdacht, die Quittung im Rowaves-Keuendorfer Schützenhause an dem Gastwirt Siegmund veräußert zu haben, dingfest gemacht worden ist, hat man einen guten Fang gemacht, da auf sein Kerbholz nach den behördlichen Ermittlungen wahrscheinlichweise alle diejenigen Verbrechen, Diebstähle und Schandthaten zu legen sein dürften, durch welche seit Frühjahr die weitere Umgegend von Berlin in hohem Grade beunruhigt worden ist. Es gehören dahin die Vergewaltigung der 12jährigen Tochter des Bahnarbeiters Hirschhof im Walde bei Wannsee durch einen Inhold in Försteruniform, das gleiche Verbrechen an der Tochter des Pantinenmachers Koch aus Treuenbrietzen, der Einbruch

in genanntem Ort im Restaurant „Zum Waldlater“, wobei er auf den hinkommenden Gastwirt Trebesch schoß, ferner eine Brandstiftung im Kreise Osthavelland, einen schweren Diebstahl in Prenzlau und dergleichen mehr.

Versammlungen.

Christentum und Socialdemokratie. Ueber dieses Thema sprach Paul Göhre in einer Volksversammlung des zweiten Wahlkreises, die am Dienstag in Martens Saal in der Friedrichstraße tagte. Eine Kopf an Kopf gedrängte Menge füllte den Saal, der bald nach Beginn der Versammlung polizeilich abgesperrt wurde. Unter den Anwesenden waren viele Leute aus bürgerlichen Kreisen. Genosse Göhre führte in zweifelhaftem, wissenschaftlich gehaltenen Vortrage aus: Der materialistischen Weltanschauung zufolge sind die ökonomischen Verhältnisse einer Periode grundlegend und maßgebend für alle übrigen Lebensverhältnisse, besonders auch für die in der betreffenden Geschichtsperiode herrschenden religiösen Anschauungen. Hiernach ist die Religion, als Produkt der ökonomischen Verhältnisse, eine Wahrnehmung und das Christentum die höchste dieser Wahrnehmungen, von der wir durch Verbesserung der ökonomischen Verhältnisse erlöset werden. Von dieser Anschauung ausgehend und andererseits gestützt auf die Schriften der Theologen David Friedrich Strauß und Bruno Bauer, nach denen Christus als eine fagenhafte, nicht historische Persönlichkeit erscheint, ist die ältere socialdemokratische Literatur zu einem absoluten Gegenstand, ja zu einer feindlichen Tendenz gegen das Christentum gekommen. Der Christ galt bei den Durchschnittsgenossen als jemand, der, weil er einer Wahrnehmung huldigt, nicht als gebildeter Mensch betrachtet werden kann. Es war die allgemein herrschende Meinung, daß jeder Socialdemokrat Atheist sein müsse, und daß die Socialdemokratie die Aufgabe habe, das Christentum zu bekämpfen. Im Gegensatz zu Strauß und Bauer sind neuere theologische Forscher wie Harnack und Holzmann zu dem Ergebnis gekommen, daß Jesus in der That eine historische Person ist und daß wir in den vier Evangelien eine authentische Darstellung seines Lebens haben. Demnach ist das Christentum nicht — wie die ältere socialistische Literatur annimmt — eine Massenbewegung wirtschaftlich unterdrückter Volksschichten, sondern es ist ausgegangen von einer machtvollen, in sich harmonisch abgeschlossenen Persönlichkeit, dem einzigen Uebermenschen, den die Geschichte kennt: Jesus, der vor allen Dingen selbst daran gegangen ist, seine Lehre in seinem eignen Leben zu verwirklichen. Die Person Jesu war es, und nicht die Verhältnisse, durch deren Einfluß die Heilbewegung des Christentums entstanden ist. Die Erkenntnis dieser Thatfache schränkt den Wert der materialistischen Auffassung nicht ein. Letztere hat das Verdienst, der historischen Wissenschaft ein neues Motiv für die Betrachtung der Geschichte geliefert zu haben; sie hat eine große agitatorische Bedeutung für das Proletariat, sie giebt dem im politischen und wirtschaftlichen Kampf stehenden Proletariat, indem sie ihn lehrt, die treibenden Ursachen der Handlungen des Gegners zu erkennen, das Uebergeordnete über den Gegner; aber man kann aus der materialistischen Auffassung nicht alle Verhältnisse, namentlich nicht die Entstehung der Religion erklären. Nach alledem ist die ältere socialistische Literatur veraltet und in ihrer Absicht, das Christentum zu vernichten, verfehlt, weil sie auf falschen Voraussetzungen beruht. Sie ist aber auch deshalb verfehlt, weil Religion eine Sache des Gemüths ist, nach der viele Menschen ein Bedürfnis haben. Die Religion hat auch in neuerer Zeit nicht ab-, sondern zugenommen, und andererseits ist die aggressive Haltung der Socialdemokratie gegen die Religion abgeklaut. Der Redner fordert im Interesse der socialdemokratischen Partei, daß sie: 1. auf Grund der neuen theologischen Forschungen die socialistische Literatur der letzten 40 Jahre revidiert und das vernichtet, was wissenschaftlich nicht mehr haltbar ist. Die Partei müsse von neuem Stellung nehmen zu dem Christentum und seinen Problemen. Der Redner fordert zweitens: Aufrechterhaltung und Vertiefung des Grundsatzes „Religion ist Privatsache“, und drittens: völlige Ablehnung der Partei gegen jede Form von Kirche. So sehr ich Christ bin, sagte Göhre, so sehr bin ich ein Gegner jeder der heutigen Kirchen. Ich habe diese Ausführungen nicht gemacht, weil ich Christ bin, der für sein Christentum immerhalb der Partei Propaganda machen will, sondern weil ich als modern-wissenschaftlicher Theologe nicht will, daß die Partei in diesem einen Punkt roftet.

Die Versammlung hatte den Vortrag mit gespannter Aufmerksamkeit angehört. In einzelnen Stellen, wo ein Teil der Zuhörer den Eindruck haben mochten, als ob Genosse Göhre dem offiziellen Christentum das Wort reden wolle, machte sich Widerspruch bemerkbar, während da, wo die socialdemokratische Ueberzeugung des Redners oder seine Gegnerschaft gegen die Kirche zum Ausdruck kam, lebhafter Beifall gesendet wurde. Nach Schluß des Vortrages sollte die große Mehrheit der Versammlung dem Redner stürmischen Beifall.

Adolf Hoffmann, der in der Diskussion zuerst das Wort erhielt, wurde, noch ehe er gesprochen, von einem großen Teil der Anwesenden mit demonstrativem Beifall begrüßt. Er polemisierte gegen verschiedene Einzelheiten der Göhreschen Rede und betonte, daß das Christentum, wie es uns heutzutage in der Kirche entgegentritt, überall, wo es uns hindert in den Weg tritt, bekämpft werden müsse, und daß die Socialdemokratie über alle Versuche, sie zur Religion zurückzuführen, zur Tagesordnung übergehen werde. Wenn Göhre dies wolle, dann werde er der erste sein, der weggefegt wird. Dem Redner wurde wiederholt lebhafter Beifall zu teil.

Reichstags-Abgeordneter Richard Fischer trat der Meinung Hoffmanns, daß dieser Abend ein verhängnisvoller sei, entgegen. Die große Zahl der hier Erschienenen sei ein Beweis dafür, daß für die von Göhre behandelten Dinge lebhaftes Interesse in der Partei vorhanden ist. Göhre wolle auch den Weg, wie Hoffmann meinte, die Socialdemokratie zum Christentum zurückzuführen. Zu den Ausführungen Göhres meinte der Redner, die das Christentum bekämpfende Literatur, auf die sich der Vortragende bezog, bringe nicht den Standpunkt der Partei, sondern die Ansichten Einzelner zum Ausdruck, die in erster Linie freireligiös und erst in zweiter Linie Socialdemokraten seien. Für die Partei sei Religion von jeder Privatsache gewesen. Wenn wir Stellung zum Christentum nehmen, so komme für uns nicht das Christentum Göhres in Betracht, sondern das von diesem wesentlich verschiedene Christentum, wie es uns heute offiziell entgegentritt, und welches als Instrument zur Unterdrückung des Volks benutzt wird. Entgegen der Ansicht Göhres glaubt Redner nicht an eine Zunahme der Religion, vielmehr glaube er, soweit die Arbeiterkreise in Betracht kommen, ein Abflauen der religiösen Neigungen konstatieren zu können. Zu den drei Forderungen Göhres äußerte sich Genosse Fischer dahin: die erste sei selbstverständlich zu billigen, sie sei aber nicht an die Partei, sondern an die Theoretiker zu richten, die sich mit diesen Dingen befassen. Die zweite Forderung werde bereits erfüllt und wenn Göhre meine, daß das nicht der Fall sei, so irre er sich. Die dritte Forderung enthalte etwas Selbstverständliches, und da nicht Göhres ideales Christentum, sondern das in der Kirche vertretene Christentum uns gegenüberstehe und die Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiter begünstige, so bleibe unsere Stellung gegen dasselbe unverändert. (Beifall.)

Die Ausführungen der folgenden Redner standen mit in losem Zusammenhang mit der Tagesordnung. Herr Landauer wollte wissen, wie Göhre über den persönlichen Gott, die Gottheit Jesu, die Unsterblichkeit und andre christliche Dogmen denke. Der Centrums-mann Weigel vries die allseitig quackende Kraft der römisch-katholischen Kirche. In seinem Schlusswort erklärte Göhre, daß er die Frage nach seinem Christentum, die Landauer gestellt habe, nicht in einer Volksversammlung, wohl aber in einem Kreis religiös interessierter Leute beantworten würde. Nach einer kurzen Erwiderung auf Fischers Ausführungen schloß Göhre mit der Bemerkung, er denke, unfragbar sei diese Versammlung nicht gewesen. (Beifall.)